

MASTERARBEIT  
ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT FREIBURG  
FAKULTÄT FÜR UMWELT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN  
INSTITUT FÜR UMWELTSOZIALWISSENSCHAFTEN UND GEOGRAPHIE  
ZUR ERLANGUNG DES GRADES MASTER OF SCIENCE /  
GEOGRAPHIE DES GLOBALEN WANDELS

# Perspektiven des Urban Gardening in Freiburg

Konflikte, Barrieren und Potentiale  
urbaner Gemeinschaftsgärten

Erstgutachter: Prof. Dr. Tim Freytag

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Annika Mattissek

Vorgelegt von:

David Sipple  
Heimatstraße 1  
79102 Freiburg  
davidsipple@posteo.de

Matrikelnummer.: 3738770

**05.08.2016**

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
1 Kritische Dimensionen einer politischen Geographie .....	4
1.1.1 Abgrenzung des Raumkonzepts .....	5
1.1.2 Raumbegriff, -produktion & -abgrenzung .....	8
1.1.3 Kritische Geographie im urbanen Kontext .....	10
1.2 Geographische Konfliktforschung.....	12
1.2.1 Handlungsorientierte geographische Konfliktforschung .....	13
1.2.2 Politische Ökologie .....	16
1.2.3 Urban Political Ecology (UPE) – Ökologie des Stadtraums .....	19
2 Das Phänomen des urbanen Gärtnerns .....	23
2.1 Nachhaltige Stadtentwicklung – Eine Grundlage.....	23
2.2 Formen sozial-ökologischer Stadtentwicklung.....	25
2.2.1 Stadtbegrünung und -verschattung.....	26
2.2.2 Urbane Landwirtschaft .....	27
2.3 Urban Gardening – Formen & Motivation .....	29
2.3.1 Geschichte des urbanen Gartenbaus .....	30
2.3.2 Ausdrucksformen des Urban Gardening .....	36
2.3.3 Ökologische Dimension .....	40
2.3.4 Soziale Dimension .....	41
2.3.5 Politische Dimension.....	43
2.3.6 Räumliche Dimension und Verflechtungen .....	46
2.3.7 Kritische Betrachtung.....	49
3 Die Stadt Freiburg – Eigenschaften und Exposition .....	51
3.1 Die Stadt Freiburg – Zahlen und Fakten.....	51
3.2 Green City Freiburg .....	52
3.3 Geschichtliche Entwicklung des Gartenbaus in Freiburg.....	56
3.4 Aktuelle Entwicklungen urbaner Gärten in Freiburg .....	57
3.4.1 Aktuelle Situation der Kleingartenanlagen in Freiburg .....	58
3.4.2 Aktuelle Situation von Urban Gardening Projekten in Freiburg .....	59

4	Vorgehensweise und Methodik .....	61
4.1	Begründung der Vorgehensweise und Forschungsfragen.....	61
4.2	Verwendete Methodik.....	63
4.2.1	Leitfadengestützt Experteninterviews .....	64
4.2.2	Aufbereitung der Daten - Transkription .....	65
4.2.3	Qualitative Analyse der Daten.....	66
4.3	Begründung der Methodenauswahl.....	68
4.4	Auswahl der Expert*innen .....	69
4.5	Interviewleitfaden.....	71
4.6	Kategorienbildung und Kodierregeln .....	72
5	Empirische Analyse .....	75
5.1	Vorstellung der Initiativen .....	75
5.1.1	<i>Wandelgarten, Vauban</i> .....	76
5.1.2	<i>Freibohnen, St. Georgen</i> .....	77
5.1.3	<i>Essbares Rieselfeld</i> .....	77
5.1.4	<i>Gemeinschaftsgarten Obergrün</i> .....	78
5.1.5	<i>Klimagarten Dietenbachpark</i> .....	79
5.1.6	<i>Waldgarten Wiehre</i> .....	79
5.1.7	<i>Haslach gärtner</i> .....	80
5.1.8	<i>Bambis Beet</i> .....	81
5.2	Beziehungen zu Akteur*innen .....	82
5.3	Barrieren.....	85
5.3.1	Hemmnisse vor Ort .....	86
5.3.2	Barrieren seitens der Stadtentwicklung.....	88
5.4	Konflikte.....	91
5.4.1	Konfliktlagen im direkten Umfeld.....	92
5.4.2	Interessenskonflikte mit der Stadtentwicklung .....	94
5.4.3	Existenzielle Konfliktlagen .....	95
5.5	Potentiale .....	102
5.5.1	Ökologische Potentiale .....	103
5.5.2	Ökonomische Potentiale .....	104
5.5.3	Soziale Potentiale .....	105
5.5.4	Flächenbezogene Potentiale.....	108

5.6	Perspektiven.....	110
5.6.1	Entwicklungsperspektiven der befragten Initiativen .....	110
5.6.2	Perspektiven für Freiburg im Allgemeinen .....	113
6	Ergebnisse .....	116
6.1	Urban Gardening – eine partizipative Raumpraktik .....	116
6.2	Konfliktrelevante Implikationen urbanen Gärtnerns .....	118
6.3	Ableitung praktischer Handlungsempfehlungen .....	119
	Fazit.....	122
	Literaturverzeichnis .....	124
	Onlinequellen.....	130
	Anhang .....	132
	Karte der Initiativen .....	132
	Interviewleitfaden .....	133
	Erklärung an Eidesstatt.....	135

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Die drei Dimensionen des Räumlichen nach LEFEBVRE .....	7
Abb. 2:	Drei Leitkategorien Geographischer Konfliktforschung .....	14
Abb. 3:	Die drei Ebenen raumbezogener Konflikte.....	16
Abb. 4:	Betrachtungsebenen einer Politischen Ökologie .....	19
Abb. 5:	Modell einer städtischen Wärmeinsel.....	27
Abb. 7:	Freiburger Urban Gardening Initiativen 2016 .....	60
Abb. 8:	Interviewte Initiativen mit zugehörigen Abkürzungen .....	71
Abb. 9:	Relevante Akteure für Freiburger Urban Gardening Projekte.....	85
Abb. 10:	Handlungsempfehlungen bezüglich Barrieren & Konflikte.....	120
Abb. 11:	Handlungsempfehlungen bezüglich Potentiale & Perspektiven .....	121

# Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
BABE	<i>Bambis Beet</i> am Stadttheater
DWD	Deutscher Wetterdienst
ebd.	Ebenda
ESSRIE	<i>Essbares Rieselfeld</i>
et al.	et alia (lat.) = und andere
EU	Europäische Union
FREIBOH	<i>Freibohnen</i> St. Georgen
GEMOB	Gemeinschaftsgarten <i>Obergrün</i>
GP	Gesprächspartner*in
HAGÄ	<i>Haslach Gärtner</i>
I	Interviewer
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
KLIGA	<i>Klimagarten</i> Dietenbach
o. J.	ohne Jahr
UN	United Nations
UNFPA	United Nations Population Found
UPE	Urban Political Ecology
WALGA	<i>Waldgarten</i> Wiehre
WANGA	<i>Wandelgarten</i> Vauban

# Einleitung

*"Ich möchte zugunsten der Natur sprechen, zugunsten absoluter Freiheit und Wildheit - im Gegensatz zur Freiheit und Kultur im bürgerlichen Sinne - und ich möchte den Menschen als untrennbaren Teil der Natur und nicht als Mitglied der Gesellschaft betrachten. Ich möchte einen extremen Standpunkt einnehmen, und zwar mit Entschiedenheit, denn Verfechter der Zivilisation gibt es bereits genug: den Pfarrer und das Schulkomitee und alle anderen."*

*(HENRY DAVID THOREAU 1861, Vom Spazieren)*

Der Mensch ist nach THOREAUX nicht primär Teil der Gesellschaft, sondern zunächst Teil der Natur. Absolute Freiheit erfährt der Mensch seiner Ansicht nach nicht im bürgerlich-städtischen, sondern in Natur und Wildheit. Der weltweit voranschreitende Prozess der Urbanisierung führt jedoch dazu, dass der größere Teil der Weltbevölkerung aus eigener Entscheidung oder gezwungener Maßen, scheinbar weit ab von einer solchen Natur lebt. Doch kann es nicht auch im urbanen Raum eine Form von Natur geben? Ist es nicht möglich und nötig, dass besonders in einer mehr und mehr urbanisierten Welt, der Natur ein größerer Stellenwert im städtischen Raum zugesprochen wird?

In ihrem Artikel „Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisationen“, proklamiert die Soziologin Christa Müller, „dass derzeit zentrale Dichotomien der europäischen Moderne, nämlich die zwischen Stadt und Land, zwischen Gesellschaft und Natur, ins Wanken geraten und erodieren“ (MÜLLER 2012: 23). Das Aufbrechen dieser zweiteiligen Rauntrennung geschieht laut MÜLLER insbesondere durch das Aufkommen neuer urbaner Gartenaktivitäten. Urban Gardening bezeichnet ein Phänomen, welches in Form von öffentlichen Gemeinschaftsgärten seit nunmehr 15 Jahren Einzug in europäische Großstädte hält. Die von THOREAUX angesprochene Wildheit der Natur, wird hierbei in Form von unkonventionellen Pflanzungen sowie permakulturell ausgelegten Gartenkreisläufen von den aktiven Gärtner\*innen bewusst in den Stadtraum getragen. Das geordnete und abgeschottete Kleingartenidyll mit Gartenzwerg und Thuja-Hecke wird abgelöst durch kreative, im Kollektiv gestaltete Räume des Öffentlichen. Es liegt die Annahme nahe, dass die Menschen bewusst, sprichwörtlich Wurzeln schlagen gegen eine zunehmende Anonymisierung öffentlicher Räume. Betrachtet man den Stadtraum als Abbild einer Stadtgesellschaft und somit auch die immer zahlreicher werdenden Urban Gardening Initiativen als Ausdruck dieser, so können sie als Gegenentwürfe einer modernen Stadtbevölkerung zum

„Einheitsschliff“ neoliberaler Stadtentwicklung in Form von monoton-standardisierten Einkaufszentren, karg-gepflasterten Platzversiegelungen, immer mehr und moderneren Werbeanzeigen sowie konservativ gestalteten Parkflächen à la Landesgartenschau, betrachtet werden.

Es geht beim Urban Gardening jedoch nicht nur um eine aktive Beteiligung an der ästhetischen Gestaltung des öffentlichen Raums. Die Gemeinschaftsgärten sind Orte der Begegnung, der Bildung und des Austausches. Sie sind sozial-ökologische Spielflächen, an denen partizipativ-ehrenamtlich gearbeitet und politische Fragen von lokaler bis auf globaler Ebene behandelt werden. Es geht um Ernährungspolitik und Klimawandel sowie um Stadtentwicklung und Quartiersfragen.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit urbanen Gemeinschaftsgärten im Untersuchungsraum Freiburg im Breisgau. Die südlichste Großstadt Deutschlands erlebt seit mehreren Jahren das Aufkommen verschiedenster Urban Gardening Initiativen auf ihrem Stadtgebiet. Viele dieser Gärten haben sich mittlerweile etabliert und sind fester Bestandteil ihrer Quartiere geworden. Dies tut jedoch der Entstehung neuer Initiativen keinen Abbruch und es „sprießen“ hier und da immer neue Gärten sprichwörtlich „aus dem Boden“.

Im Rahmen dieser Arbeit wurden mit Hilfe qualitativer Experteninterviews acht Urban Gardening Initiativen in Freiburg untersucht. Ziel dieser Untersuchung war, die Perspektiven des Urban Gardening für Freiburg abzufragen und anhand der Einschätzungen der Experten darzustellen. Explizit wurde hierbei auf Barrieren und Konflikte eingegangen sowie die bisher weniger genutzten Potentiale abgefragt. Grundlage der Analyse bilden Theorien der kritisch-geographischen Konfliktforschung sowie daran anknüpfend, der Politischen Stadtökologie. In diesem Zuge wird auch der hier angenommene Einfluss einer Gesellschaft, auf die von ihr bewohnten Räume dargestellt. Im Forschungsstand zum Urban Gardening werden Begriffe abgegrenzt, Hintergründe dar- sowie herrschende Annahmen vorgestellt. Ein Teil zur lokalen wie zur allgemeinen Geschichte urbanen Gärtnerns soll aktuelle Entwicklungen in historischen Kontext setzen und derzeitige Situationen aufzeigen. Die abschließende Analyse mit Ergebnisteil stellt die Situation der Initiativen umfassend dar und leitet aus deren Darstellungen praktische, kommunale Handlungsempfehlungen ab.

# 1 Kritische Dimensionen einer politischen Geographie

Zu Beginn dieses theoriebezogenen Kapitels soll zunächst der Begriff des „politischen“ in Verbindung mit dem Feld der Geographie geklärt werden. Diesbezüglich bezeichnet Low (2003: 625) die Politische Geographie als eines der spannendsten und vielversprechendsten Felder der modernen Sozialwissenschaft. Er begründet dies in der Reichweite des Politischen. Dessen Vielfältigkeit reicht von Staaten über soziale Bewegungen, Ideologien, Rechtsdiskurse und Institutionen, Gewalt und Krieg, Demokratie bis zu Themen wie der Umweltgerechtigkeit. Diese Mechanismen, Zustände, Bezugsgrößen und Gewalten befinden sich unter ständiger Beobachtung sowie Analyse, da sie sich laufend wandeln und immerzu zum aktuell „Politischen“ beitragen (Low 2003: 625).

Grundlage dieser Arbeit ist eine kritische Denkweise politischer Geographie. Die aus dem anglo-amerikanischen Raum stammende, so genannte „radical geography“, lehnt eine hegemonial quantitativ-szientistische Arbeitsweise ab und verortet ihren Ansatz im Gesellschaftswissenschaftlich-Kritischen (REUBER 2012: 97). Kritisch-geographische Betrachtungsweisen gehen demnach bewusst nicht nach positivistischen Prinzipien vor. Ein solcher Positivismus erfasst nach ADORNO (1979: 43) lediglich eine szientistische Objektivität und vernachlässigt dabei den eigentlichen subjektiven Charakter gesellschaftlicher Verhältnisse. Ihm nach muss die Gesellschaft als „subjektiv“ betrachtet werden, „weil sie auf die Menschen zurückweist, die sie bilden und auch ihre Organisationsprinzipien auf subjektives Bewusstsein“ basieren (ebd.). Um gesellschaftliche, raumbezogene Prozesse angemessen zu analysieren, geht die Kritische Geographie von diesem Subjektivitätsprinzip aus. Erst durch die Annahme einer subjektiv gesteuerten Wahrnehmung, kann die Produktion sozialer Wirklichkeiten angemessen analysiert werden. Hierbei konzentriert sich die Kritische Geographie insbesondere auf die gesellschaftliche Produktion von Raum, welche in einem bestehenden neoliberalen Wirtschaftssystem von marktwirtschaftlich-kapitalistischen Prozessen und Gegebenheiten gesteuert wird. An diesem Punkt setzt der neomarxistische Ansatz einer Kritischen Geographie an. „Bis heute bildet hier deswegen die Analyse politischer Gestaltungs- und Aneignungsprozesse, der Verteilung von Macht und der Kontrolle über räumlich lokalisierte Ressourcen, ein entscheidendes Leitmotiv (REUBER 2012: 99).



### 1.1.1 Abgrenzung des Raumkonzepts

Diese Politische Geographie dient der vorliegenden Arbeit als theoretisches Grundgerüst, darauf aufbauend werden die Annahmen der Kritischen Geographie und an diese anknüpfend der Geographischen Konfliktforschung, als Wegweiser für eine qualitative Analyse des Untersuchungsraum verwendet. Politische Geographien sind demnach auf allen Maßstabsebenen, an verschiedensten Orten und in Beziehung zu jedweder Art von Akteuren anzutreffen. Hierin liegt die Schwierigkeit, das diesbezügliche Forschungsfeld abzugrenzen und genau zu definieren.

REUBER (2012: 22) zitiert hierbei AGNEW (2002), welcher als inhärentes Merkmal die Untersuchung der politischen Prägung von Geographien sieht, ohne Rücksicht auf Maßstabsebenen, also ganz egal ob auf städtischer, regionaler, nationaler oder globaler Ebene. Im Zentrum steht die Analyse des Raum-Macht-Gefüges unserer Gesellschaften (REUBER & WOLKERSDORFER 2007: 752; REUBER 2012: 23 nach AGNEW 2002) und dessen Produkte in Form von Ab-, Aus- und Eingrenzung von Personen und Personengruppen sowie Räumen und Gesellschaften, die als privilegiert und solche die als unterprivilegiert gelten. Im Gegensatz zur Sozial- und Kulturgeographie, wo raumbezogene Identitäten hinsichtlich emotionaler Mensch-Raum-Beziehungen und daraus resultierenden Raumaneynungen im Fokus stehen, interessiert sich die Politische Geographie für Raum-Identitäts-Beziehungen an Schnittstellen die gesellschaftliche Machtasymmetrien hervorrufen. REUBER (2012: 23) sieht hier die zentralen Fragestellungen an der Überlappung der Teildisziplinen, wie (u. a.) beispielsweise:

*„Wann und unter welchen Bedingungen wird eine alltägliche Form raumbezogener Identität zur Grundlage gesellschaftlicher Konflikte?“*

Es wird schnell ersichtlich, dass eine Politische Geographie nicht einfach darin tut, sich gegenüber anderer Teildisziplinen abzugrenzen sowie gleichzeitig einer intensiven Differenzierung Einhalt zu gebieten, um die Rechtfertigung ihrer Eigenständigkeit zu erhalten. Aktuell zeichnet sich jedoch eine Pluralisierung ab, welche sich laut REUBER (2002: 24) zum einen in der „Ausweitung des Geographischen“ auswirkt und sich der Mannigfaltigkeit der räumlichen Bezugsrahmen (lokal – regional – national – global) annimmt und somit entgegen eines sogenannten nationalen Methodologismus wirkt. Zum anderen bedeutet diese Pluralisierung eine „Ausweitung ‚des Politischen‘“, die

nicht nur formelle Aspekte politischer Macht berücksichtigt, sondern insbesondere das formelle, wie informelle Wirken verschiedenster Netzwerke von Akteur\*innen in Augenschein nimmt (ebd.). So setzt sich die Politische Geographie mit den engen Verknüpfungen dieser Aspekte auseinander. Der Raumbezug und seine Skalen sowie die politischen Machtverhältnisse, die diese Räume und Skalen schaffen, durchdringen und abschaffen, stellen einen zentralen Fokus dar.

Die Annahme von Raum als ein Basiswert gesellschaftlicher Strukturen hielt in den 1970er Jahren Einzug in die angloamerikanische Humangeographie (REUBER 2012: 25). Mitbegründer dieser Erkenntnis war u. a. SOJA (1989), der den bisherigen beiden Pfeilern gesellschaftlicher Betrachtungsweisen, „sociality“ und „historicality“, die „spatiality“ hinzufügte und so eine neue Konzeptualisierung des Gesellschaftlichen, die „trialectics of being“, schuf (ebd.). Diese Dreidimensionalität erlaubt es der Politischen Geographie, Macht-Raum-Verhältnisse auf Maßstabsebenen fern vom Nationalstaat zu betrachten, was die Verifizierung, Falsifikation und allgemein, die kleinteiligere Betrachtung von Sachlagen und Annahmen erheblich erleichtert.

So wichtig der räumliche Bezug gesellschaftlicher Analysen auch sein mag, er muss immer als eine von verschiedenen Analyse-Kategorien gesehen werden. Hierzu schreibt WERLEN in seiner Publikation *Gibt es eine Geographie ohne Raum? Zum Verhältnis von traditioneller Geographie und zeitgenössischen Gesellschaften* (1992: 44), „Regionale und räumliche Bedingungen sozial-kultureller Verhältnisse sind zwar in hohem Maße bedeutsam. Daraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, zeitgenössische Gesellschaften wären in räumlichen Kategorien zu erforschen. [...]. Gäbe es den Raum als gegenständliches Forschungsobjekt, dann müsste man in der Lage sein, den Ort des Raumes im Raum zu bestimmen.“

WERLEN (1992: 45) vertritt den Standpunkt, dass wissenschaftliche Geographie das Objekt Raum nicht per se benötigt, da Gesellschaften und ihre Mitglieder tagtäglich ihre eigene Geographien erzeugen. Diese Produktion und Reproduktion verschiedenster Geographien ist abhängig von den handelnden Subjekten und ihren Machtpositionen. Zum Gegenstand geographischer Forschung ernennt WERLEN (ebd.) anstatt des Raums, das menschliche Handeln im Kontext sozialer und räumlicher Konditionen.

Die Kritische Geographie ist eng mit den dargestellten Annahmen zur Produktion von Raum verknüpft. LEFEBVRE, dessen räumlicher Ansatz als Grundlage einer radical Geography, also auch einer Kritischen Geographie gesehen wird, geht von der Annahme aus, dass das Räumliche „in den Dimensionen von Materialität, Bedeutung und ‚gelebtem Raum‘“ ein „Produkt sozialer Praxen“ ist (BELINA & MICHEL 2011: 17-18). Dies bedeutet, dass Raum weder eine objektive Tatsache noch ein rein subjektives „Gedankenkonstrukt (Idealismus)“ ist (ebd.). Räumlichkeit wird nach LEFEBVRE und seinem Werk *The Production Of Space* in drei untereinander verwobenen Dimensionen dargestellt: einer materiellen Ebene, einer symbolischen Ebene und einer Ebene des ‚gelebten Raums‘ als Produkt sozialer Praxis (ebd. nach LEFEBVRE 1974). MCCANN (1999: 244-245 nach LEFEBVRE 1991) bezeichnet diese als die „Drei Momente der Produktion von Raum“, welche er mit „Repräsentationen des Raums“ (symbolische Ebene), „Räume der Repräsentation“ (materielle Ebene) und „Räumliche Praktiken“ (der gelebte Raum) betitelt. Die ersten beiden Momente bezeichnet er als Aspekte des sozialen Raums, letztere als Moment der „Praktiken, die sozialen Raum vermitteln und durch diesen vermittelt werden.“ (ebd.) Diese „Triade“ nach LEFEBVRE ist in Abbildung 1 dargestellt.

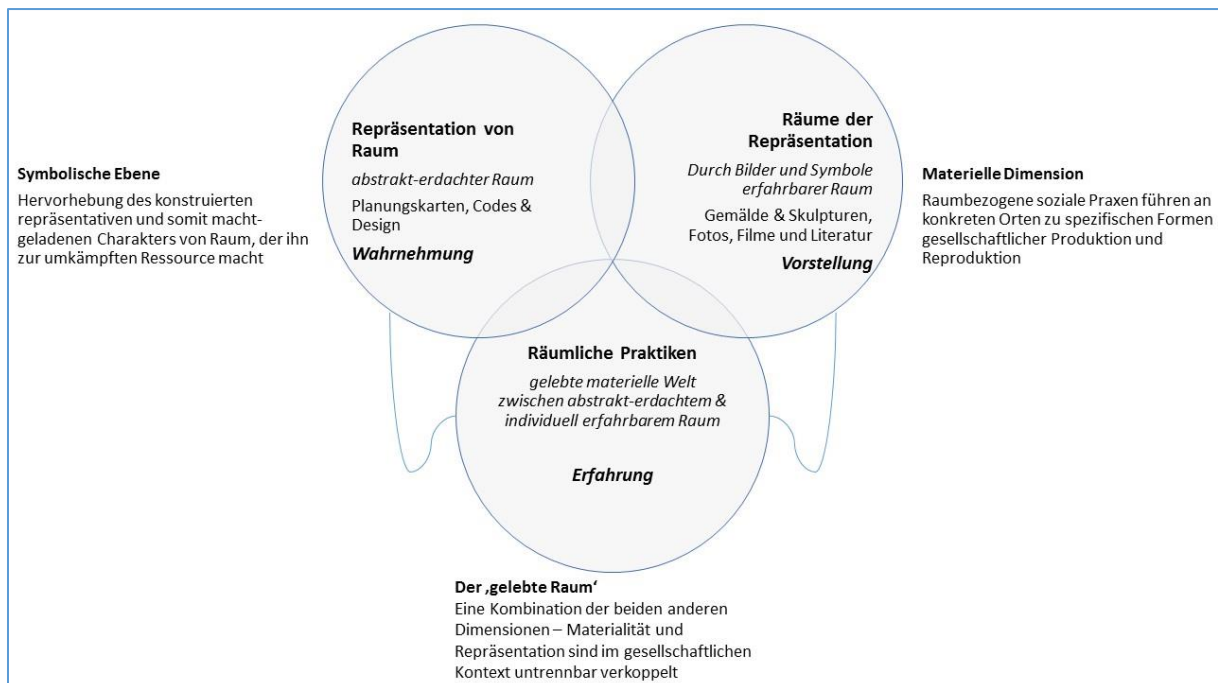


Abb. 1: Die drei Dimensionen des Räumlichen nach LEFEBVRE (Eigene Darstellung; BELINA & MICHEL 2011: 17-18 nach LEFEBVRE 1974; MCCANN 1999: 244-245 nach LEFEBVRE 1991)

LEFEBVRE sieht in kapitalistischen Gesellschaften Raumbedeutung und -produktionen in ständiger Anpassung an gesellschaftliche Projektionen. Eine Kritische Geographie

des Politischen geht hiernach davon aus, dass geographischer Raum ein gesellschaftliches Produkt ist, eine Abstraktion gesellschaftlicher Verhältnisse (SMITH 2007: 62). Dies kann als Grundlage eines konstruktivistischen Raumverständnisses betrachtet werden, da die Rolle des Raumes in sozialer Praxis im Fokus steht (BELINA & MICHEL 2011: 18).

### 1.1.2 Raumbegriff, -produktion & -abgrenzung

Die Darstellung verschiedener Räume in klar abgegrenzten und identifizierbaren Blöcken, einhergehend mit einer Pauschalisierung der dort jeweils herrschenden Zustände sowie einer Rückführung und Begründung dieser auf die Bedingungen in diesen „Raumcontainern“, gilt aus heutiger Sicht als nicht mehr zeitgemäß. WERLEN (2008: 383) definiert solche raumdeterministischen Ansichten wie folgt: „Gemäß der Grundthesen des Geodeterminismus sind alle menschlichen Kulturen und Gesellschaften als Ausdrucksformen natürlicher Bedingungen anzusehen und ursächlich auf diese zurückzuführen.“ Solche rein deterministischen Argumentationsweisen gehen u. a. zurück auf die Schriften von FRIEDRICH RATZEL (1844-1904). Dieser gilt als Mitbegründer der ‚klassischen‘ Politischen Geographie, welche sich seiner Zeit als Mittel zur Untermauerung des westlichen Kolonialismus und Imperialismus verstand. Mit seinen nationalistischen und sozialdarwinistischen Positionen sowie der Begründung einer bellizistischen Geopolitik wurde RATZEL zum Impulsgeber für die Ideologien der Nationalsozialisten (REUBER 2012: 38; 69f).

Eine moderne Politische Geographie entgegnet den inhaltlichen Standpunkten ihrer Entstehung mit der Erarbeitung einer „angemessenen, d. h. gesellschaftstheoretisch rückgebundenen Konzeptualisierung ‚des Räumlichen‘ [...].“ (REUBER 2012: 38) Zentral bei dieser engen Verknüpfung von Gesellschaft und Raum ist ein konstruktivistisches Raumverständnis. Dieses nimmt in seinem erkenntnistheoretischen Aufbau nicht den Raum als Grundlage, welcher territoriale Begebenheiten und die Handlungen der in ihm befindlichen Menschen determiniert. „Was die einzelnen Menschen vom Raum wahrnehmen und auch was der Raum als strukturierendes Element des sozialen und politischen Handelns für die Gesellschaft bedeutet, basiert vielmehr auf sozialen Konstruktionen und Bedeutungszuschreibungen des Raumes. Raum ist in vielfältiger Hinsicht Träger kollektiver Bedeutungen.“ (REUBER & WOLKERSDORFER 2007: 752).

Die Menschen als „Raumbewohner“ und „-konstrukteure“ verfügen durch ihr subjektives und individuell wie gesellschaftlich voreingenommenes Wahrnehmungsvermögen, lediglich über eine selektive, gefilterte sowie konstrukthafte „Wirklichkeit“ (REUBER 2012: 38; STEINER 2014: 79). „Die Bezeichnung der (Wirklichkeits-) Konstruktionen soll dabei verdeutlichen, dass die Strukturen der Wirklichkeit eben nicht einfach natürlich *gegeben* sind, wie dies der Positivismus nahelegen würde, sondern unser Eindruck der Welt das Ergebnis der Konstruktionsleistung des wahrnehmenden Menschen ist.“ (STEINER 2014: 79) BELINA & MICHEL (2011: 18) stellen dar, dass eine konstruktivistische Sichtweise den Raum „an sich“ in den Hintergrund rückt und sich stattdessen explizit auf den sozialen Praxen im Räumlichen zuwendet. Sie unterstreichen, dass zum Verständnis von gesellschaftlichen Prozessen eine solche Betrachtungsweise von zentraler Bedeutung ist, „weil sich im sozial produzierten Raum abstrakte Prozesse und Gesetzmäßigkeiten ausdrücken, weil sie in ihm erst konkret und damit erst wirklich werden.“ (ebd.)

Zentrale Frage des Forschungsanliegen einer kritischen, „gesellschaftswissenschaftlich argumentierenden Politischen Geographie“ ist daher, „Welche Rolle spielt die Konstruktion und Produktion von Raum in politischen Prozessen?“ (REUBER 2012: 39). Hierbei muss, wie bereits angedeutet, auch auf die teils abgrenzende Maßstabebene der jeweiligen politischen Prozesse geachtet werden. Sicherlich, in einer globalisierten Welt wirken globale Prozesse fast immer national sowie lokal und auch lokale Zustände und Aktivitäten werden in globale Gefüge gestellt (ROBERTSON 1992). Dennoch betont die Kritische Geographie „die territoriale Ordnung der Moderne als wesentliches Instrument gesellschaftlicher Herrschaftsorganisation.“ (REUBER 2012: 103) Dies behandelt die so genannte Scale-Debatte. Sie untersucht inwieweit polit-ökonomische Macht im globalen Kontext Maßstabsebenen, wie lokal, regional, national, kontinental oder global, produziert und die ungleiche Entwicklung zwischen diesen beeinflusst (ebd. nach WISSEN 2008).

DAVID HARVEY schreibt zur Definition und gleichzeitigen Produktion räumlicher Einheiten: „Die Definition räumlicher Einheiten als Verwaltungs-, Rechts- und Bilanzierungsentitäten legt Felder des sozialen Handelns fest, die weit reichenden Einfluss auf die Organisation des sozialen Lebens nehmen. Der bloße Akt, geographischen Entitäten Namen zu geben, schließt eine Macht über diese ein, insbesondere über die Art und Weise in der Orte, ihre Bewohner\*innen und ihre

sozialen Funktionen repräsentiert werden.“ (HARVEY 1990: 37) Wie bereits angedeutet, findet ein sozialer Prozess hauptsächlich auf der zugehörigen Scale statt, seine Wirkung entfaltet sich aber meist multi-skalar, das heißt auf verschiedenen Scales (BELINA 2014: 42). Die Stadt beispielsweise gilt als räumlich abgegrenzte Gebietskörperschaft. „In der Bundesrepublik sind Städte eingebettet in Planungsregion, Bundesland, Nationalstaat, EU und Weltmarkt, und sie bestehen selbst aus Stadtteilen, Haushalten und Individuen.“ (ebd.: 41).

Die neoliberale Politik westlicher Industrienationen und die damit einhergehenden Deregulierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse haben zu einem so genannten „Re-Scaling“ geführt. Städte haben in diesem Zuge immer weniger finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite, dafür aber deutlich mehr Freiheiten bezüglich einer kapitalistisch praktizierten Stadtpolitik erhalten. Dies führte zu einer Stärkung der lokalen Scale der Stadtpolitik in Verbindung mit der Stadtgesellschaft, auch „Urban Governance“ genannt, seit dem Städte in der Lage sind in größeren Wettbewerb untereinander zu treten und auf der globalen Scale des Weltmarkts als Akteur\*innen auftreten zu können (BELINA 2014: 46). Der beschriebene Prozess geht einher mit einer Entpolitisierung des urbanen Raums im Spätkapitalismus, was dazu führt/e, dass politische Entscheidungen immer häufiger durch ökonomische Zwänge und von technokratischem Wissen beeinflusst und gerechtfertigt werden. Hierdurch wurde der Begriff der „post-politischen Stadt“ geprägt (SWYNGEDOUW 2013; BEVERIDGE & RICHTER 2014: 55).

Im Rahmen dieser Arbeit stehen lokal-urbane Prozesse im Fokus, welche sich im Rahmen der räumlichen Verwaltungseinheit der Kommune befinden. Sie beinhalten sozial-ökologische Prozesse und Machtgefüge hinsichtlich der Aneignung, Produktion und Definition von städtischen Räumen. Im Folgenden soll daher noch näher auf eine Kritische Geographie im urbanen Kontext eingegangen werden.

### 1.1.3 Kritische Geographie im urbanen Kontext

Die Untersuchung sozialer Verdrängungsprozesse sowie der Zugang zu öffentlichen Räumen in postmodernen Dienstleistungsgesellschaften städtischer Gebiete westlicher Industrienationen, stellen einen praxisrelevanten Arbeitsschwerpunkt der Kritischen Geographie dar. Aus politisch-geographischer Sicht haben derartig

ausgerichtete Forschungsansätze in vielerlei Hinsicht Anknüpfungspunkte an herrschende Zustände im urbanen Raum (REUBER 2012: 108).

Die Marginalisierung sozialer Gruppen in Städten stellt hierbei ein wichtiges Untersuchungsfeld dar. Diesbezügliche Analysen haben meist zum Ergebnis, dass eine immer intensiver praktizierte neoliberale Stadtentwicklung und -politik, ein Widerspruch zu demokratisch-ausgleichsorientierten Zielen bedeutet. Unter neoliberaler Stadtpolitik wird hierbei eine Politik verstanden, welche eine „Ökonomisierung der Handlungsrationalitäten“ sowie einen „Rückzug des Wohlfahrstaates“ in vielerlei Bereichen mit sich bringt (MATTISSEK 2008: 55). Dies unterstützt aktiv und führt bereits kurzfristig zu Privatisierungen städtischen Eigentums sowie zur Integration privater Akteure in städtische Aufgaben. Zu beobachten sind diese Tendenzen in fast allen Bereichen der städtischen Verwaltungen - vom Stadtmarketing über die Versorgungsbetriebe bis zum Grünflächenmanagement (ebd. 2008: 55-56). Das bevorzugte und adressierte Klientel einer solchen Politik sind die urbanen Eliten in Form der städtischen Mittel- und Oberschicht. Minderheiten, ärmere Bevölkerung, Einwanderer und Arbeitslose werden mehr und mehr diskriminiert, ausgegrenzt und schließlich aus den zentralen Stadträumen verdrängt (ebd. nach SMITH 1996).

An Popularität über wissenschaftliche Kontexte hinaus, hat dabei der Begriff der „Gentrification“ gewonnen, welcher beschreibt wie die Bevölkerung ärmerer Stadtquartiere durch die Reurbanisierung wohlhabendere Zuzügler\*innen oder zunächst durch Immobilienspekulationen seitens Investoren verdrängt werden. Sozial problematische, baulich verfallene Innenstadtrandgebiete werden dabei mit Unterstützung einer neoliberalen Stadtpolitik aufgewertet, die eigentliche Bevölkerung bewusst verdrängt und ausgeschlossen. Bestimmten Personengruppen, wie Obdachlosen wird zum Teil der Zugang und die Nutzung öffentlicher und semiöffentlicher Räume erschwert oder gar untersagt. HOLM (2014: 102) liefert folgende Definition: „Gentrification ist jeder stadtteilbezogene Aufwertungsprozess, bei dem immobilienwirtschaftliche Strategien der Inwertsetzung und/oder politische Strategien der Aufwertung den Austausch der Bevölkerung für ihren Erfolg voraussetzen“. Er bezeichnet die Verdrängung von Bevölkerungsgruppen als „das Wesen“ der Gentrification und nicht als „ungewollter Nebeneffekt“ (ebd.). Die Folgen sind soziale Ungleichheiten und Segregation. Neben der Gentrification stellt auch der

„interurbane Wettbewerb der Großstädte (in der Konkurrenz um Unternehmen und Eliten der postmodernen Dienstleistungs- und Konsumgesellschaft)“ eine treibende Kraft dieser Entwicklung dar (REUBER 2012: 108-109 nach SMITH 1996).

Räumlich-territoriale Repräsentationen, Argumentationen und Praktiken stellen aus politisch-geographischer Sicht häufig die Ausdrucksweisen von Konflikten um urbane Räume dar (REUBER 2012: 108). „Der öffentliche Raum ist ein Ergebnis kontinuierlicher Auseinandersetzungen“ und somit „sowohl ein Schauplatz für die fortwährenden Kämpfe um die Natur; ‚der Öffentlichkeit‘ und der Demokratie (MITCHELL 1995) als auch gleichzeitig deren Produkt“ (MITCHELL 1997: 288 nach GOHEEN 1993; MITCHELL 1995). Insbesondere Konflikte um raumbezogene Ressourcen können mit der Lesart sozialer Raumproduktionen und -verwerfungen tiefergehend durchleuchtet werden. Hierauf soll im Folgenden eingegangen werden.

## 1.2 Geographische Konfliktforschung

Betrachtet man Konflikte aus geographischer Sichtweise so ist man schnell beim Paradigma eines vermeintlich räumlichen Bezugs selbiger. Räumlich lokalisierbare Ressourcen sowie Potentiale sind Ursache und Beiwerk vielfältiger Konflikte auf verschiedensten Maßstabsebenen. Der Raum ist also in seiner physisch-materiellen Form neben der Funktion als Ort des Geschehens vielmehr „Dreh- und Angelpunkt sozialer Auseinandersetzungen“ in Form von „Verfügungs-, Gestaltungs- und Kontrollkonflikten über räumliche Ressourcen und Repräsentationen“ (REUBER 2012: 116). Die Ursache sozialer Konflikte liegt häufig in der Verteilung von Raum und Macht, wobei sich letztere meist wechselseitig rechtfertigen. Auf der Suche nach Brandursachen politischer wie sozialer Konflikte trifft man schnell auf räumliche Begebenheiten wie die Verteilung von Ressourcen wie beispielsweise auch Raum. Eine anzunehmende stärker werdende globale Ressourcenverknappung stärkt die Annahme, dass solche Konflikte und somit auch der diesbezügliche Forschungsbedarf in der Politischen Geographie zunehmen werden (REUBER & WOLKERSDORFER 2007: 760).

Politiker und politische Institutionen haben bezüglich raumbezogener Konflikte eine Doppelrolle, bezüglich welcher es beinahe unmöglich erscheint sie glaubwürdig auszufüllen: Einerseits setzen sie mit ihren Entscheidungen die Regeln und Grenzen solcher Auseinandersetzungen (wie Gesetze und Planungsleitlinien), andererseits



treten sie auch häufig selbst aktiv als Streitparteien in raumbezogenen Konflikten auf. Es kommt zum Dilemma zwischen (Ent-)regulierung und politischem Eigennutz (REUBER 2012: 116). U. a. durch diese Prozesse kam es in den vergangenen drei Jahrzehnten zur Forderung nach und Umsetzung von einem stärkeren direkten Mitspracherechts der Bürger\*innen, welches die Macht politischer Institutionen gleichzeitig schwächte. Soziale Konflikte um räumlich lokalisierbare Ressourcen werden mittlerweile durch eine Vielzahl verschiedener Interessensgruppen bestimmt, wie beispielsweise Medienvertreter, NGOs, Bürgerinitiativen oder soziale Bewegungen (ebd.). REUBER (2012: 116) sieht bezüglich der Aufarbeitung raumbezogener Konflikte fünf Fragen im Mittelpunkt:

1. Wer sind die beteiligten Akteure?
2. Wie stellt sich die Machtverteilung unter diesen dar?
3. Wie gestalten sich die Interessen und Ziele der beteiligten Akteure?
4. Was beinhalten ihre Umsetzungsstrategien?
5. Welche Kontrollfunktionen üben politische Institutionen bezüglich des Konfliktfelds aus?

Um Fragestellungen dieser Art empirisch zu untersuchen, bedarf es einer theoretischen Ausrichtung, die explizit die drei Dimensionen der genannten Fragen, Akteure, Rahmenbedingung und Spielregeln, fokussiert. Dies bietet eine handlungsorientierte geographische Konfliktforschung und die dazugehörigen Ansätze.

### 1.2.1 Handlungsorientierte geographische Konfliktforschung

WERLEN (2007: 593) spricht aus sozialgeographischem Kontext davon, dass der Mensch täglich und meist nicht selbstgewählt, sondern unter gesellschaftlich auferlegten Umständen, „Geographie macht“. Hierbei sieht er nicht alle handelnden Menschen mit demselben Gestaltungspotential ausgestattet, was er auf gesellschaftlich auferlegte Umstände zurückführt. Handlung wird von WERLEN „als menschliche Tätigkeit im Sinne eines intentionalen Aktes begriffen, bei dem sowohl sozial-kulturelle und subjektive als auch physisch-materielle Komponenten bedeutsam sind.“ (WERLEN 2007: 593). Diese Komponenten sind daher nach konstruktivistischen Gesichtspunkten zu bewerten und stellen daher rein subjektive sowie konstruierte Ausgangslagen dar, die das Handeln beeinflussen. Gemeinsam mit der

handlungstheoretischen Ausrichtung, bildet die sogenannte „Konstruktivismus Prämisse“ die Grundlage Geographischer Konfliktforschung. Bringt man beide in knapper Form auf einen Nenner, kann das wie folgt lauten: Wie sich eine Handlung räumlich äußert hängt stark von der Maßstabsebene sowie den zeitgenössischen Lebensbedingungen ab (ebd.). REUBER (2012: 119) formuliert aufgrund der von WERLEN postulierten wesentlichen Elementen handlungsorientierter Betrachtungsweisen (Akteur, gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und räumliche Strukturen), drei interdependente Leitkategorien für eine handlungsorientierte geographische Konfliktforschung, welche in Abbildung 2 durch ein Schaubild visualisiert sind.

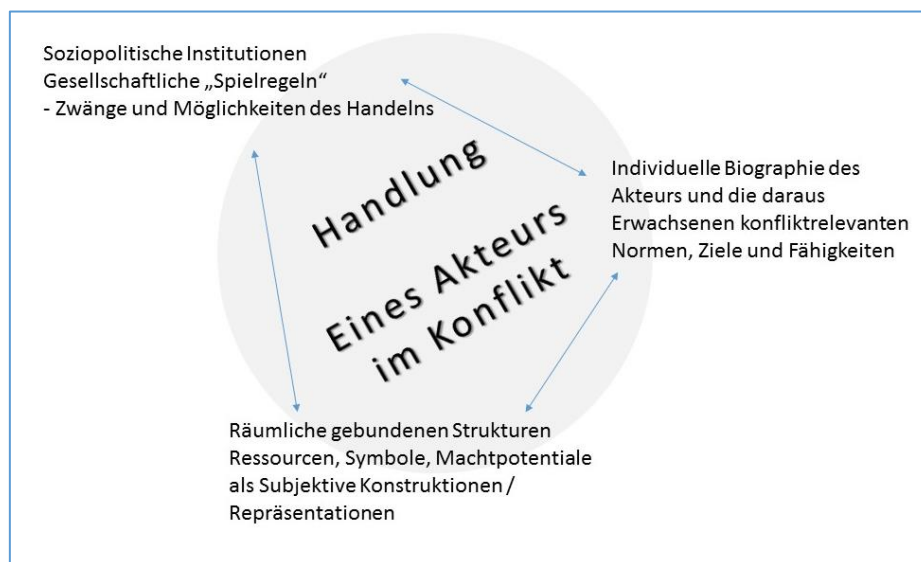


Abb. 2: Drei Leitkategorien handlungstheoretischer Geographischer Konfliktforschung (eigene Darstellung, REUBER & WOLKERSDORFER 2007: 760)

Die Thematisierung der Handlungsorientiertheit von Akteuren in raumbezogenen Konflikten darf nicht ohne einen Blick auf Nutzenoptimierungs-Strategien geschehen. Da Individualisierung und Pluralisierung in unserer post-modernen und neoliberal geprägten Wertegemeinschaft häufig als Handlungsgrundlage dienen, ist die Eigennutzenorientierung einzelner Akteure ein immanenter Baustein raumbezogener gesellschaftlicher Konflikte. Es ist jedoch beinahe unmöglich, dass Akteure rein eigennutzenorientiert handeln können. Es gilt, auch wenn kontradiktorisch, anzunehmen, dass individuelles Handeln aufgrund vorstrukturierter Umstände geschieht. Diese Vorstrukturierung geht von der Gesellschaft aus und schlägt sich in Gesetzen aber auch im Werte- und Normensystem selbiger nieder, welches den Handlungsspielraum eines jeden Akteurs maßgeblich mitbestimmt.

In einer vielschichtigen und eng vernetzten Gesellschaft kann es als beinahe unmöglich betrachtet werden, eine Handlung durchzuführen, welche ohne jegliche Auswirkungen auf Dritte bleibt. Der Akteur handelt also rational, jedoch möglichst in Anbetracht gesellschaftlicher Spielregeln. Hier setzen „public-choice“-Ansätze an, welche „[...] dafür sorgen, dass der Einzelne möglichst wenig in Versuchung gerät, die Regeln, die die anderen einhalten, dann doch zu seinem eigenen Vorteil zu brechen.“ (REUBER 2012: 122).

Das raumbezogene Handeln von Akteuren wird stark beeinflusst von gesellschaftspolitischen Strukturen. REUBER (2012: 123) verweist diesbezüglich auf die Strukturierungstheorie nach GIDDENS, welche Gesellschaftsstruktur stark abstrahiert und nach Ressourcen und Regeln einteilt. Die Macht von Akteuren in einem raumbezogenen Konflikt speist sich demnach besonders aus strukturellen Komponenten, den allokativen- (besitztümlichen Verfügbarkeiten) und autoritativen Ressourcen (Stand in der politischen Hierarchie, Grad der Integration ins politische Netzwerk, Wissen). Die Ausprägung dieser Ressourcen hängt wiederum in hohem Maße von gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen wie Herkunft, Bildung und Sozialisation ab (ebd.: 124).

Des Weiteren müssen Aspekte wie Räumlichkeit und Raum im Rahmen raumbezogener Konflikte näher beleuchtet werden. In einem handlungsorientierten, konstruktivistischen Konzept sind diese als Ressource und Machtmittel zugleich zu betrachten und somit Gegenstand und Mittel im Konflikt. Es muss dabei jedoch nach konstruktivistischen Prinzipien besonders der von den Akteuren konstruierte, gelebte und subjektive Raum herangezogen werden und weniger die objektive Darstellung des solchen. Die Bewertung dieser Raumkonstruktionen der beteiligten Akteure bildet ein weiteres zentrales Puzzlestück in der Bewertung raumbezogener Konflikte. Hierbei wird zwischen der subjektiven Konstruktion der Ausgangslage, der subjektiven raumbezogenen Zielvorstellungen und der subjektiven „Strategischen Raumkonstruktion“ unterschieden, was in Abbildung 3, auf der folgenden Seite dargestellt ist (REUBER 2012: 125 nach REUBER 1999).

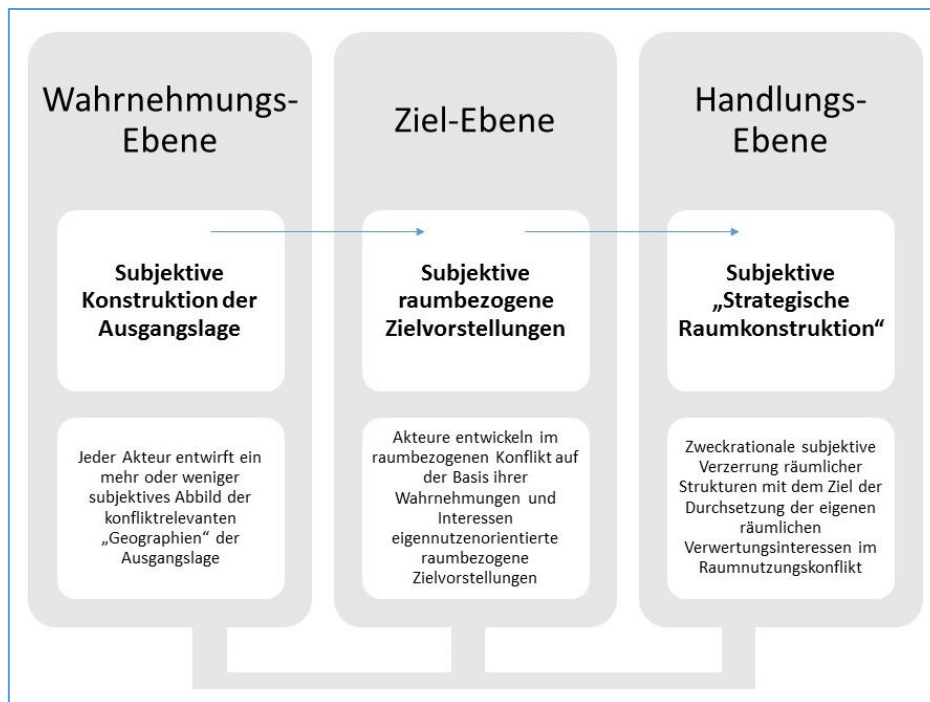


Abb. 3: Die drei Ebenen akteursspezifischer Konstruktionen raumbezogener Konflikte (Eigene Darstellung, leicht verändert nach REUBER 2012: 126 nach REUBER 1999)

Letztlich muss noch darauf hingewiesen werden, dass eine handlungsorientierte Analyse raumbezogener Konflikte erkenntnistheoretische Lücken vorweist. So kann sie nie von einer gesamtheitlichen Analyse der Motivationen, Konstruktionen und Wahrnehmungen der beteiligten Akteure ausgehen. Geht ein Akteur völlig offen und transparent mit seinen Zielvorstellungen um, so bleibt stets ein Graubereich, da selbst die von ihm preisgegebenen Determinanten und Vorstellungen bereits strategisch gefärbt und mit Kalkül gewählt sein können (REUBER 2012: 133). Da im Fokus dieser Arbeit auch die Konflikthaftigkeit raumbezogener sozio-ökologischer Prozesse steht, wird nun mit Hilfe der Politischen Ökologie die Konflikttheorie objektiviert.

### 1.2.2 Politische Ökologie

Bei der Politischen Ökologie handelt es sich um einen handlungstheoretischen Ansatz, welcher auf Konflikte um Natur- und Umweltressourcen ausgerichtet ist. Mit seiner gesellschaftswissenschaftlichen Ausrichtung thematisiert er insbesondere Fragen der Macht im Rahmen der Nutzungszuteilung von ökologischen Faktoren (REUBER 2012: 143-144). KRINGS und MÜLLER (2001: 93-95; KRINGS 2008: 6 nach BLAIKIE 1999) sehen die Politische Ökologie als offene Theorie, welche jedoch ein grundlegendes Hypothesengefüge sowie eine inhärente methodologische Logik besitzt.

Sie setzen vier verschiedene Forschungsperspektiven einer Politischen Ökologie fest, die im Folgenden dargestellt werden:

1. Umweltveränderungen werden mit intensivem Einbezug von Mensch-Natur-Verhältnissen analysiert und nicht allein anhand physisch-geographischer Datenlage erörtert. Es herrscht kein harmonisches Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur, weshalb Regelmechanismen von Nöten sind, welche die Stabilisierungsfähigkeit der Natur stärken sollen.
2. Die Analysekategorie der individuellen lokalen Ebenen reicht für die Bewertung umweltrelevanter Aktivitäten nicht aus. Diese muss auf allen betroffenen Maßstabsebenen (lokal – regional – national – global) geschehen, da „soziale und ökonomische Merkmale und kulturelle Sichtweisen einer Gesellschaft den Umgang mit Natur und die Auswirkungen auf Natur bedingen“ (ebd.: 94) Hierbei stehen insbesondere die mannigfaltigen machtgeladenen Verbindungen zwischen den Maßstabsebenen im Vordergrund der Erkenntnissuche.
3. Die polit-ökologische Herangehensweise an Ressourcenkonflikte benutzt keine naturdeterministischen Annahmen von Tragfähigkeitsgrenzen. Die Knappheit von Ressourcen wird im Handeln der Gesellschaft begründet und nicht mit Feststellungen der menschlichen Abhängigkeit von der Umwelt umschifft. Basis ist die soziale Dimension von Ressourcenknappheit und daran angeknüpft von Fragen nach Legitimation der Inbesitznahme von Umweltgütern und daraus resultierender Übernutzung, Degradation und Knappheit.
4. Konstruktivistischen Grundsätzen folgend, betrachtet die Politische Ökologie auch die Umwelt als Konstruktion der Interessenslagen einer Gesellschaft. Normen, Werte und Leitbilder prägen so die ‚Spielregeln‘, welche festlegen wo Eingriffe in die Natur und Veränderung der Umwelt genehmigt werden und wo sie grundsätzlich verboten sind. Auch Fragen der Umweltgerechtigkeit werden hierbei abgedeckt, wobei die Frage gestellt wird, ob bestimmte soziale und ethnische Gruppen einer Gesellschaft und die konkreten Orte an denen diese ansässig sind in größerem Maße Umweltrisiken und –verschmutzungen ausgesetzt sind als andere. Anknüpfend hierzu muss auch die Legitimation hinterfragt werden, warum bestimmte Gesellschaftsgruppen einfacheren Zugang zu Umweltressourcen besitzen als andere.

Die dargestellten Denkrichtungen einer Politischen Ökologie werden bewusst akteursorientiert praktiziert. „Akteure, Interessen, Handlungsspielräume und Durchsetzungsstrategien nehmen eine Schlüsselrolle in der Analyse von Umweltveränderungen ein.“ (KRINGS & MÜLLER 2001: 95) Im Zentrum steht bei dieser weniger das Gesamtsystem in seiner Beziehung zur Umwelt, als vielmehr der Einfluss der Einzelinteressen des jeweiligen Akteurs auf Erlaubnis oder Verbot von Umweltveränderung. Zudem wird analysiert wer an ihr in welcher Art profitiert, wie sich die Konditionen darstellen und was die diesbezüglichen sozialen wie ökologischen Folgen sind (ebd.: 95).

Die Annahme der Politischen Ökologie, „dass Umweltwandel durch politische Entscheidungen bzw. Interessen einflussreicher Gruppen auf verschiedenen räumlichen Handlungsebenen verursacht wird“ (KRINGS 2008: 4), macht deutlich, dass es einer detaillierteren Akteurs-Differenzierung bedarf als bisher dargestellt. Wie bereits angeklungen erachtet die Politische Ökologie Umweltveränderungen als Resultat einer Synergie aus den Interessen beteiligter, sozialer Akteure verschiedener Maßstabsebenen (lokal-regional, national und international). Hierbei wird zwischen „place-based-actors“ und „non-place-based-actors“ unterschieden. Erstere stellen lokal ansässige Akteure dar, welche durch die thematisierten Umweltveränderungen direkt betroffen sind. Letztere sind national und global agierende Entscheidungsträger, welche durch ihr Handeln Auswirkungen bis auf die Ebene lokaler Ressourcenverteilung hervorrufen (REUBER 2012: 149). Diese Verquickung räumlicher Entscheidungskompetenzen und -auswirkungen ist in Abbildung 4 (folgende Seite) dargestellt. Hierbei sind Verbindungen zum Begriff der Glokalisierung nach ROBERTSON (1992) herzustellen, wonach sich globalisierte Entscheidungsspektren nicht über die lokale Auswirkungen und Zusammenhänge hinwegsetzen dürfen und können.

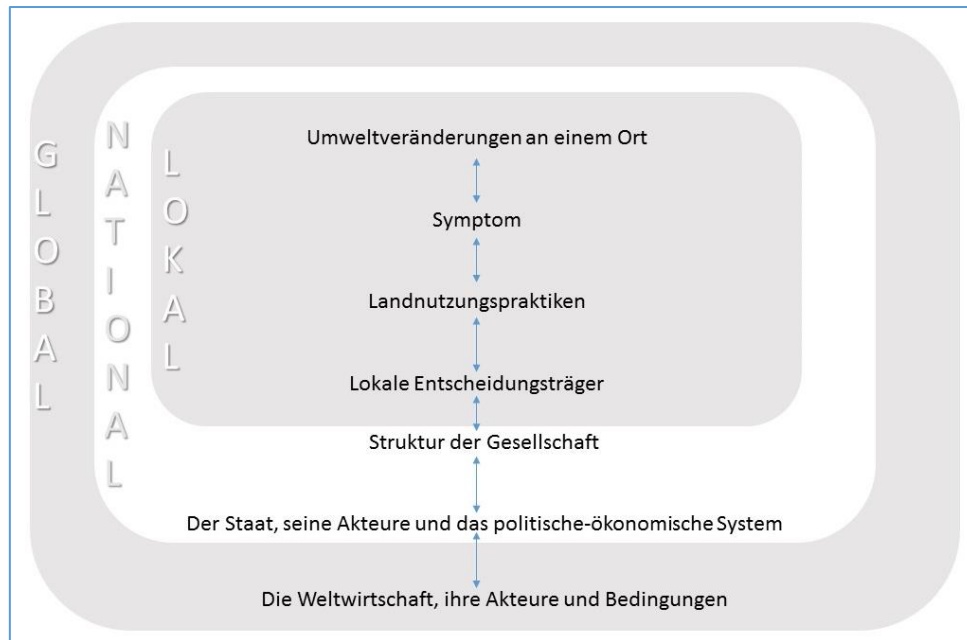


Abb. 4: Betrachtungsebenen einer Politischen Ökologie (Eigene Darstellung, REUBER 2012: 148 nach KRINGS & MÜLLER 2001)

Die genannten Maßstabsebenen werden aber in moderner Verwendung einer Politischen Ökologie nicht als abgegrenzte und vorgegebene sozialräumliche Container betrachtet. Sie werden vielmehr im Rahmen politisch-ökologischer Interaktionsprozesse laufend neu verhandelt und konstruiert (KRINGS 2008: 6-7 nach ZIMMERER & BASSETT 2003). Zudem muss in Betracht gezogen werden, dass für Akteure in raumbezogenen Konflikten mit sozial-ökologischen Kontexten häufig keine klare Abgrenzung der Bezugsmaßstäbe ihres Handelns erfolgt, da beispielsweise aus der Sicht des Klima- und/oder Umweltschutzes oder des Humanismus keine räumliche Grenze des Aktionsraums bestehen kann.

### 1.2.3 Urban Political Ecology (UPE) – Ökologie des Stadtraums

Eine im Rahmen der vorliegenden Arbeit sehr wichtige Detaillierung Politischer Ökologie bietet das relativ junge Themengebiet der Urban Political Ecology (UPE), hier auch Politische Ökologie des Stadtraums genannt. Nach KRINGS (2008: 7) versucht sie, „die Formen der Integration von Natur in der Stadt unter kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Bedingungen als einen sozial-ökologischen Prozess darzustellen, der durch spezifische Interessen gesteuert wird und häufig zu Lasten eines Teils der Stadtbevölkerung geht.“ Die Interessenslagen verschiedener Akteure, die Macht zur Umsetzung dieser und die Auswirkungen in Form möglicher ungleicher Umweltgerechtigkeit im Stadtraum sind zentrale Analyseperspektiven. KÖHLER (2014: 58) sieht in der UPE eine Reflexion der „Materialität von (urbaner) Gesellschaft und

die „gesellschaftliche Produktion von (urbaner) Natur als Gesichtspunkte „eines umkämpften und sozialräumlich ungleichen gesellschaftlichen Stoffwechsels.“

Zuvor muss jedoch darauf eingegangen werden, dass eine UPE darauf basiert, den Grundsatz der Dichotomie von Stadt und Umwelt aufzubrechen. Anstelle dessen tritt ein Ansatz der versucht diesen Dualismus zu überschreiten, da davon ausgegangen wird, dass die klare Abgrenzung von Mensch und Umwelt das Erkennen und Verstehen von Umweltbelangen eher erschwert hat und daher einen sozial-ökologischer Begriff der „urbanen Natur“ proklamiert (HEYNEN et al. 2006: 3; KÖHLER 2014: 58). Zudem wurde die bereits von Marx erbrachte Erkenntnis weitgehend ignoriert, dass ökologische und vermeintlich natürliche Prozesse nicht unabhängig von sozialen Prozessen sind. Aktuelle sozio-ökologische Bedingungen gelten daher als Konstrukte komplexer Transformationen bereits bestehender Bedingungen, welche wiederum selbst sozio-ökologischer Art sind (HEYNEN et al. 2006: 3 nach SWYNGEDOUW 1999). Selbiges wird auch in der Einleitung zur vorliegenden Arbeit anhand eines Artikels der Soziologin Christa Müller zum Aufbrechen der Stadt-Land Dichotomie mit Hilfe von Urban Gardening erwähnt (MÜLLER 2012: 23).

Wie bereits im Teil zur Politischen Ökologie dargestellt, ist auch Umwelt ein soziales Konstrukt, besonders wenn es um die Frage geht, was an diesem Konstrukt schützenswert ist und was der Degradation überlassen werden kann. Im städtischen Raum nimmt dies noch konfliktreichere Dimensionen an, da hier einerseits mehr Konstruktionen existieren und andererseits Natur und Umwelt nach einem gesellschaftlichen Verständnis eine stets bedrohte, knappe Ressource darstellt. Es werden beispielsweise nicht nur, wie in der Stadtökologie, die Grünflächen und urbanen Ökosysteme analysiert, sondern die Zusammenhänge und Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur im urbanen Raum als sozialökologischer Mechanismus betrachtet (KÖHLER 2014: 58).

Im Sinne der UPE wird die Stadt als eine künstliche Natur begriffen, die SWYNGEDOUW (2006: 21f) als metabolischen Urbanismus bezeichnet. Das System Stadt ist hiernach gleichermaßen ein Zusammenwirken vielfältiger Stoffwechselkreisläufe wie ein lebendiger Organismus. Das Zusammenwirken der Organismen bezeichnet er als Cyborg, welchen man sich als Chimäre zwischen künstlich-technischer und lebend-organischer Teile verstehen kann. Er bezieht sich hierbei explizit auf sozio-ökologische Prozesse des Urbanen, welche eng mit den jeweils aktuellen sozialen



Wechselwirkungen innerhalb einer Gesellschaft verknüpft sind. Hierzu schreibt KRINGS (2008: 7-8), „Umweltwandel und sozialer Wandel bedingen einander. Die sozial-ökologischen Prozesse transformieren sowohl die physische wie die soziale Umwelt der Stadt und schaffen neue Milieus und Viertel mit ganz spezifischen neuen Qualitäten, Möglichkeiten aber auch Mängeln.“ So haben urbane Stoffkreisläufe je nach Standort, positive wie negative Auswirkungen. Beispielsweise können Umweltschutzmaßnahmen an einem Ort positiv auf die dortigen Bedingungen wirken, gleichzeitig jedoch zu einer Verlagerung und somit zur Verschlechterung anderer öko-sozialer Zustände an einem anderen Ort oder auch am selben Ort führen (ebd.). Die urbanen Metabolismen beinhalten daher die „gesellschaftliche Produktion (urbaner) Natur“ (KÖHLER 2014: 59 nach SMITH 1990), welche im Positiven wie im Negativen, physisch-materiell und/oder diskursiv-symbolisch stattfinden kann.

HEYNEN et al. (2006: 5) berufen sich auf LEVEBVRES (1976) Darstellungen des Urbanen und erklären dieses hiernach als ‚zweite Natur‘, welche ein soziales Konstrukt der Gesellschaft darstellt. Hier wird die einst zerstörte Natur re-inszeniert. Trotz vorhandener ökologischer Potentiale des Urbanen, wie Biodiversität, Wasser und Boden, ist alles städtische gesellschaftlich hervorgebracht. Diese Erkenntnis birgt das Potential, komplexe politische, ökonomische sowie soziale Wirkungsgefüge städtischer Räume besser zu verstehen.

Moderne Stadträume sind die Verkörperung kapitalistischer Gesellschaftsgefüge, in welchen als logische Konsequenz auch die Natur den Charakter einer Ware hat (ebd.). Alles wird zum Teil eines gesellschaftlich gesteuerten, kapitalistischen, marktgetriebenen urbanen Metabolismus, vom Trinkwasser bis hin zur Flasche Sauerstoff zur Abhilfe gegen Smog-Belastung. BOOKCHIN (1996: 224) sieht die Vorherrschaft des Kapitalismus als Korrumpierung gesellschaftlicher Verhältnisse, Bedrohung des ökologischen Gleichgewichts und als die wesentliche Ursache der globalen Urbanisierung, welche wiederum ihrerseits die grundlegenden Wesenszüge bürgerlichen, städtischen Lebens bedroht. Massenproduktion und -konsum tritt an die Stelle von einzigartigem physischem, kulturellem und politischem Ausdruck. Alles nimmt den Charakter einer anonymen Ware an, selbst die Beziehungen der Menschen untereinander so wie auch deren Kulturäußerungen (BOOKCHIN 1996: 224). Sich dieser Eigendynamik eines konsumorientierten urbanen Systems zu entziehen, ist innerhalb urbaner Räume fast unmöglich. SWYNGEDOUW und KAIKA (2014: 462) sowie

RADEMACHER (2015: 138) sehen daher auch die globale, vom Kapitalismus geprägte Urbanisierung, als wesentlichen Teil des von CRUTZEN und STÖRMER (2000) proklamierten erdgeschichtlichen Zeitalters des Anthropozän. Die kapitalistisch-urbanisierte Gesellschaft gilt hiernach als eine der einflussreichsten geologisch-wirkenden Kräfte.

Eine Politische Ökologie des Stadtraums zeigt auf, dass die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wirkungszusammenhänge bei der Produktion urbaner Räume zu Abgrenzung und Ungleichheit innerhalb dieser führen. Es hat sich klar gezeigt, dass strukturell schwächere Quartiere deutlicher unter Umweltproblemen leiden als wohlhabendere Viertel, in welchen mit höheren Mieten und Grundstückspreisen für bessere Umweltbedingungen bezahlt wird (HEYNEN et al. 2006: 10). Ein zentrales Thema der UPE ist daher eine urbane sozio-ökologische Nachhaltigkeit und die angegliederte Frage, „welche Bevölkerungsgruppen von bestimmten Stadtplanungskonzepten profitieren und welche durch diese Nachteile erleiden“ (KRINGS 2008: 8).

Das Vorhaben solchen Entwicklungen entgegen zu wirken und eine nachhaltige Stadtentwicklung zu erreichen, scheint in Anbetracht der dargestellten Inhärenz kapitalistischer Strukturen in städtischen Räumen, utopisch. BERGER (2003: 25-26) weist der Verfolgung einer nachhaltigen Stadtentwicklung zwar große Bedeutung zu, betont jedoch die Gefahr einer lähmenden Übermacht dieser normativen Handlungs-Maxime. Er sieht die politische Stadtökologie in ihrer Selbstbeschränkung auf stadtökologische Konzepte als ausreichend an, da auch sie nicht von den ökonomischen, sozialen und kulturellen Sachlagen einer Stadt absehen kann. Die Konzentration auf explizit eine Sachlage stellt sich effektiver dar und hat nach der Theorie eines urbanen Metabolismus u. a. positive Auswirkungen auf andere stadträumliche Wirklichkeiten. Als Beispiele hierzu führt BERGER (2003: 26) folgendes an, „[m]it einer Verbesserung der Lebensqualität kann es eine umfassende Wiedereroberung des öffentlichen Raums durch die Menschen und damit mehr und kontinuierliche gesellschaftliche Interaktion geben. Tendenzen sozialer Isolierung und Segregation können dadurch geschwächt werden. Mehr und vielfältigere Grünflächen und ungeordnete Wildnis in der Stadt kann mit den Lebensräumen von Kindern ihre Sozialisationsumstände verbessern.“

Solch vielfältigere und wildere Grünräume kann Urban Gardening schaffen. Im Falle der vorliegenden Arbeit wird die kritische Geographie des Politischen sowie die teils daran angegliederte Politische Ökologie und UPE, als handlungsorientierter Ansatz gewählt. Dies schafft eine ausreichend theoretische Grundlage für die qualitativ-empirische Analyse des sozio-ökologischen Trends des urbanen Gärtnerns. Urban Gardening als vermeintlich modernes Phänomen westlich geprägter Stadtgesellschaften soll nun anhand bestehender diesbezüglicher Literatur eingehender betrachtet werden. Dabei wird auch auf thematische Grundlagen eingegangen.

## 2 Das Phänomen des urbanen Gärtnerns

Im Folgenden soll näher auf den zentralen Themenkomplex der vorliegenden Arbeit, das gemeinschaftliche urbane Gärtnern eingegangen werden. Es wird hierbei der diesbezügliche Forschungsstand vorgestellt. Der Trend des Urbanen Gardening soll in den Kontext einer nachhaltigen Stadtentwicklung gesetzt werden, welche in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer mehr Städte für sich proklamieren. Der Blick auf ökologische und soziale Dimensionen des urbanen Gärtnerns ist daher von besonderem Belang. Hierfür muss aber zunächst darauf eingegangen werden, was allgemein unter einer nachhaltigen Stadtentwicklung verstanden wird, woher diese Grundlage kommt und wer oder was diesbezügliche Treiber sind. Praktiziertes urbanes Gärtnern ist Teil eines urbanen Metabolismus und wirkt, im Sinne des Nachhaltigkeits-Gedankens, mehrdimensional.

### 2.1 Nachhaltige Stadtentwicklung – Eine Grundlage

Wie HEINEBERG in seinem Standardwerk zur Stadtgeographie (2013: 141f) darstellt, geht das Paradigma der nachhaltigen Stadtentwicklung, wie das Gro anderer aktueller Nachhaltigkeitsbestrebungen, hauptsächlich zurück auf die „Trilogie“ der Nachhaltigkeits-Historie: die Berichte der *Brundtland-Kommission zu Umwelt und Entwicklung* aus dem Jahr 1987; das Aktionsprogramm *Agenda 21* als Ergebnis der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio/Brasilien zu Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992; der 1996 in Deutschland in Gang gesetzten kommunalen Handlungsprogramme für eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, *Lokale Agenda 21*.

Die Grundsätze nachhaltiger Stadtentwicklung in Deutschland haben ihren Ursprung in Konzepten der ökologischen Stadtentwicklung aus den 1980er Jahren. Die

zentralen Bausteine dieser waren zentrale Energieeinsparung, Verwendung ökologischer Baustoffe sowie Stadtbegrünung zur Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsberuhigung (ebd.: 141 nach BETKER 1992). Mittlerweile haben sich in den Planungsbemühungen für eine sozial, ökologisch sowie ökonomisch verträgliche Stadt, verschiedene Planungsprinzipien herausgebildet. So soll der Versiegelung weiterer Flächen und somit dem gestiegenen urbanen Flächendruck mit Nachverdichtung, Renovierung, Instandsetzung und Umwidmung entgegengewirkt werden. Des Weiteren sollen funktionalräumliche Gliederungen im Stadtraum teilweise aufgebrochen werden. So soll Wohnen und Arbeiten gleichermaßen wie Freizeit und Versorgung mehr durchmischt und vor allem alltägliche Wege für Stadtbewohner verkürzt werden. Durch die Mischung verschiedener sozialer Gruppen, Einkommensklassen und Haushaltstypen sowie Lebensstilgruppen, steigt die Diversität innerhalb des Stadtraums. Einer drohenden Ghettoisierung und/oder negativen Folgen des demographischen Wandels, soll auf diesem Wege entgegengewirkt werden. Zusätzlich setzt sich eine nachhaltige Stadtentwicklung für die Förderung dezentraler Konzentration innerhalb der Stadträume ein, welche mit Hilfe der Wirkmechanismen der Raumordnung den Siedlungsdruck im Umland städtischer Agglomerationen auf gewisse Schwerpunkte leitet. Zur Umsetzung dieser Grundsätze benötigt Kommunalpolitik und Stadtverwaltung neues Handwerkzeug. Wie bereits seit Längerem von Bürgerinitiativen und Lokalen Agenden 21 gefordert, wurden so Partizipationsprozesse für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft zum zentralen Bestandteil kommunaler Planungen (ebd.: 142-143).

Auch aktuell wird auf globaler Ebene die erhebliche Relevanz urbaner Entwicklung bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung betont. So lautet die elfte Zielsetzung der 17 *UN-Nachhaltigkeitsziele* (welche auf die sogenannten *Millenniumsziele* folgten), „make cities and human settlements inclusive, safe, resilient and sustainable“ (UN 2015). Neben der Forderung urbane Räume im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten, rückt die UN auch die Resilienz städtischer Agglomerationen ins Blickfeld. Stadträume sollen daher sicherer aufgestellt werden, insbesondere für den Katastrophenfall, wie Dürren, Hochwasser oder andere Naturkatastrophen. Dies gewinnt vor allem im Hinblick auf einen sich zuspitzenden Klimawandel an Bedeutung. Die Arbeitsgruppe II des IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) betont in Kapitel acht seines fünften Sachstandberichts, „Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability“ (IPCC 2014), dass die Verwundbarkeit urbaner Räume

u. a. gegenüber drohender Risiken durch Klimawandelprozesse steigt. Er betont (IPCC 2014: 580), dass dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann, indem u. a. die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Planungs- und Umsetzungsprozessen gestärkt wird, da die Umsetzung von Adaption und Mitigation maßgeblich von dieser getragen werden muss. Zudem gehen häufig innovative Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen von zivilgesellschaftlichem Engagement aus und werden von dort beteiligten Akteuren entworfen. Diese „bottom-up“ Strukturen haben verglichen mit top-down Maßnahmen meist einen Vorteil, nämlich dass sie soziale Gefüge innerhalb der betreffenden Gesellschaft stärken und in einigen Fällen einfacher angenommen werden, da sie nicht „von oben“ diktiert sind.

Laut der *Vereinten Nationen* (UNFPA 2007) bewohnen seit dem Jahr 2007 mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung städtische Räume. In Anbetracht einer steigenden Weltbevölkerung und voranschreitenden Urbanisierung wird davon ausgegangen, dass bis zum Jahr 2030 weltweit rund fünf Milliarden Menschen im urbanen Raum leben werden. Hinsichtlich dessen müssen Planungen und Umsetzungen die zu einer sozial, ökologisch und ökonomisch verträglicheren sowie resilienzstärkenden Stadtentwicklung führen, in den Fokus moderner Stadtlandschaften gerückt werden. FORMAN (2014: 18) proklamiert, dass eine solche nachhaltige Entwicklung insbesondere auf die mannigfaltigen wechselseitigen Wirkmechanismen zwischen Sozialstruktur und urbaner Ökologie abzielen muss. Dem Tragen Projekte einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung, wie urbane Gemeinschaftsgärten, Rechnung.

## 2.2 Formen sozial-ökologischer Stadtentwicklung

Um Maßnahmen einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung besser darzustellen, muss gleichzeitig auf das durch sie angegangen Problemfeld eingegangen werden. Es ist zudem wichtig hervorzuheben, auf welcher Maßstabsebene innerhalb einer Stadt eine solche Maßnahme initiiert wird. Im Folgenden werden Beispiele urbaner Grünflächen als Maßnahmen einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung dargestellt. Städtische Begrünung kann flächendeckend seitens einer Stadt, aber auch an vielen Orten lokal initiiert werden, „best-practice“-Beispiele schaffen und so zur urbanen Diversität beitragen kann. Wie bereits dargestellt sind es dabei häufig die Bürgerschaft und aus ihr hervorgegangene Organisationen die als Treiber einer nachhaltigen, besonders einer sozial-ökologischen Entwicklung, im städtischen Raum auftreten. Hierzu zählen Graswurzelbewegungen, NGOs, Bürgerinitiativen,

Nachbarschaftsvereine und politische Gruppen, welche ein großes Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements darstellen und in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer größeren Zuspruch fanden (LI 2014: 9). STEPHENSON (2015: 17) sieht den globalen Umweltwandel als beispiellose Situation, welche eine radikale Antwort benötigt. Diese sieht er in einem verstärkten bürgerlichen Engagement, welches sich individuell wie kollektiv gegen Umweltdegradation und für Umweltgerechtigkeit einsetzen muss.

### 2.2.1 Stadtbegrünung und -verschattung

Als Folgeerscheinung des Klimawandels werden auch in Deutschland vermehrt ungewöhnlich lange Hitzeperioden im Sommer auftreten. Dadurch steigt der Hitzestress, besonders in urbanen Räumen, welcher sich negativ auf Menschen, insbesondere auf Risikogruppen und auf die Umwelt auswirkt. Da im sogenannten „Beton-Dschungel“ der Städte, versiegelte Flächen und Gebäudestrukturen extreme Hitzespeicher darstellen, ergibt sich für diese Räume und ihre Bewohner, die Stadtbevölkerung und urbane Ökosysteme, eine noch größere gesundheitliche Belastung durch Hitzeanomalien (WANG et al. 2015). Zusätzlich können Emissionen von Verkehr und Industrie in Form von Smog reflektierte Sonnenstrahlen aufhalten und so das Mikroklima weiter erwärmen. Es entstehen so genannte „Städtische Wärmeinsel“ (engl. Urban Heat Island), deren Genese und Auswirkungen in Abbildung 5 (folgende Seite) näher dargestellt sind.

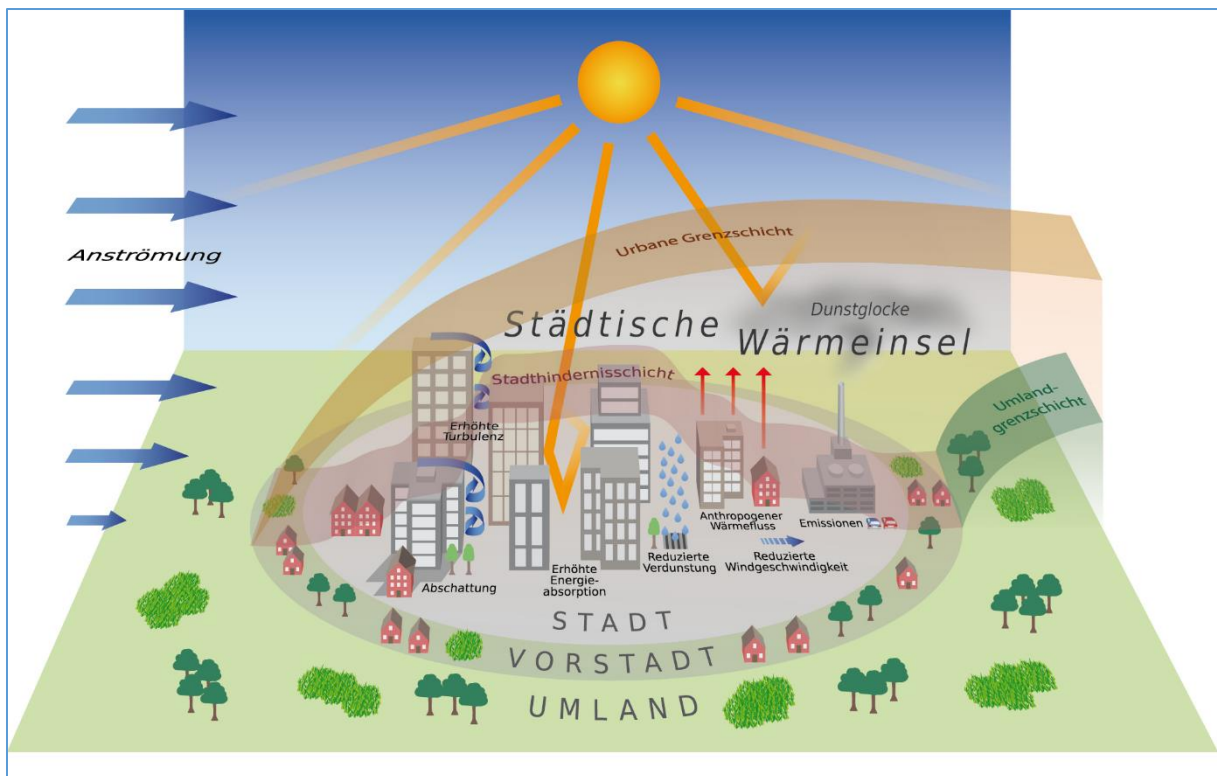


Abb. 5: Modell einer städtischen Wärmeinsel - Urban Heat Island (DWD o. J.)

Die wirksamste Möglichkeit gegen diesen Effekt anzukämpfen, stellt eine intensivere Begrünung und Verschattung (vom englischen „shading“) städtischer Räume dar. Damit ist einerseits die Entsiegelung betonierter Flächen gemeint, welche dann bepflanzt werden und so nicht mehr in dem Maße als Hitzespeicher fungieren. Andererseits trägt das vermehrte Pflanzen von Bäumen im Stadtgebiet zur Verschattung möglicher Hitzespeicher bei. Gleichzeitig gelten Bäume als CO<sub>2</sub>-Senken und haben so einen doppelte Wirksamkeit gegen Klimawandelgefahren. Ein weiterer sehr wichtiger Faktor zur Vermeidung urbaner Hitzeinseln ist zudem die Schaffung und der Erhalt von Frischluftschneisen in städtischen Räumen, in Form von Gewässerläufen und weitläufigen Grünflächen.

## 2.2.2 Urbane Landwirtschaft

Eine nachhaltige Stadtentwicklung beinhaltet nach PEREZ-VASQUEZ et al. (2005: 254), eine Verflechtung der Stadt mit ihrem Um- und Hinterland. Hier können stadt- und zentrumsnah Nahrungsmittel angebaut werden, was wiederum die urbane Umwelt sowie Lebensqualität verbessert. In gewisser Weise knüpft dies an das von MÜLLER (2012: 23) und dem Konzept der UPE (Kapitel 1.2.3, S. 19) geforderte Aufbrechen der Dichotomie zwischen Stadt und Natur an. Eine urbane Landwirtschaft hat diverse positive ökologische Folgen wie eine ertragreiche Stadtbegrünung, die Erhöhung der

urbanen Biodiversität und die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Pflanzen als Senken sowie der Reduktion so genannter „food miles“ (Distanz zwischen Produktions- und Konsumtionsort von Nahrung) (BOHN & VILJOEN 2010: 154).

FORMAN (2014: 344) versucht sich an einem Inventar verschiedener Formen urbaner Landwirtschaft. Er listet sie nach der Art ihrer räumlichen Verortung, welche besonders von deren Größe und Ausprägung abhängig ist. Er findet drei Überkategorien, welche sich auf ihre Größe sowie auf ihre Lage beziehen. Der Terminus „exurban“ bezeichnet hier Gebiete, welche dem Suburbanen, also der Vorstadt vorgelagert sind. Peri-urbane Gebiete sind Gebiete der städtischen Peripherie, dem sogenannten „Hinterland“ (ebd.):

### **1. Große Standorte**

- Nutztiere und Weideland
- Feldanbau mit Früchten für den nationalen Markt
- Gemüsegärtnereien
- Solidarische Landwirtschaft (CSA=Community Supported Agriculture)

### **2. Kleinere Standorte an peri-urbanen und suburbanen Orten**

- Hinterhofgärten und Hausgärten, u. a. an Wohnhäusern
- Gewächshaus-Gärtnereien

### **3. Kleine Standorte in innerstädtischen und vorstädtischen Bereichen**

- Institutsgärten
- Gemeinschaftsgärten
- Kleingärten in Zwischenräumen und auf Brachflächen
- Gebäudegärten

Natürlich haben nicht alle Formen urbaner Landwirtschaft ausschließlich positive Auswirkungen auf die urbane Ökologie. So sind beispielsweise intensive Formen des Gemüse- und Obstanbaus mit Hilfe gentechnisch modifizierter Samen und chemischem Dünger sowie Unkrautvernichtungsmittel eine Belastung für das gesamte Ökosystem einer Stadt. Letztere werden auch häufig in privaten Gärten oder durch städtische Gärtnereien eingesetzt und können schädlich für alle Stadtbewohner\*innen sein.

Eine sozio-ökonomische Auswirkung urbaner Landwirtschaft, welche insbesondere in Ländern des globalen Südens und von Krisen betroffenen Räumen Relevanz hat, ist die der Subsistenz-Versorgung von Teilen einer Stadtbevölkerung. Besonders in wirtschaftlicher Not sorgt urbane Landwirtschaft für einen Grundstock an gesunden Nahrungsmitteln (CHURCH et al. 2014). Handelt es sich um Gärten an denen die lokale



Bevölkerung beteiligt wird und wo diese auch in Form körperlicher Arbeit mitwirkt, so hat nicht nur der Konsum von angebautem Obst und Gemüse positive Effekte auf deren Gesundheit, sondern auch die körperliche Aktivität und die Zeit an der frischen Luft (LEAKE et al. 2009). Als Form einer partizipativen urbanen Landwirtschaft in westlichen Industrienationen und gleichzeitig urbaner Trend städtischer Wohlstandsgesellschaften, entstehen hiesige Gemeinschaftsgärten immer häufiger unter dem Terminus des „Urban Gardening“.

## 2.3 Urban Gardening – Formen & Motivation

„Ein Gespenst geht um in Europa, ein fröhliches buntes Gespenst mit Dreck unter den Fingernägeln: der neue Gärtner. Aufgetaucht aus dem Nichts, hat er in kürzester Zeit die Städte erobert.“ So beschreibt RASPER (2015: 80) in seinem Beitrag „Die Stadt ist unser Garten“ die vor nunmehr etwa fünfzehn Jahren aufgetauchte „Spezies“ urbaner Gärtner. Er beschreibt den gemeinschaftlichen urbanen Gartenbau als Trend unter jungen Kreativen. ROSOL (2014: 220) sieht Urban Gardening als Teil eines selbst auferlegten nachhaltigen Lebensstils, vor allem innerhalb urbaner Mittelschichtmilieus. MÜLLER (2012: 31-32) unterstreicht den Facettenreichtum urbanen Gärtnerns. Dieser äußert sich nicht nur in Aktionsform, Ort und Gestaltung, sondern auch in der Motivation. Letztere reicht im europäisch-westlichen Kontext von der Freizeitbeschäftigung über die Rückeroberung öffentlicher Räume, die selbstgeschaffenen Möglichkeiten der Umweltbildung, der Kritik an der herrschenden globalen Nahrungsmittelpolitik und vom Umgang mit Nahrungsmittel im Allgemeinen bis zur Eigeninitiative im Umwelt- und Klimaschutz. Die Liste ist lang und viele der Motivationen sind eng miteinander verknüpft oder bedingen einander. Zentral ist jedoch, dass Partizipation und Gemeinschaftsorientierung bei allen Projekten im Vordergrund stehen. „Es geht [den] Protagonisten mehr oder weniger explizit darum, sowohl städtische Flora und Fauna als auch (fremde) Nachbarn (besser) kennen zu lernen, dabei auch Formen zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung zu beleben, einer vermarktlichten Konsumwelt Räume eigener Produktivität gegenüberzustellen.“ (KROPP 2012: 83).

Vielen urbanen Gärtnern geht es wie bereits angedeutet, auch um den Protest gegen globale Prozesse und Zustände, wie beispielsweise die starke Abhängigkeit der Konsumenten von global agierenden Nahrungsmittelkonzernen. Mit ihrer gärtnerischen Aktivität im städtischen Raum zeigen sie auf, dass eine Relokalisierung

des Nahrungsanbaus zumindest teilweise möglich ist sowie, dass Alternativen zur industriellen Nahrungsmittelproduktion bestehen. Durch lokales und örtlich gebundenes Engagement in Form von urbanen Gärtnern wird auf Ungleichverteilungen und Missstände auf globaler Ebene hingewiesen – lokal-ökologische Arbeit für eine global-soziale Gerechtigkeit (ROSOL 2014: 224).

### 2.3.1 Geschichte des urbanen Gartenbaus

Die Geschichte urbanen Gartenbaus geht weit zurück bis in die griechische Antike. Seit dem dritten Jahrhundert vor Christus galten die Hängenden Gärten der Seramis von Babylon als eines der sieben Weltwunder der Antike. Auch Überlieferungen der wohlhabenden städtischen Römer lassen erahnen, dass diese wahre Gartenliebhaber\*innen gewesen sein mussten. Die Griechen wiederum hatten in ihren Innenstädten aufgrund zu enger Bebauung und voll ausgenutzter Flächen kaum Platz für Gartenbau, wobei dies nicht für die Vorstädte galt. Stadtgrün gab es im antiken Griechenland lediglich an sakralen und öffentlichen Plätzen sowie der Agora, dem politischen und wirtschaftlichen Zentrum einer jeden griechischen Stadt (CARROLL-SPILLECKE 1998: 81).

PLUTARCH (zit. n. ebd.) berichtet vom athenischen Staatsmann Kimon, als Pionier in der Begrünung der politischen Agora und „der erste, der die Stadt mit den vornehmen und schönen Erholungsorten schmückte, die wenig später sich so außerordentlicher Beliebtheit erfreuten.“ PLATON (ebd.: 82) schlug vor mit überschüssigem Wasser der Brunnenhäuser, öffentliche Gärten und Bepflanzungen zu bewässern, um aus Hauptversammlungsorten der griechischen Stadt schattige Orte werden zu lassen. Vorstadtgärten, genannt „sub urbe hortum“ und vergleichbar mit den heutigen Kleingärten, konnten von Stadtbewohner\*innen zu niedrigen Preisen gepachtet werden. Sie wurden hauptsächlich mit Gemüse und Blumen zum Eigenbedarf und Marktverkauf bepflanzt (ebd.).

Im 15. Und 16. Jahrhunderts stellten die ausladend gestalteten Renaissancegärten der herrschenden Klasse (später Barockgärten), lediglich auf ästhetische Gesichtspunkte bedachte, „Embleme politischer Herrschaft“ dar (FARKAS 1999: 133). In ihrer geometrischen, meist aus vielen Quadraten zusammengesetzten Anordnung, teilten sie sich in verschiedene Bezirke zwischen Lust- und Nutzgärten auf und waren so ein Manifest der aufkommenden Garten- und Landschaftsarchitektur. Mit ihren

weiträumigen Terrassen und Wasserspielen galten sie zudem als Machtinszenierungen (GÜNTHER 2010: 30).

„Die Geschichte der Stadt erzählt von Lebensmitteln“ schreibt STIERAND (2014: 37) in seinem Buch „Speiseräume – Die Ernährungswende beginnt in der Stadt“. Er stellt fest, dass aus heutiger Sicht die längere Zeit der Geschichte europäischer Städte davon geprägt war, für die Nahrungsversorgung ihrer Bewohner\*innen innerhalb der Stadt oder in ihrem direkten Umfeld zu sorgen. Ohne moderne Transport- und Konservierungsmöglichkeiten waren der Obst- und Gemüseanbau sowie die Viehhaltung eine urbane, suburbane und peri-urbane Aufgabe. Urbane Landwirtschaft prägte das Stadtbild in Form von Gärten, Äckern und Weiden. Die Landwirtschaft im ländlichen Raum bestand aus Subsistenzbauern und Leibeigenen, „[...] die Stadt versorgte sich weitgehend autark.“ (STIERAND 2014: 38).

Das rasche Städtewachstum während der Industrialisierung führte zu Ernährungsengpässen im urbanen Raum, was Fehl- und Mangelernährung zur Folge hatte. Dies brachte die Stadtbewohner\*innen zunächst vermehrt zur Subsistenzlandwirtschaft. Jedoch durchlief die Landwirtschaft, infolge von Innovationen in Anbau-, Konservierungs- und Infrastrukturtechnik sowie gesellschaftlichen Umbrüchen, zwischen 1800 und 1900 eine Produktivitätssteigerung von 1500%. Wo vorher vier Bauern für einen Konsumenten produzierten, sorgte zu Ende des Jahrhunderts ein Produzent für vier Konsumenten (STIERAND 2014: 41 nach HIRSCHFELDER 2001). Die Landwirtschaft wurde allmählich industrialisiert, die Konservendose kam auf, Importe verbesserten die Rohstoffsituation und Händler ersetzten Erzeugermärkte im urbanen Raum. „Der Städter wurde in der Industrialisierung vom Selbstversorger zum Konsumenten. Eine produktive Landwirtschaft, eine preisgünstige Verarbeitung und ein funktionierender Handel machten dies möglich. Notwendig machten es die Nutzung der Arbeitskraft in der Industrie und der Platzmangel in größer werdenden Städten.“ (STIERAND 2014: 50).

Wie bereits dargestellt, stellte die rasch voranschreitende Urbanisierung im 19. Jahrhundert einen massiven Antrieb für neue Formen der Stadtentwicklung dar. Während es im Jahr 1850 erst vier deutsche Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohner\*innen gab, waren die im Jahr 1871 bereits acht Großstädte mit einer Gesamtbevölkerung von 1,97 Millionen Menschen und bis 1910 dann 48 Städte dieser Kategorie mit 13,82 Mio. Bewohner\*innen (FARKAS 1999: 134 nach SCHÖLLER 1985).

Infolge dieses Urbanisierungsprozesses und die damit eng verwobenen Entwicklungen der Technisierung und Industrialisierung stieg auch der Grad der Freiheit und Mobilität der Stadtbewohner\*innen. Soziale Bewegungen waren Folge der Freiheit, entstanden jedoch aufgrund der negativen Zustände. Wegen erheblicher körperlicher und psychischer Belastungen durch Arbeit, Wohnverhältnisse und mangelnder medizinischer Versorgung, organisierte sich die Stadtbevölkerung und stellte die Forderung nach Grünflächen, Turnplätzen, Parks und Bädern (FARKAS 1999: 134). Teil dieser Entwicklung war die Gartenbewegung, welche ihre Ursprünge in vereinsmäßig organisierten Gartenbaugesellschaften und –vereinen in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts hat. Hinzu kamen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Bodenreformbewegungen, welche ausgehend von England und den USA auf die extreme Steigerungen der Bodenpreise und einen erhöhten Flächendruck aufmerksam machten und Bodenspekulationen kritisierten (FARKAS 1999: 135).

Auch in deutschen Städten herrschte Wohnungsmangel, Umweltverschmutzung und hohe Lebenshaltungskosten belasteten die Bevölkerung. Durch intensive Bodenwertsteigerungen wurden Spekulanten begünstigt, was wiederum durch die politischen Entscheidungsträger, die selbst zum großen Teil Grundeigentümer waren, begünstigt wurde. Die aufkommenden sozialen Fragen und die herrschenden sozialen Missstände führten zur Herausbildung natur- und freiraumorientierter Bewegungen, wie der Landhausbewegung und der Gartenstadtbewegung. „Künstler, Sozialreformer und auch Unternehmer entwarfen Utopien gegen die industriell-kapitalistische Gesellschaft und versuchten, sie in Modellsiedlungen und -gemeinschaften zu verwirklichen (OLÉNYI VON HUSEN 2010: 140).

Teil dieser Strömungen zum Ende des 19. Jahrhunderts waren auch Diskurse über die Formen vollwertiger und gesunder Ernährung. So entstanden um 1890 in der Nähe einiger deutscher Großstädte Vegetariersiedlungen als Teil der *Gartenstadtbewegung*. Diese ging kurz vorher von England aus und berief sich auf die Ideen des englischen Stenographen EBENEZER HOWARD (1850-1928), der durch eine planmäßige Stadtentwicklung, durchgrünte Wohnebereiche schaffen wollte, um den damals herrschenden, schlechten Wohn- und Lebensverhältnissen in urbanen Räumen sowie den hohen Bodenpreisen entgegen zu wirken.

Zentrale Leitbilder dieser Idee waren der kollektive sowie genossenschaftliche Bodenbesitz der Bewohner\*innen, eine autarke Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln,

Grüngürtel um Großstädte und eine durch kollektiven Besitz und gemeinsame landwirtschaftliche Tätigkeit geförderten, größeren sozialen Zusammenhalt innerhalb der Wohnbereiche. Die Gartenstädte sollten geprägt sein von einer geringen Baudichte, vielen Spiel- und Erholungsplätzen sowie der Vereinigung von Wohn-, Arbeits-, Konsum- und Erholungsfunktion. In England wurde diese Vision in Form von noch heute bestehenden 32 Gartenstädten am erfolgreichsten umgesetzt. Das prominenteste Beispiel aus Deutschland ist die Gartenstadt Hellerau bei Dresden, welche 1906 erbaut wurde. Die geplante soziale Durchmischung sowie die Umsetzung des Gesamtkonzeptes funktionierte jedoch in keiner der umgesetzten Projekten, da die Mietpreise zu hoch und die Vorstellung der Bauherren zu eng waren (OLÉNYI VON HUSEN 2010: 141-142; FARKAS 1999: 136).

Als deutscher Vertreter der Gartenstadtbewegung und des Reformgartens muss an dieser Stelle LIEBERECHT MIGGE genannt werden (1881-1935). Der Landschaftsarchitekt entwarf u. a. Gärten für die Gartenstadt Hellerau und arbeitete vom Hausgarten über die Gartenstadt bis zu Selbstversorgergärten, an Planungen für verschiedenste Nutzgärten. Seine Arbeiten berücksichtigten stets sozial- und gesellschaftspolitische Zustände und städtebauliche sowie wohnungspolitische Entwicklungen (OLÉNYI VON HUSEN 2010: 137). Auch in Freiburg wurde eine Gartenstadt gebaut, worauf später eingegangen wird (Kapitel 3.3, S. 56).

Um 1900 entstand im deutschsprachigen Raum die Kleingartenbewegung, die sich hauptsächlich als Arbeiterbewegung empfand. Die als Schrebergärten<sup>1</sup> bezeichneten Gartenkolonien lagen in den urbanen, suburbanen und peri-urbanen Bereichen der Städte. Innerhalb der Kleingartenkolonien legten Arbeiterfamilien einzelne Parzellen an, welche zum Anbau von Gemüse und Obst dienten. Die jeweiligen Gärtner\*innen der Anlagen organisierten sich in Form von Vereinen, welche sich um administrative Aufgaben wie Anpacht, Verwaltung und Behördenkontakte kümmerten (FARKAS 1999: 138).

---

<sup>1</sup> Die Bezeichnung Schrebergarten geht zurück auf DANIEL G. SCHREBER (1808-1861), „der aber paradoxerweise, gar nichts mit den nach ihm benannten Schrebergärten zu tun hatte.“ (GLASER 1998: 281) Der Leipziger Arzt und Psychologe praktizierte zu Lebzeiten vor allem martialisch-sadistische Erziehungsmethoden - eindrücklich geschildert im Roman *In Schrebers Garten* von KLAAS HUIZING (2008). Eines seiner fragwürdigen Konzepte beinhaltete auch die gärtnerische Ertüchtigung der Stadtjugend, weshalb knapp drei Jahre nach seinem Tod sein Freund und Gesinnungsgenosse DR. HAUSSCHILD einen Kleingartenverein nach ihm benannte (FARKAS 1999: 138; GLASER 1998: 281).

Im Ersten und Zweiten Weltkrieg und besonders in den Nachwehen dieser, wurden die Kleingärten zu ernährungsversorgerisch und sozialpolitisch wichtigen Faktoren. Die Zahl und Ausdehnung der Anlagen nahm in diesen Zeiten signifikant zu, da sie ein adäquates Gegenmittel zur Bekämpfung der Lebensmittelknappheit in den Städten darstellten (ebd.). Dies führte u. a. dazu, dass in der Weimarer Republik städtebauliche Planungen bewusst gärtnerische Elemente berücksichtigten und ihnen einen hohen Stellenwert beimaßen (DAMS 2012: 160). So hatten die Kleingärten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, aber auch während und nach den beiden Weltkriegen, vor allem einen sozialfürsorgerischen-karitativen Zweck. Unter dem Motto „Gärten statt Almosen“ dienten sie der Entlastung kommunaler Armenkassen und wurden auch „Armengärten“ genannt (FRIEBIS 1986: 3). Doch nicht nur zur dringend nötigen Nahrungsmittelproduktion in den Folgejahren der Weltkriege sowie als damalige Freizeiteinrichtung dienten die Kleingärten. Für viele durch wirtschaftliche Krise oder Zerstörung ihrer Häuser obdachlos gewordene Menschen wurden sie zur Unterkunft (GLASER 1998: 278-279). Die Kleingarten- oder Schrebergartenbewegung war jedoch von Beginn an nicht einig darüber ob innerhalb ihrer Bemühungen nun Nutz- oder Erholungsgärten im Vordergrund stünden, was dazu führte, dass bis heute „die klassische“ (häufig zu Gunsten der Erholung nicht befolgte) Formel gilt: „ein Drittel Rasen, ein Drittel Nutzfläche, ein Drittel Blumen“ (ebd.: 282).

Während die Funktion der Selbstversorgung bis in die frühen Nachkriegsjahre des Zweiten Weltkrieges von Bedeutung war, nahm diese in der weiteren Nachkriegszeit immer mehr ab und wandte sich hin zum Erholungszweck des Gartens. Dies lag besonders an einem konstant steigenden Angebot an Lebensmitteln zu immer niedrigeren Preisen. Die Monofunktionalität der Nahrungsmittelproduktion der Kleingärten in Deutschland wurde auch mit Hilfe der Lobbyarbeit der Kleingartenverbände durch eine proklamierte städtebaulich-ökologische Funktion städtischer Grünflächen sowie eine Freizeit- und Erholungsfunktion ersetzt. Hierbei wurden vielerorts weitläufige Obst- und Gemüsegärten von Rasen, Rosen und Koniferen mit rein ästhetischem Nutzen verdrängt (FRIEBIS 1985: 31). Wo zuvor noch von Selbstversorgermotiven angetriebene Arbeiter\*innen bunte Gärten mit Nutzpflanzen „beackerten“, standen nun Chrysanthemen neben Hollywoodschaukeln statt „[...]wuchernde Gurken in ausgedienten Badewannen.“ (KROPP 2012: 78).

Die Entwicklung der Kleingärten hielt mit der Entwicklung neuer Konsummuster der vergangenen 60 Jahre Schritt: „Bald erreichten die Segnungen des industriellen Massenkonsums auch die Gartenkolonien: Schon künden Fertighütten, Gartenteiche mit Brunnenanlage und eine neue Blumenpracht aus den Züchtungen der Gartenmärkte vom inzwischen erreichten, individuellen Wohlstand“ (KROPP 2012: 79). Seit den 1950er Jahren ist die Zahl der Kleingärten rückläufig, wobei die zuvor gärtnerisch genutzten Flächen, aufgrund eines gestiegenen Flächendrucks, städtischer Infrastruktur, wie neuen Wohn- und Gewerbegebieten oder Einkaufszentren weichen mussten und müssen (STIERAND 2014: 73). Von nun an hat die Produktion von Nahrungsmittel im urbanen Raum keinen hohen Stellenwert mehr, die hierfür verwendeten Flächen dienen als immer knapper werdendes Flächenreservoir der Stadterweiterung. In der DDR jedoch gehörte bis zur Wende weiterhin zu jedem Plattenbaukomplex eine Gartenkolonie, da hieraus die Bevölkerung zu einem großen Teil sprichwörtlich gespeist wurde (DAMS 2012: 162).

In den 1970er Jahren führten ebenfalls wirtschaftliche Entwicklungen zu einer neuen Form urbaner Gärten in den USA. Die Weltwirtschaftskrise zu dieser Zeit und die fehlende soziale Absicherung der Bürgerschaft in den Vereinigten Staaten, führten dazu, dass Teile der Stadtbevölkerung damit begannen, brachliegende Flächen im urbanen Raum aufzuräumen und in so genannte „Community Gardens“ zu verwandeln. „Community Garden“ kann mit „Nachbarschaftsgarten“ oder „Gemeinschaftsgarten“ übersetzt werden (ROSOL 2010). Ihre Entstehung ging von New York aus und erfasste bald auch andere Städte. Hierbei ging es einerseits um die Verschönerung der verarmten Viertel, andererseits aber auch um eine verstärkte Selbstversorgung der Quartiersbevölkerung mit Obst und Gemüse. Zusätzlich dienen diese Gärten bis heute als ganztägige Treffpunkte in den Vierteln und tragen so auch zur Sicherheit auf den Straßen bei. Die Bewegung der Community Gardens entstand aus der Bevölkerung heraus als politische Graswurzelbewegung. Sie hinterfragt städtische Bodenbesitzverhältnisse und tritt durch die illegale Besetzung städtischer Flächen aktiv in einen Flächenkonflikt mit Stadtverwaltung und privaten Eigentümern (VON DER HAIDE et al. 2012: 276).

Mitte der 1990er Jahren viele Community Gardens in New York City durch die schwierige finanzielle Situation der Stadt, aber auch durch Gentrifizierungsprozesse vom Verkauf ihrer Flächen bedroht. Es begann eine Re-Politisierung der Gärten,

welche sie in einen Konflikt um Raum-, Umwelt- und Ernährungsgerechtigkeit führte (ROSOL 2010: 2010). Die Bürgerinitiativen, support groups und Community Gardeners kämpften um ihre Flächen, verteidigten sie und wurden zu einer sozialen Bewegung, die mit „Reclaim the commons!“ das Recht auf die Allmende der gesamten Stadtbevölkerung einforderte (MEYER-RENSCHHAUSEN 2004: 157-158). Die existentielle Notwendigkeit dieser Gärten besteht aufgrund unzureichender sozialer Absicherung in den USA, in deutlich größerem Maße als in Europa. „Viele dieser Gärten kooperieren mit Initiativen gegen Hunger und Armut und für einen erschwinglichen Zugang zu frischem und überwiegend ökologisch angebautem Gemüse und Obst. [...] In einer Stadt, in der Arme von Lebensmittelmarken leben müssen und ihr Viertel wegen der Kosten für den öffentlichen Nahverkehr kaum verlassen können, besitzen Suppenküchen und lokale Bauermärkte eine existentielle Bedeutung.“ (ROSOL 2010: 210) Die Community Gardens in New York City können als Grundlage und Ideengeber für die moderne Urban Gardening Bewegung betrachtet werden.

Im Hinblick der dargestellten Geschichte urbanen Gartenbaus, fragt RASPER (2015: 81) nach der Berechtigung Urban Gardening als „Neuheit“ zu bezeichnen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere das soziale Element der gärtnerischen Tätigkeit sowie die Bandbreite der Ausdrucksformen neu seien, wobei dies im Hinblick der diversen Ausprägungen in der Geschichte städtischen Gärtnerns auch abweichend beantwortet werden kann.

### 2.3.2 Ausdrucksformen des Urban Gardening

Das Phänomen Urban Gardening tritt seit etwa fünfzehn Jahren in verschiedenster Ausprägung auf. Es wird auch als Trend bezeichnet, welcher sich in ständigem Wandel befindet und sich daher immer wieder neu definiert. Urbanes Gärtnern besitzt ein großes Innovationspotential gegenüber der eigenen Sache, weshalb an dieser Stelle vom Anspruch auf Vollständigkeit bezüglich der Ausdrucksformen urbanen Gärtnerns abgesehen werden muss. Im Rahmen dieser Arbeit werden die Begriffe urbanes Gärtnern und Urban Gardening synonym verwendet. Auch die gängigsten Ausdrucksformen des „Gemeinschaftsgartens“ und der Begriff „urbane Gärten/Gartenprojekte“ sowie „Urban Gardening Initiative“, stehen hier als Überbegriff der Ausdrucksformen des städtischen Kollektiv-Gartentrends. Der Begriff des Gemeinschaftsgartens geht, wie bereits erwähnt, auf den des Community Gardens zurück, wobei die Motivation einen solchen anzulegen in deutschen Städten bei



weitem nicht deckungsgleich mit den erwähnten Gründungsmotivationen aus den 1970er Jahren der amerikanischen Großstädte ist.

Eine allgemeingültige Definition, welche Formen als Urban Gardening bezeichnet werden, existiert bisher nicht. Aufgrund der dargestellten Innovationskraft ist zu erwarten, dass auch in Zukunft nur variable Definitionen möglich sind (VON DER HAIDE 2014: 5). In dieser „Vielfalt der Gartenformen“ sieht DAMS (2012: 166) eine Bereicherung urbaner Kultur, da sie Ausdruck der jeweils aktiven Menschen und ihrer Alltagswelten ist und diese untereinander vernetzt. Urbanes Gärtnern kann somit alles umfassen, was sich gärtnerisch im Stadtraum niederschlägt, insbesondere jedoch neue und innovative Formen, für welche bisher noch keine Begrifflichkeit gefunden wurde. Im Folgenden werden zwei Ausprägungen dargestellt, wobei letztere, die der Gemeinschaftsgärten, auch als hauptsächlich auftretende Gemeinform des Urban Gardenings bezeichnet werden kann. Das nun zuerst beschriebene Guerilla Gardening weicht jedoch derart von Gemeinschaftsgärten ab, dass es unabhängig von diesen besprochen werden muss. In einigen Fällen vollführen Guerilla Gärtner jedoch die Pionierarbeit für einen späteren Gemeinschaftsgarten.

Der Ausdruck des Guerilla Gardening beschreibt eine Form des Gärtnerns, welche ohne Genehmigung überall dort stattfindet, wo der/die Gärtner\*in Potential für Bepflanzung im urbanen Raum sieht. Dies können öffentliche Grünflächen, Straßenränder, Verkehrsinseln oder private Flächen sein. Meist jedoch wird dort gegärtnert, wo Flächen brachliegen und/oder verwahrlost sind. „Guerilla Gardening ist: die unerlaubte Kultivierung von Land, das jemand anderem gehört.“ (REYNOLDS 2009: 12). Durchgeführt wird die gärtnerische Tätigkeit aufgrund fehlender rechtlicher Legitimation häufig nachts. Die „Guerillas“ verstehen sich als Kämpfer\*innen für die Teile der Stadtbevölkerung, welche meist aufgrund ökonomischer Umstände keinen Zugang zu einem eigenen Garten besitzen. „Guerilla Gardening ist eine Schlacht um die Ressourcen, ein Kampf gegen Landmangel, gegen ökologischen Raubbau und [...] um Dinge wie Meinungsfreiheit oder das Zusammengehörigkeitsgefühl in deinem Viertel.“ (REYNOLDS 2009: 12). Durch nächtliche Pflanzaktionen machen die Aktivist\*innen auf sich und ihre Forderungen aufmerksam und praktizieren so eine äußerst kreative Art des Protests im städtischen Raum. In Ausnahmefällen kann aus einer Guerilla-Aktion ein festes Gartenprojekt werden.

Beim Begriff des Gemeinschaftsgartens bezieht sich das Wort „Gemeinschaft“ laut ROSOL (2010: 7) sowohl auf eine solche im Sinne des Kollektivs, als auch auf die nachbarschaftliche Gemeinschaft innerhalb eines Quartiers. In ihrer Dissertation zu „Gemeinschaftsgärten in Berlin“ stellt sie fest, dass der Begriff „Nachbarschaftsgarten“ räumlich zu eng gefasst ist und fand folgende Definition für Gemeinschaftsgärten: „Gemeinschaftsgärten sind gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit“ (ebd.). Diese Gemeinschaftsprojekte des urbanen Gärtnerns sorgen auf brachliegenden Flächen oder innerhalb monotoner Parkstrukturen für mehr Vielfalt in biologischer, sozialer wie subjektiv-ästhetischer Hinsicht.

VON DER HAIDE (2014: 6) verwendet die Begriffe des urbanen Gartens und des Gemeinschaftsgartens synonym und versteht sie als „neue Formen öffentlicher oder teil-öffentlicher, bürgerschaftlicher, partizipativer, kooperativer, experimenteller, ökologischer, produktiver, DIY Freiraumgestaltung im Siedlungsbereich.“ Des Weiteren stellt sie fest, dass viele Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten gleichzeitig auch als Projekte pädagogischer Umweltbildung verstanden werden. Ihr nach unterscheiden sie sich von Kleingartenanlagen in sechs Punkten (ebd.):

- Keine Kleingartenverordnung
- Ökologisches Bewusstsein
- Kollektive Organisationsform
- Integration in Stadtraum
- Öffentlicher Raum
- Pädagogische Ausrichtung

DAMS (2012: 166) bezeichnet Gemeinschaftsgärten als Treffpunkt für Menschen mit unterschiedlichem, kulturellem und sozialem Hintergrund sowie verschiedener Generationen. Nicht der Anbau von Obst und Gemüse steht hier im Vordergrund, sondern vielmehr die kollektive Tätigkeit, der Wissensaustausch und die Stärkung der beteiligten Personen in ihrer Position im Stadtraum. Als Beispiel hierfür kann auch eine spezielle Form gemeinschaftlich organisierter Gärten genannt werden: Interkulturelle Gärten. Solche Gärten sind insbesondere auf die Bekämpfung von Armut, den Abbau von Schwierigkeiten von Migrant\*innen sowie den interkulturellen Austausch innerhalb eines Quartiers ausgelegt (KROPP 2012: 83)

Es besteht ein weites Feld an Formen urbanen Gärtnerns, welche sich als Gemeinschaftsgärten bezeichnen oder als solche bezeichnet werden. Doch auch APPEL et al. (2011: 36) versuchen sich an einer Begriffsbestimmung, welche durch die

erwähnte unklare Abgrenzung verhältnismäßig sperrig sowie sehr förmlich ausfällt: „Ein Gemeinschaftsgarten ist zunächst einmal ein Garten. Dieser wird von einer Gruppe von Menschen gemeinschaftlich genutzt und betrieben. Hierzu gehört auch die mehr oder weniger intensive Pflege der auf dem Grundstück befindlichen Bepflanzung. Zudem gibt es in Gemeinschaftsgärten – neben der häufig auftretenden Parzellierung der Fläche – üblicherweise Bereiche, die allen Nutzern zu gleichem Maße zur Verfügung stehen.“ Hierin sehen APPEL et al. (2011: 36-37) die grundsätzliche Abgrenzung des Terminus. Die weiteren Merkmale eines urbanen Gartenprojekts ergeben sich laut ihnen aufgrund folgender acht Variablen:

- Zielsetzung und Funktion
- Räumliche Bedingungen
- Art der Nutzung
- Gruppenzusammensetzung
- Rechtsstatus
- Lage
- Zugänglichkeit
- Bepflanzung

Das zentral innovative an Gemeinschaftsgärten stellen nicht nur die mannigfaltigen Bepflanzungsformen, Beet- und Bewässerungskonstruktionen sowie die häufig künstlerisch-wertvolle Gestaltung dar, sondern vielmehr die partizipative Rückeroberung und Nutzung von städtischen Freiflächen in Form einer sprichwörtlichen Graswurzelbewegung, welche das Potential hat ein neues soziales Raumcharakteristikum zwischen öffentlich und privater Flächen zu schaffen (ebd.).

Der Gemeinschaftsgarten birgt jedoch, neben dem positiven Potential für die Stadtbevölkerung, auch ökonomische Vorteile für die öffentliche Hand. Durch die Um- und Neunutzung brachliegender Flächen oder monotonen Stadtgrüns, hat auch die jeweilige Kommunalverwaltung den Vorteil zu niedrigstem bis keinem finanziellen Aufwand, vielfältige und einmalige Grünflächen erschaffen zu lassen. Hierbei sollte jedoch eine gewisse finanzielle Ausstattung der Gartenprojekte durch die Kommune erfolgen und gleichzeitig die Gestaltungsmacht der Flächen stets in den Händen der urbanen Gärtner\*innen bleiben (ROSOL 2006: 278-279). Der ökonomische Vorteil für die Städte und deren Gartenämter sowie der vermeintliche Imagegewinn, stellt für die Garteninitiativen einen Zwiespalt dar, welcher in Kapitel 2.3.7 (S. 49) aufgenommen und besprochen wird.

Im Folgenden behandelt dieses Kapitel zunächst die ökologischen, dann die sozialen Dimensionen sowie Potentiale von Urban Gardening Initiativen. Diese sozial-ökologischen Dimensionen führen auch in die Bereiche einer politischen Dimension,

welche im Anschluss dargelegt wird. Es werden so die sozial-ökologischen Wirkgefüge und die politischen Komponenten urbaner Gartenprojekte anhand vorhandener Literatur dargestellt. Die ökonomische Dimension wird hauptsächlich in der späteren kritischen Betrachtung aufgegriffen (Kapitel 2.3.7, S. 49).

### 2.3.3 Ökologische Dimension

Die zentrale ökologische Dimension urbaner Gärten ist, dass diese in den meisten Fällen nach den Grundsätzen ökologischer Anbaumethoden angelegt sind. Dies begründet sich in den geschmacklichen und gesundheitlichen Vorteilen dieser Anbaumethoden, als auch aus globalen und politischen Zusammenhängen wie dem Kampf für Umweltschutz und -gerechtigkeit (ROSOL 2014: 224).

Eine gängige Hinterfragung urbaner Gärten ist die Überlegung, dass aus ökologischer Perspektive der städtische Raum, insbesondere Luft und Boden, zu sehr von Abgasen, Schwermetallen und Altöl kontaminiert sei. RASPER (2015: 83) stellt jedoch heraus, dass bezüglich der Abgase, Feinstaub leicht von den Ernteprodukten abzuwaschen ist und beispielsweise Dieselruß bereits vom Straßenbegleitgrün größtenteils abgefangen wird. Das Problem kontaminierter Böden lösen urbane Garteninitiativen durch Hochbeete, welche mit biologisch produzierter Erde ohne Torfanteil aufgefüllt werden. LEAKE et al. (2009: 5) betonen die positive Gesundheitswirkung selbstbetriebenen urbanen Gartenbaus. Die positiven körperlichen und psychischen Vorteile kompensieren das Risiko kontaminierter Böden.

Im Ökosystem eines urbanen Raums führen Urban Gardening Projekte zu einem erhöhten Schutz sowie zur Steigerung der Biodiversität. Dies stellt einen positiven Input in den Stoffwechselmechanismus einer Stadt dar: Da Honigbienen Bedingungen mit größerer Pflanzen- bzw. Blühvielfalt bevorzugen und genießen, produzieren sie in der Nachbarschaft von Garteninitiativen mehr und qualitativ hochwertigeren Honig als beispielsweise im von intensiver Landwirtschaft und Monokultur geprägten ländlichen Raum (RASPER 2015: 83). In den heißen Sommermonaten sind urbane Gärten in vielen hochversiegelten Innenstädten ein schattiger und kühler Ort für alle Lebewesen und bieten so Zuflucht vor den Stressfaktoren städtischer Hitzeinseln (Kapitel 2.2.1, S. 26).

Ein weiterer Faktor der die Biodiversität und den Erhalt seltener Arten speziell unterstützt, ist der Anbau sogenannter „Alter Gemüsesorten“, welcher häufig in urbanen Gartenprojekten praktiziert wird (ROSOL 2014: 224). Unter „Alten

Gemüsesorten“ werden Sorten verstanden, deren Zulassung nicht mehr vorhanden ist oder nie bestand hatte. Diese Zulassung erfolgt über das Bundessortenamt, ist relativ teuer und lohnt sich daher nur bei der Produktion großer Mengen an Saatgut. Ohne diese Zulassung ist ein Verkauf des jeweiligen Saatguts nur in Ausnahmefällen erlaubt, was dazu führt, dass diese „Alten Sorten“ nur noch sehr selten angebaut werden. Urbane Gartenprojekte nehmen sich häufig dieser Sorten an, dies liegt auch daran, dass diese im Gegensatz zu den konventionellen Hybridsorten, als samenfest gelten und somit aus bestehenden Pflanzen Nachkommen gezogen werden können (FRANKFURTER BEETE 2014).

Ein häufiges Merkmal von Urban Gardening Projekten, welches auch positive Auswirkungen auf ökologische Verhältnisse im Stadtraum hat, ist die Anbaumethode nach dem Permakultur-Konzept. Permakulturgärten können als selbst erhaltend und regenerativ bezeichnet werden. Das Konzept versucht das ökologische Gleichgewicht der Natur nachzuahmen, was zwar häufig im ersten Erscheinungsbild verwildert und unbändig aussieht, jedoch ein System innehat, welches Biodiversität schützt und fördert als auch Wasser speichert und spart. Mit einem Bruchteil des Aufwands eines klassischen Gartens betrieben, produzieren Permakulturgärten eine beeindruckende Vielfalt und Menge an Ernteprodukten, frei nach dem Grundsatz, „Ernte, was du nicht gesät hast“ (COCKRALL-KING 2011: 309).

Des Weiteren können durch Urban Gardening Material-(Abfall)Kreisläufe teilweise geschlossen werden, wenn beispielsweise mit Hilfe von Kompostanlagen eigens Humus gewonnen wird. Auch Primärenergie kann durch die kleinräumigere Produktion von Nahrungsmitteln eingespart werden. Dies verbessert die CO<sub>2</sub>-Bilanz des städtischen Raums (RASPER 2014: 82; BOHN & VILJOEN 2012: 152).

### 2.3.4 Soziale Dimension

Gemeinschaftsgärten sind Orte des kulturellen und sozialen Austausches. Sie stellen Räume dar, wo „Menschen aus vielen Kulturen, unterschiedlichen sozialen Milieus und unterschiedlichen Alters zusammen gärtnern, [...] viel mehr als nur ein Ort zum Anbau von Obst und Gemüse.“ (DAMS 2012: 166). Hier findet neben der gärtnerischen Tätigkeit auch die Weitergabe von Wissen und Handfertigkeiten statt. So sind diese urbanen Gärten häufig Orte des Austausches und Empowerment, insbesondere für Frauen und Kinder „aus beengten Wohn- und restriktiven Familienverhältnissen“ (ebd.). Abgrenzung und Ausgrenzung im Stadtraum soll hier überwunden und

stattdessen eine Solidarökonomie und urbane Subsistenz geschaffen werden, welche abseits von den gängigen Konsummustern und dem rationalen Alltag des Urbanen funktioniert. Vorherrschende Ab- und Ausgrenzungsprozesse sollen so kritisiert und bekämpft werden. Dies stellt ein Daseinszweck urbaner Gartenprojekte dar (KROPP 2012: 81f nach MÜLLER 2009). „Der Garten ist quasi eine Art Katalysator für selbstbestimmtes gesellschaftliches Leben.“ (DAMS 2012: 166).

Während viele der großstädtischen Community Gardens in den USA mit ihren Anbauprodukten Suppenküchen und bedürftige Anwohner\*innen versorgen (MEYER-RENSCHHAUSEN 2004: 32), Haushaltbudgets entlasten und so extremer Armut sowie der Unterversorgung mit gesunden Lebensmitteln entgegenwirken (ROSOL 2014: 224), sind Gemeinschaftsgärten in Deutschland mehr soziale Treffpunkte, Lernorte, politische Foren und Orte der Umweltbildung. Dies begründet sich darin, dass in den Vereinigten Staaten meist keine soziale Absicherung für strukturell benachteiligte, ärmere Bevölkerungsschichten besteht und diese häufig von den Spenden aus den Gärten abhängig sind. Der Gemeinschaftsgarten gewinnt so an existentiellem Charakter und verliert seinen reinen Freizeitnutzen (ROSOL 2014: 224). In Ländern des globalen Südens, insbesondere auf dem Südamerikanischen und Afrikanischen Kontinent, wird der Ernährungssicherung durch urbane Gärten und Landwirtschaft trotz bestehender Praktizierung, großes Entwicklungspotential beigemessen. Dies stellen Forschungspartnerschaften wie URBAN FOOD<sup>PLUS</sup> heraus, die zwischen Universitäten sowie Forschungsinstituten aus Westafrikanischen Ländern und Deutschland besteht und welche zum Ziel hat, die Ressourceneffizienz urbaner sowie peri-urbaner Landwirtschaft in westafrikanischen Städten zu stärken und auf diese Weise zur lokalen Ernährungs- und Einkommenssicherung beizutragen (URBAN FOOD<sup>PLUS</sup> 2016).

Wie bereits erwähnt stellen LEAKE et al. (2009) dar, dass die positiven Gesundheitsaspekte von Urban Gardening, die negativen deutlich kompensieren. So adressieren die Projekte Kernprobleme wie Ernährung und Lebensstil (ebd.: 5). Die potentiellen positiven Gesundheitsfolgen urbanen Gärtnerns sind zum Teil körperlicher Art, in Form von Muskelaufbau sowie der Stärkung des Herz-Kreislauf-System (etc.). Doch auch ernährungsbezogene Einflüsse, wie die Vorbeugung von Adipositas sowie Vitamin- und Eisenmangel gehen von gärtnerischen Aktivitäten aus. Zudem sind psychologische Folgen erkennbar, welche sich beispielsweise in einer Steigerung des

Serotoninspiegels durch die Arbeit am Sonnenlicht äußern, wodurch Depressionen vorgebeugt wird. Auch eine Steigerung des Wohlbefindens durch ertragreiche Tätigkeit, die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Zufriedenheit durch Lernen und Empowerment sowie Gemeinschaftszugehörigkeit sind wichtige mögliche psychische Effekte (PEREZ-VAZQUEZ et al. 2005).

Wie bereits im Teil zur Geschichte urbaner Gärten dargestellt (Kapitel 2.3.1, S. 30) sind sie keineswegs ein neues und bisher unbekanntes Phänomen im städtischen Raum. Die „neue“ Komponente dieser Projekte tritt in Form des sozialen Elements solidarischen Tuns im Kollektiv auf, als auch der gemeinsamen Übernahme und Schaffung von Raum (RASPER 2015: 81). Urbane Flächen werden so in einem von der Bürgerschaft ausgehenden, politisch-partizipativen Prozess neu erschaffen und zu individuellen wie produktiven Stadtlandschaften gemacht. Es geht um Autonomie und Widerstand gegen eine herrschende, neoliberale Stadtentwicklung und diesbezügliche Vernetzung mit Gleichgesinnten (RASPER 2012: 108). Die soziale und die politische Dimension urbaner Gartenprojekte überschneiden sich an dieser Stelle stark.

### 2.3.5 Politische Dimension

„Was haben Gemeinschaftsgärten mit Politik zu tun?“, fragt ROSOL (2010: 208) zu Beginn ihres Artikels „Gemeinschaftsgärten – Politische Konflikte um die Nutzung innerstädtischer Räume“. Als Antwort hat sie verschiedene Aspekte parat: die Stärkung der politischen Mündigkeit der Aktiven, die Konstitution einer basisdemokratischen Selbstorganisation, die Motivation zur Mitgestaltung an der eigenen Nachbarschaft und an der herrschenden Kommunalpolitik. Aktuelle urbane Gartenprojekte und ihre Initiativen sehen den Garten als politische Arena ihrer Ansprüche, Forderungen und Alarmierungen. KROPP (2012: 85) bezeichnet moderne Gartenprojekte als Gesellschaftsexperimente, welche in ihrer grundsätzlichen Offenheit den „Hunger nach dem Experiment einer gemeinsamen Welt“ erkennen lassen. Sie schaffen eine neue Option, neben abgeschirmten und konsumintensiven Kleingärten, eine Welt solidarischer Aneignungsweisen zu wählen (ebd.).

Während Guerilla Gardening und die Besetzung von Brachflächen durch Gärtner\*innen eine implizite Form des politischen Bürgerprotests gegen die Missachtung und Vernachlässigung von Quartiersumfeldern darstellt, existiert auch eine explizit politische Protest-Form des Urban Gardenings. In dieser finden sich Globalisierungsgegner wieder, welche hier gegen Nahrungsmittelmonopole,

Flächenversiegelungen von Lebensraum und landwirtschaftlicher Nutzfläche, sinkende Nahrungsmittelqualitäten, Gentechnik und insgesamt gegen industrielle Nahrungsmittelproduktionsweisen protestieren. Sie nutzen die Gartenflächen zur Sichtbarmachung ihrer antikapitalistischen Forderungen im kapitalistisch überprägten öffentlichen Raum sowie zur diesbezüglichen Sensibilisierung der Stadtbevölkerung (KONEFFKE 2010: 230).

Urban Gardening ist eine Trend- und Lifestyle-Bewegung zugleich. Sie vereint die Rollen beteiligter Gärtner\*innen als Konsument und Bürger\*innen, Produzent\*innen und Aktivist\*innen. Sie sind mit ihrer Tätigkeit Teil einer Politik des Alltäglichen ohne jedoch in einer Partei aktiv zu sein oder sich in klassischen politischen Überzeugungen zu üben (DOBERNING & STAGL 2015: 452-453). Aktive urbane Gärtner\*innen sind Teil eines kollektiven Individualismus, da sie meist in dezentral und individuell organisierten Gruppen tätig sind, welche sich aber einem größeren kollektiv verbunden fühlen und sich mit anderen Initiativen solidarisch zeigen.

Laut DOBERNING & STAGL (2015: 456) stellt der Trend des urbanen Gemüseanbaus eine Lifestyle-Bewegung dar, welche eng mit anderen aktuellen grünen Lebensstilen und ihren Bewegungen verknüpft ist, wie beispielsweise der Trend hin zum möglichst ausschließlichen Konsum regionaler Lebensmittel. Insbesondere aber die Offenheit sowie die Stärkung und Weitergabe von gärtnerischen Handfertigkeiten und Wissen sowie der Beziehungsaufbau zur Nachbarschaft, Umwelt und zur Ernährung, zeigt auf, dass urbane Gartenprojekte in ihrer politischen Dimension, die herrschende industrielle Landwirtschaft aber auch soziale Segregation und Fragen der Umweltgerechtigkeit im urbanen Kontext adressieren. Die Motivation hinter urbanen Gartenprojekten entspringt in vielen Fällen dem politischen Protest gegen ökologische und soziale Folgen globaler Nahrungsmittelproduktion. Der Kampf gegen die industrielle Nahrungsmittelproduktion artikuliert sich im kollektiven Anbau und Konsum alternativer Produkte, welcher auf individueller Ebene praktiziert wird. Ein reflexiver Lebensstil der sich für eine sozio-ökologische Transformation einsetzt und kulturelle Codes, wie Ernährung, Arbeit, Gesundheit und städtisches Leben neu aushandelt (DOBERNING & STAGL 2015: 457).

Die direkte praktische politische Dimension des Urban Gardenings befindet sich administrativ auf der Maßstabsebene der Kommunalpolitik. Sie stellt für Gartenprojekte „eine kommunikative Ebene der lokalen Verortung dar“ (WERNER 2012: 69).



Hier begegnen die Initiativen laut WERNER (2012: 69f) meist drei Formen kommunaler Governance:

1. Ein sich selbst beschränkender, altmodischer, klassischer Bürokratismus, welcher Erlaubnisse und Verbote diktiert und auf diese Weise patriarchal-autoritär wirkt.
2. Eine neoliberale, profitorientierte Governance-Form, die den gesellschaftlichen Wert urbaner Gartenprojekte in den Hintergrund rückt und in manchen Fällen gar Miet- und Pachtmodelle einführt und somit die bürgerlich und ehrenamtlich organisierten Initiativen wie wirtschaftliche Unternehmen behandelt.
3. Eine „maskierte“ Form kommunaler Governance, welche vordergründig freundlich und verbindlich auftritt. Dies geschieht in Form von moderierenden kommunalen Akteuren, welche durch direkten Dialog Bürgernähe suggerieren und als Partner auf Augenhöhe auftreten. „In kritischen Situationen praktizieren die Moderatoren deeskalierende Appeasement-Politik [bezeichnet eine Politik der Zugeständnisse, der Zurückhaltung, der Beschwichtigung und des Entgegenkommens gegenüber Aggressionen zur Vermeidung von Konflikten], vor allem sorgen sie für Austausch und Auseinandersetzung. Sie praktizieren die Politik der Gesten und bedauern es mitunter auch ehrlich, wenn den Gärten seitens der Politik Schaden zugefügt wird, etwa wenn ein Garten geräumt wird. Sie versuchen, die Gartenprojekte zu zähmen, indem sie sie zivilgesellschaftlich anbinden und semantisch anschließen. Sie halten sie, durchaus auch fördernd, am Bändel und versuchen, alles Radikale und offene Resistenz abzumildern, Konflikte auszuräumen und mit sanften Mitteln die hochmodernen Verstaatsbürgerlichungstechniken anzuwenden, in den sie selbst sozialisiert worden sind und die unmerklich zur kommunikativen Oberfläche politischer Governance geworden ist.“

WERNER (2012: 69-70) betont die Mischung dieser Regierungsformen in vielen Kommunalverwaltungen und führt aus, dass eine gemeinsame Eigenschaft solcher Kommunalpolitik, die Auslobung kleinerer Summen finanzieller Mittel für Bürgerprojekte ist, um welche sich diese dann bewerben können. Ein Ausdruck neoliberaler Stadtpolitik, welchem sich urbane Gartenprojekte kaum entziehen

können. Die Art und Intensität politischer Aktivität und Standhaftigkeit gegenüber den Verlockungen neoliberaler Stadtpolitik (gegen welche ja eigentlich u. a. mit Urban Gardening protestiert werden soll), variiert stark zwischen den jeweiligen Projekten.

Hinsichtlich der politischen Dimension urbaner Gartenprojekte wird deutlich wie sehr der Begriff der Glokalisierung (ROBERTSON 1992) für diese Ausdrucksformen urbaner politischer Ökologiebewegung zutrifft. Aber auch die Annahmen einer Politischen Ökologie (Kapitel 1.2.2, S.16) spiegeln sich wieder, da hier häufig place-based-actors gegen einen die Machenschaften von non-place-based-actors und deren Folgen protestieren. Dabei wird von den Initiativen zum einen auf globalen Umweltwandel und die herrschenden Ungleichheiten des globalen Ernährungssystems auf lokaler Ebene hingewiesen. Zum anderen wirken sich globale Trends, wie eine durch den Wettbewerb der Städte und das herrschende Wirtschaftssystem hervorgerufene neoliberale Stadtentwicklung, auf die politischen Bedingungen der Gartenprojekte aus. Beim Urban Gardening wird daher ganz bewusst global gedacht und lokal gehandelt. Dies geschieht auf eine politisch-subversive Art und Weise (RASPER 2012: 106-107). WERNER (2012: 54) bezeichnet urbane Gartenprojekte als „Orte des Widerstands gegen eine neoliberale Ordnung“. Widerstand und Protest zielen insbesondere auf die Inanspruchnahme und den Erhalt von innerstädtischen Gartenflächen, die durch Bodenspekulation, Bauprojekte und andere Entwicklungen stets bedroht sind und nur in seltenen Fällen dauerhafte Nutzungsrechte besitzen.

### 2.3.6 Räumliche Dimension und Verflechtungen

Urbane Gartenprojekte stellen in jeder Form eine Aneignung städtischen Raumes dar, was ein politisches Motiv für das Engagement in einem solchen sein kann. Hierbei geht es häufig um die Auseinandersetzung mit Stadtplanung und -politik, um die Legitimität von Verfügungsrechten und somit um den Ruf nach basisdemokratischer Governance (ROSOL 2010: 208-209). KROPP (2012: 84) betrachtet die „gärtnerische Eroberung von Gestaltungsfreiräumen“ daher als eine Art des kollektiven „Place-Makings“ (nach COOLS et al. 2004). Hierbei steht die „kreative Form lokaler Selbststeuerung“ im Mittelpunkt, welche mit Hilfe von „zivilgesellschaftlichem Engagement und der ortsbezogenen (Wieder-)Einbindung lokaler Akteure [...] endogene Potenziale für die Nutzung kollektiver Raum(güter) und räumlicher Identitäten“ generiert (KROPP 2012: 84 nach COOLS et al. 2004). Dabei versuchen öffentliche Gemeinschaftsgärten im Gegensatz zu parzellierten Kleingartenanlagen stets für die Auflösung des Territorialen zu stehen.

Aneignungsstrategien sollen hierbei jeglicher Abgrenzung fern bleiben. Sozialstrukturen sollen „entterritorialisiert“ (KROPP 2012: 84) und aus Gemeingütern, so genannte „Commons“, geschaffen werden.

Unter Commons werden öffentliche Güter verstanden, die unter allen Mitgliedern einer Gesellschaft geteilt werden oder in einer solchen Fülle vorhanden sind, dass genug für alle da ist. Die Ressourcennutzung der Commons folgt der Gestaltung von fairen Sozialbeziehungen, welche als entscheidend für eine nachhaltige Ressourcennutzung betrachtet werden. Der Zugang zu so genannten „rivalen Ressourcen“, wie Land, gilt als beschränkt, die diesbezüglichen Regeln werden von allen Nutzer\*innen gemeinsam festgelegt. Der Mensch wird nicht als *homo oeconomicus* in Form des individuellen Nutzenmaximierens betrachtet, sondern als kooperationsfähiges soziales Wesen. Die Natur und den Menschen verbinden ein interrationales Verhältnis, welches sie in gegenseitiger Abhängigkeit existieren lässt. Das System der Commons strebt eine horizontale Governance-Struktur an, welches im Gegensatz zum herrschenden, hierarchischen top-down System mit Mehrheitsentscheid, ein horizontales „bottom-up“ System anstrebt, das bei Entscheidungen das Konsensprinzip berücksichtigt (HELFRICH 2012: 66-67).

Urbane Gemeinschaftsgartenprojekte werden häufig als so genannte „Green Urban Commons“ bezeichnet, grüne städtische Gemeingüter also. Sie streben einen Zustand sozial-ökologischer Freiräume an, in welchen die Dinge nur von unten sowie horizontal durch Zustimmung aller Nutzer\*innen entschieden werden können. Im wissenschaftlichen Diskurs herrscht hierbei Uneinigkeit. Einerseits wird unterstrichen, wie sehr urbane Gemeinschaftsgärten als neue städtische Gemeingüter eine sozial-ökologische Stadtentwicklung von unten darstellen, andererseits wird ihnen unterstellt öffentlichen Raum zu privatisieren und durch Aufwertung Gentrifizierungsprozesse voranzutreiben (ROSOL 2012). Hierauf wird im nächsten Kapitel zur kritischen Betrachtung Bezug genommen.

Dennoch in ihrer räumlichen Dimension als Flächennutzung im urbanen Kontext stellen Gartenprojekte in einer modernen, vom Kapitalismus durchtränkten Großstadt, ein Absurdum dar. Hier, wo Grund und Boden knapp sind und ihre Nutzungen eine möglichst hohe Rendite abwerfen müssen, bilden sich Enklaven, frei von harten Standortfaktoren. Ihre Rechtfertigung erhalten sie durch die ihnen zugeschriebenen

weichen Standortfaktoren, da sie nicht selten Bildungs-, Erholungs- und Kulturfunktionen erfüllen (DAMS 2012: 162).

Die Innenentwicklung und Nachverdichtung in prosperierenden Stadträumen hat zur Folge, dass immer mehr innerstädtische grüne Produktionsflächen, welche zum Teil seit Jahrzehnten bestehen, dem Wohnungsbau oder anderen Bauprojekten zum Opfer fallen. Sie sind häufig die letzten übrigen Flächen, welche im urbanen Raum für derartige Projekte versiegelt werden können. Das gilt für alle Formen innerstädtischer Landwirtschaft als auch für Kleingartenanlagen. Während in prosperierenden Städten diese Flächen geschützt und beispielsweise durch Gartenprojekte verteidigt werden müssen, ist in schrumpfenden Stadträumen Freiraum im Überfluss vorhanden (ebd.).

Neben der Nach- und Innenverdichtung hat auch der Naturschutz einen Anteil am „Verbrauch primärproduktiver Fläche in Stadtnähe [...], denn der sogenannte ökologische Wert einer Brachfläche wird aufgrund der gängigen naturschutzfachlichen Bewertungskriterien, in der Regel immer positiver eingeschätzt als der Wert der landwirtschaftlichen Fläche oder Gartenfläche“ (DAMS 2012: 163). Wenn also solche Flächen bebaut werden, wirkt sich dies nicht nur durch den Verlust der eigentlichen Grünfläche aus, sondern erhöht gleichzeitig den Druck auf andere Flächen, da Ausgleichsflächen als Ersatzmaßnahmen gefunden werden müssen. Diesen Flächen wiederum wäre dann auch keine primärproduktive Funktion gestattet. DAMS (ebd.) stellt jedoch dar, wie aktuelle Kartierungen innerstädtische Garten- und Landwirtschaftsfläche als Habitate bedrohter Tier- und Pflanzenarten ausweisen. Durch die kleinteilige Nutzung dieser Flächen entsteht eine Vielzahl ökologischer Nischen, welche die lokale Biodiversität steigern und erhalten.

In prosperierenden Stadträumen müssen Garteninitiativen verschiedene Strategien zur Aneignung von Fläche verfolgen. Als mögliche Räume für die Umsetzung ihrer Planungen werden hier aufgrund des hohen Flächendrucks häufig bestehende Parkanlagen oder auch bestehende Kleingartenanlagen genutzt um Gemeinschaftsgärten anzulegen. DAMS (2012: 168) sieht einen möglichen neuen Weg darin, „die Anlage von Gärten aller Art (Gemeinschaftsgärten, Mietergärten, Grabeland, Kleingärten) als naturschutzrechtliche Ersatzmaßnahme für einen Eingriff in Natur- und Landschaft heranzuziehen. Vielleicht sogar direkt im Zuge des Neubaus von Wohnungen.“ Hierzu wäre ein Umdenken in den Naturschutzbehörden von Nöten. Betrachtet man jedoch die dargestellten positiven sozial-ökologischen Auswirkungen

urbaner Gartenprojekte scheint es in einem bereits deutlich überprägten Stadtraum nur sinnvoll, Naturschutz in Form von biodiversitätsfördernden, sozialen Gemeinschaftsgärten zu praktizieren. Dies würde auch LEFEBVRES Begriff einer „urbanen Natur“ (Kapitel 1.2.3, S. 19) durchwegs gerecht werden.

### 2.3.7 Kritische Betrachtung

Neben den aufgeführten, fast durchweg positiven Auswirkungen und Grundgedanken urbaner Gemeinschaftsgärten, bedarf es auch einer kritischen Betrachtung dieser. Im Sinne eines urbanen Metabolismus liegt es nahe, dass Bemühungen für sozial-ökologische Verbesserungen im Stadtraum an manch anderer, teils unerwarteter Stelle, mögliche negative Auswirkungen haben. Diese sollen im Folgenden dargestellt werden.

EXNER & SCHÜTZENBERGER (2015: 52) untersuchen das Verhältnis zwischen dem Zusammenspiel von räumlichen und sozialen Strukturen in Wiener Gemeinschaftsgärten und „den Einflüssen staatlicher oder nicht-staatlicher Akteur\*innen, die dieses Zusammenspiel regulieren oder beeinflussen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Gartenprojekte auf öffentlichen Flächen dekommodifizierte Räume darstellen, welche jedoch nicht komplett vom Bodenmarkt gelöst sind und den Maßgaben und Regeln der Bürokratie Folge leisten müssen (ebd.: 69-70). Die räumlichen und sozialen Strukturen von Gemeinschaftsgärten sind demnach in einem System kapitalistischer Produktionsweisen und staatlicher Herrschaft nicht den Einflüssen bürokratischer und kommodifizierender Kräfte zu entziehen.

ROSOL (2011) untersucht in ihrer Arbeit „Community Volunteering as Neoliberal Strategy? Green Space Production in Berlin“, Gemeinschaftsgärten im Kontext einer aktuellen neoliberalen Stadtentwicklung. Hierbei geht sie auf eine vermeintliche Outsourcing Strategie kommunaler Governance ein, welche im Falle urbaner Gartenprojekte zum Ziel hat, die Verantwortung für städtische Aufgaben öffentlicher Dienstleistung und Infrastruktur auf die Zivilgesellschaft abzuwälzen. Gemeinschaftlich ehrenamtliches Gärtnern dient so der neoliberalen Idee eigenständiger Kommunen und der Privatisierung des Dienstleistungssektors. Sie geht somit von der Annahme aus, Urban Gardening sei nicht zwingendermaßen ein emanzipatorischer Flächenanspruch der Stadtbevölkerung, sondern eine rationale Governance-Strategie mit dem Ziel kommunale Verantwortung auf die Zivilgesellschaft abzuwälzen. Das Angebot vermehrter Partizipationsmöglichkeiten in Form von aktiver, ehrenamtlicher

Gestaltung öffentlicher Grünflächen wird so zum Kalkül, welches zwar Teilhabe suggeriert, letztlich jedoch Kosten sparen und soziale Einschnitte kompensieren soll (ebd.: 239-240). Ihre empirische Analyse in Berliner Gemeinschaftsgärten kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die aktiven Gärtner\*innen in Berliner Gemeinschaftsgärten nicht bereit sind, die Rolle unbezahlter städtischer Gartenarbeiter\*innen einzunehmen. Die Strategie seitens der Stadtverwaltung, die Instandhaltung öffentlicher Grünflächen auf ehrenamtlich engagierte Personen auszulagern ist zwar vorhanden, kann aber vor Ort nicht gänzlich realisiert werden. (ebd.: 249)

Neben den vielen positiven Auswirkungen des gemeinschaftlichen urbanen Gärtnerns sieht ROSOL (2011: 250) mögliche, kritischer Folgen für die Stadtbevölkerung. Diese werden hier in zwei Punkten dargestellt:

1. Die Bemühungen kommunaler Governance, Ehrenamtsarbeit in Form von Urban Gardening auf öffentlichen Grünflächen zu stärken, dürfen nicht dazu führen, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Menschen auf dem Zweiten und Dritten Arbeitsmarkt vernachlässigt oder gar gekürzt werden. Während ehrenamtliche Engagements meist ein „Privileg“ der Mittelschicht darstellten, besteht der zweite wie dritte Arbeitsmarkt, besonders im städtischen Kontext, hauptsächlich aus einer ärmeren und strukturschwachen Schicht, welche bereits unter Ausgrenzungsmechanismen zu leiden hat (ROSOL 2011: 250 nach HEINZE & OLK 1999).
2. Die Verschönerung und die damit einhergehende Aufwertung von Stadtteilen verschiedener struktureller Ausstattung, gelten als Ziele der Stadtpolitik. Dies kann schnell zu Gentrifizierungsprozessen führen (Kapitel 1.1.3, S. 10): Wenn Lebensbedingungen verbessert werden, ohne Vorsorge zu schaffen, dass Verdrängungsprozesse lokaler Bevölkerung aufgrund gestiegener Miet- und Bodenpreise verhindert werden. Auch die gut gemeintesten Projekte, so auch urbane Gemeinschaftsgärten, können Brandbeschleuniger einer Gentrifizierung sein. Die weitere Entwicklung von urbanen Gartenprojekten in deutschen Großstädten bedarf daher einer aufmerksamen Beobachtung. Hierbei ist besonders auf die Zwiespältigkeit, die Möglichkeiten und Grenzen moderner, kommunaler Partizipationspolitik zwischen bürgerlicher Teilhabe und neoliberaler Stadtentwicklung zu achten (ROSOL 2011: 251).

Ohne diese kritischen Punkte in ihrer Wichtigkeit beschränken zu wollen, soll dieses Kapitel der Begriffsabgrenzungen und des Forschungsstandes über die Dimensionen und Wirkweisen urbanen Gärtnerns mit einem positiven Gedanken enden. Fakt ist, dass eine neue Form des Gärtnerns Einzug in den Stadtraum hält. Dies geschieht nicht hinter verschlossenen Toren, Gartenzäunen oder Hecken, sondern im öffentlichen Raum, sichtbar und offen für Teilhabe sowie als Thema des öffentlichen Diskurses. BOHN & VILJOEN (2012: 150-151) schreiben hierzu: „Es ist in jedem Fall ein gutes Zeichen, wenn heute so verschiedene Stadtbewohner wie Bürgerrechtler und Bürgeramtsvertreter, Gesundheitsdienstleister und Lehrer, Gemeinschaftsgärtner, Kleingärtner und Gemüsehändler, Rentner, Väter, Mütter und Kinder darüber debattieren, ob es sich beim gemeinsamen Gärtnern um urbane Landwirtschaft, städtische Nahrungsmittelerzeugung oder Gemeinschaftsgärtnern, um Selbstversorgung oder um ein Geschäftsmodell, um ein Stadtplanungskonzept, eine Bürgerbewegung oder um alles gleichzeitig handelt.“

### 3 Die Stadt Freiburg – Eigenschaften und Exposition

Im Folgenden soll auf das in dieser Arbeit analysierte Untersuchungsgebiet, die Stadt Freiburg, eingegangen werden. Hierbei werden zunächst zentrale Kenngrößen und Eigenschaften der Stadt selbst, später aber auch auf Freiburgs Image als „Green City“ und die Entwicklungen auf dem Feld des urbanen Gartenbaus innerhalb der Stadt thematisiert. Bezüglich des urbanen Gartenbaus wird insbesondere die städtische Ehrenamtsinitiative zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements auf öffentlichen Grünflächen, „Freiburg packt an“ sowie aktuelle Entwicklungen im Bereich städtischer Kleingartenanlagen dargestellt.

#### 3.1 Die Stadt Freiburg – Zahlen und Fakten

Freiburg wurde im Jahr 1120 als Zähringerstadt gegründet und wurde im Jahr 1368 ein Teil der österreichischen Habsburgermonarchie. Seit 1457 ist Freiburg Universitätsstadt. Die Stadt liegt im tiefen Südwesten Baden-Württembergs, zwischen dem südöstlichen Rand des Oberrheingrabens und westlichen Fuß des Schwarzwaldes. In der Ebene, rheinisch zugewandt, kann das hiesige Klima als trocken-warm, gen Schwarzwald, als frisch und kühl bezeichnet werden (STADT FREIBURG 2016a). Die Exposition am Oberrheingraben trägt dazu bei, dass Freiburg eine der klimatisch wärmsten Städte in Deutschland ist.

Im Jahr 2015 wohnten in Freiburg 222.082 Menschen, bei positivem Bevölkerungssaldo, was u. a. an den hohen und stetig steigenden Studierendenzahlen liegt. Aktuell stellen mit 30,8% die 25- bis 45-Jährigen die größte Bevölkerungsgruppe dar (STADT FREIBURG 2015b). Im Wintersemester 2015/16 studierten an der Universität Freiburg 25.158 Studierende (UNIVERSITÄT FREIBURG 2016). Bis zum Jahr 2030 muss für Freiburg mit weiterem Bevölkerungswachstum und laut mittlerer Variante mit einer Gesamtbevölkerung von 245.000 Menschen gerechnet werden (STADT FREIBURG 2015). Dies fordert einschneidende Entscheidungen für den Wohnungsbau, da hier eine stetig hohe Nachfrage gegenüber einer zu zaghaften Angebotsentwicklung steht. Die Nachfrageerhöhung im Wohnungsbereich geht einerseits vom Bevölkerungswachstum, andererseits aber von der Entwicklung hin zu einer anteilig steigenden Zahl an Single-Haushalten aus. Bis zum Jahr 2030 wurde daher für die Stadt Freiburg ein Neubaubedarf von 14.600 Wohnungen errechnet, wobei laut Stadtplanungsamt für diesen Zeitraum nur 8.900 Wohneinheiten geplant und realisierbar sind. Daraus entsteht ein Defizit von 5.700 Wohnungen (STADT FREIBURG 2015). Ein solches Defizit führt bereits jetzt aufgrund seiner Nicht-Berücksichtigung zu Mietpreissteigerungen und Verdrängungsprozessen von einkommensschwacher Bevölkerung. Gleichzeitig führen die Anstrengungen dieser Nachfrage gerecht zu werden zu einem stark erhöhten Flächendruck und dadurch zu vermeintlich konfliktreichen Nachverdichtungen und Neuerschließungen von Wohnbauflächen.

Bei den letzten drei größeren Wahlen auf dem Stadtgebiet Freiburgs wurde jeweils die Partei der Grünen (Landtagswahl 2016: 43,2%; Europawahl 2014, 27,7%; Kommunalwahl 2014, 24,3%) als stärkste Kraft gewählt (STADT FREIBURG 2016c). Seit dem Jahr 2002 ist Dr. Dieter Salomon Oberbürgermeister der Stadt. Er war der erste grüne Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt (>100.000 Einwohner) (HALL 2014: 251).

### 3.2 Green City Freiburg

Stadträume und ihre Gesellschaften sind ausschlaggebende Faktoren bezüglich der Entwicklung und Umsetzung von innovativen Nachhaltigkeitsstrategien im Bereich der Energie- und Klimapolitik. So genannte „Eco-Cities“ verfolgen erfolgreiche Strategien und Projekte, welche eine nachhaltige Stadtentwicklung, insbesondere hinsichtlich der Senkung von Energieverbrauch und der Reduzierung von Ausstößen klimarelevanter Gase jeweils im privaten wie öffentlichen Bereich beinhalten (FREYTAG 2014: 645-646



nach ROSELAND 1997a & NEWMAN et al. 2009). Die Bemühungen für eine nachhaltige Entwicklung im urbanen Raum gehen, wie schon in Kapitel 2.1 (S. 23) dargestellt, zurück auf die Zeit des Brundtland Reports 1987 und die Ergebnisse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992. Seit dem verfolgen weltweit immer mehr Städte den Weg einer urbanen nachhaltigen Entwicklung. Dabei gibt es immer wieder „best-practice“-Modelle, welche weltweit für andere Stadträume als Vorbild dienen (FREYTAG 2014: 646).

Die Stadt Freiburg gilt seit etwas mehr als 30 Jahren als ein bekanntes und etabliertes Anschauungsbeispiel für nachhaltige Stadtentwicklung. Im Jahr 2010 wurde es von der renommierten britischen *Academy of Urbanism* mit dem „European City of the Year“ Award, vor Valencia und Bordeaux, als Gewinner ausgezeichnet (HALL 2014: 248). In ihrer Zusammenfassung zur Wahl Freiburgs als Gewinner des Awards, schreibt die britische *Academy of Urbanism*, dass sich Freiburg als „green city“ etabliert habe und daher ein globales Vorbild für nachhaltige Entwicklung sei. Maßgeblich hierfür wären das Engagement der hiesigen Unternehmer\*innen sowie der lokalen Bevölkerung, stets neue Wege zu finden die Stadt auf einer gerechten sowie inklusiven Grundlage weiter zu entwickeln und zu verwalten. Die Stadt profitiere hierbei von ihrem hohen Bildungsniveau und einer Stadtpolitik, welche stets bereit ist, die Bevölkerung in die fortschrittlichen Planungen und Umsetzungen einzubinden (ACADEMY OF URBANISM 2016). Als Beispiele und Indizien für Freiburgs Fortschrittlichkeit im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung nennt die Akademie (ebd.):

- eine überdurchschnittlich hohe Lebensqualität
- eine positive Entwicklung des Arbeitsmarktes
- sozial-inklusive Ansätze bei Planung und Umsetzung neuer Wohnquartiere
- größtmögliche Nutzung erneuerbarer Energien
- eine intensive Unterstützung modaler Verlagerung
- flächendeckende Straßenbahn-, Fahrrad- und Fußgängerinfrastruktur
- Stadtteile mit flächendeckenden Nahversorgern für täglichen Bedarf
- Grünflächenmanagement mit gleichmäßiger Begrünung
- ausgeglichene Mischung an befestigten und unbefestigten Flächen

Bereits im Jahr 1975 begann sich in Freiburg eine Umweltprotestbewegung zu formieren. Im angrenzenden Whyll sollte ein Atomkraftwerk errichtet werden, was Protest in der Freiburger Bevölkerung auslöste. Die damaligen Protagonist\*innen

dachten jedoch über den eigentlichen Protest hinaus und begannen über Alternativen zur nuklearen Energie nachzudenken: die erneuerbaren Energien (HALL 2014: 250). Der Protest war erfolgreich und aus Freiburg wurde „eine der Geburtsstätten der Umweltschutzbewegung“ (FWTM 2014: 2). Hierbei muss betont werden, dass diese Prozesse von Graswurzelbewegungen, also aus der Zivilgesellschaft heraus initiiert wurden.

Durch die stete Entwicklung innovativer Formen erneuerbarer Energien in Verbindung mit Neu- und Umbauten von Gebäuden (wie beispielsweise des ersten Passivhochhauses in der Bugginger Straße 50 im Stadtteil Weingarten im Jahr 2011), entwickelte sich Freiburg als Standort für Forschungs- und Entwicklung im Bereich der „green economy“. Dies führte zur Ansiedlung und Gründung vieler in diesem Wirtschaftszweig tätigen Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen und zur Gründung des Clusters „Green City Freiburg“ im Jahr 2009. Als weitere besonders weitreichende Meilensteine sind hier die Planungen und der Bau des Stadtteils Rieselfeld (1995) und des Quartiers Vauban (1998) zu nennen. Beide wurden nicht auf der „grünen Wiese“, sondern jeweils auf bestehenden Brachflächen errichtet. Beim Rieselfeld handelte es sich um eine historische Kläranlage zur Verrieselung von Wasser, das Vauban<sup>2</sup> war ein früheres deutsches, später französisches Kasernengelände. Die damals sehr innovativen Stadtteile sind geprägt durch ihren Status als Niedrigenergie-Quartiere, limitierte Parkplätze, überdurchschnittlich viele Grünflächen als Treffpunkte und ihre familienfreundliche Bauweise. Beide Stadtteile haben ein soziales Zentrum in Form eines Quartiersladens im Vauban und dem Glashaus im Rieselfeld, welche als Treffpunkt für Vereine und Anwohner\*innen, Veranstaltungsraum und Bücherei (etc.) genutzt werden (HALL 2014: 252f).

Das Vauban gilt als teilweise autofreies Stadtquartier. Das Verkehrskonzept sieht in den Wohnstraßen keine Stellplätze vor und einige Bewohner haben sich durch eine Mitgliedschaft im *Autofreiverein* von Stellplatzkosten entledigt und sich im Gegenzug verpflichtet kein Auto zu besitzen, sondern lediglich den Verein mit einem jährlichen Beitrag zu unterstützen. Die Verpflichtung muss jährlich abgegeben werden. Von den Mitgliederbeiträgen kaufte und unterhält der Verein eine Grünfläche im Quartier mit Weidenpalast und der dort ansässigen Urban Gardening Initiative *Wandelgarten*,

---

<sup>2</sup> benannt nach dem französischen Festungsbaumeister Vauban, 1633-1707

welche Teil der empirischen Analyse dieser Arbeit ist (AUTOFREIVEREIN o. J.). Im Vauban gibt es nur 176 PKWs pro 1.000 Einwohner. Insgesamt beträgt in Freiburg der PKW-Anteil 336 pro 1.000 Einwohner (FREYTAG et al. 2014: 648 nach STADT FREIBURG 2013). Das Vauban im Gesamten und insbesondere die in ihm befindliche *Solarsiedlung*, haben mit Hilfe von Marketing und via internationaler Presseberichterstattung einen großen Bekanntheitsgrad erlangt. Seither findet ein regelrechter Tourismus in dieses Stadtquartier statt. Dies führte dazu, dass das Vauban international zum Sinnbild der Green-City Freiburg wurde (FREYTAG et al. 2014: 647-648).

Es gibt jedoch auch Kritik an der „Green-City-Politik“ der Stadt Freiburg. FREYTAG et al. (2014) analysieren in ihrem Beitrag „Living the green city: Freiburg’s Solarsiedlung between narratives and practices of sustainable urban development“, das Green-City-Konzept und seine „best-practice“-Modelle aus kritischer Perspektive. Ergebnis ihrer qualitativen Untersuchung in Freiburg ist, dass hier Architekten, Stadtplaner und politische Entscheidungsträger zwar die ökologischen und ökonomischen Aspekte nachhaltiger Stadtplanung stark berücksichtigen, dabei jedoch zum großen Teil die soziale Dimension und Transformation außen vor lassen. Es steht hierbei wohl zu sehr die ökologische Innovation und weniger die Wünsche, Ansprüche und Meinungen der Lokalbevölkerung im Vordergrund. Beispielsweise kann die Solarsiedlung im Vauban durchaus mehr als Teil wachstumsorientierter neoliberaler Stadtentwicklung gesehen werden (FREYTAG et al. 2014: 657). Hierzu schreibt MÖSSNER (2016: 971) zu seinen qualitativen Untersuchungen über die Nachhaltige Stadt als post-politische Maßnahme: „Modelle nachhaltiger Stadtentwicklung sind keine objektiven Anleitungen für eine nachhaltigere Welt. Vielmehr sind und reflektieren sie einen politischen Prozess. Auf der Grundlage empirischer Untersuchungen in Freiburg, Deutschland, kann gezeigt werden, dass der Prozess der Modellierung Freiburgs als Nachhaltige Stadt als konsensuale Politik und unter Unterdrückung antagonistischer Meinungen erfolgt. Damit ist nachhaltige Stadtentwicklung Teil einer Strategie, politische Fragen im Kontext von Nachhaltigkeit zu de-politisieren und politische Entscheidungen außerhalb des Zentrums sozialer Debatten zu platzieren.“ Diese Demaskierung nachhaltiger Stadtentwicklung zeigt auch auf, dass neoliberale Stadtentwicklung kaum mit den Zielen einer dreidimensionalen nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist. Es muss daher, wie bereits von ROSOL (2011) angemerkt (Kapitel 2.3.7, S. 49), auch auf die kritischen Auswüchse einer vermeintlich sozial-ökologischen Innovation im

Stadtraum geachtet werden, besonders wenn diese von der Stadtpolitik „gekapert“ wird. Zunächst wird nun auf den geschichtlichen Kontext des städtischen Gartenbaus in Freiburg eingegangen.

### 3.3 Geschichtliche Entwicklung des Gartenbaus in Freiburg

Im mittelalterlichen und vorindustriellen Freiburg gab es, wie in vielen anderen Städten auch, so genannte „Festungs- oder Bürgergärten“. Aufgrund von Platzmangel innerhalb der damaligen Stadtmauern, befanden sich diese vor den Toren der Städte, in Form von Grüngürteln mit Gemüse-, Obst- und Weinparzellen (FRIEBIS 1986: 7). Auch auf alten Freiburger Stadtplänen sind ebensolche Festungs- und Bürgergärten mit Garten- und Rebparzellen vor den Stadtmauern abgebildet. Die ersten Kleingärten auf dem Gebiet der Stadt Freiburg entstanden wohl zwischen 1902 und 1906. Sie wurden auf ertraglosen Wiesen-Brachflächen an der Peripherie der Stadt angelegt. Diese „Armengärten“ wurden von ärmeren Teilen der Stadtbevölkerung unterhalten, welche nicht durch die so genannte „Armenfürsorge“ unterstützt wurden. Ihnen wurde die vorübergehende Nutzung dieser sonst brach liegenden Flächen zugesagt. (ebd.: 47). Es handelte sich daher um eine zeitlich begrenzte Nutzungsmöglichkeit zur Existenzsicherung in Form von Subsistenzwirtschaft.

Auch in Freiburg wurde, ausgehend von den Ideen EBENEZER HOWARDS (Kapitel 2.3.1, S. 30), Anfang des 20. Jahrhunderts mit den Planungen für eine genossenschaftlich errichtete Gartenstadt begonnen. Aufgrund des in Folge der Industrialisierung fehlenden bezahlbaren Wohnraums und der menschenunwürdigen Wohnverhältnissen in den damaligen Mietskasernen, gründeten sich zu dieser Zeit verschiedene Baugenossenschaften und städtische Siedlungsgesellschaften. So auch 1913 die „Gemeinnützige Baugenossenschaft Gartenvorstadt Freiburg“. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, auf dem heutigen Gebiet des Stadtteils Haslach, zwischen der damaligen Gutleutstraße (heute Carl-Kistner-Straße) und der Baslerstraße, eine Gartenstadt zu errichten. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurden bis zum Jahr 1914, 58 preisgünstige Einfamilienhäuser nach dem Schema einer Gartenstadt gebaut. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Bautätigkeit in den 1920er Jahren fortgeführt und beendet. Es entstand eine Gartenstadt mit weitläufigen und lichtdurchfluteten Gärten, welche den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstand und bis heute ihre Struktur erhalten hat. Seit 1986 ist sie als ein offizielles Kulturdenkmal in die Liste der Kulturdenkmale des Landes Baden-Württemberg eingetragen (KIEFER

2015: 12f). Zur Funktion der Gartenstadt damals wie heute schreibt DUFFNER (2015: 37) in der Festschrift zu ihrem 100-Jährigen Bestehen: „Tatsächlich bewahrten Obst und Gemüse sowie Nutztiere, vor allem während der Kriegs- und Nachkriegsjahre, viele Familien vor dem Hunger. Heute steht dagegen der Freizeit- und Erholungsfaktor im Vordergrund.“

Die Nahrungsmittelknappheit während und nach dem Ersten Weltkrieg führte jeweils zu einer Ausdehnung des Kleingartenwesens in Freiburg (FRIEBIS 1986: 51 nach STADTARCHIV FREIBURG 1953). Nach Stabilisierung der Wirtschaftslage stieg die Zahl öffentlicher und privater Bauvorhaben, auch auf Kleingartengelände, was die Forderung der Gärtner\*innen nach Dauerkleingärten aufkommen ließ. Zur kollektiven Durchsetzung ihrer Interessen organisierten sie sich in Kleingartenvereinen (ebd.: 53-54). In der nationalsozialistischen Ideologie von Blut und Boden, nahm der Kleingarten eine wichtige Rolle ein. Während des Krieges genossen die Anlagen als so genannte „Kriegsgärten“ besonderen gesetzlichen Schutz und ihre Zahl stieg weiter an. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren gestaltete sich die überlebenswichtige Funktion der Kleingärten ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg. Im Jahre 1948 nutzte die Freiburger Bevölkerung 7.850 Kleingärten „zur teilweisen Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln“. Dies entsprach bei 26.000 bestehenden Haushalten 3,5 Gärten pro Haushalt (FRIEBIS 1986 nach STADTARCHIV FREIBURG 1948).

In den weiteren Nachkriegsjahren und mit der sich verbessernden wirtschaftlichen Lage, nahm die Zahl der Kleingärten ab. Die Zahl der Anlagen wurde besonders durch den gestiegenen Flächendruck und durch die Stadterweiterung stark geschmälert (ebd. 1986: 65f). Zudem änderte sich auch in Freiburg mit einsetzendem wirtschaftlichem Aufschwung der Zweck des Kleingärtnerns, weg von der Subsistenz hin zur Freizeitnutzung.

### 3.4 Aktuelle Entwicklungen urbaner Gärten in Freiburg

Der Stadtraum Freiburgs kann aus marktwirtschaftlicher Sicht als prosperierend bezeichnet werden, da die wirtschaftliche Entwicklung sowie Bevölkerungsprognosen positiv ausfallen (Kapitel 3.1, S. 51). Dies führt jedoch zu kritischen Entwicklungen, wie einem stetig hohen Flächendruck aufgrund immer größerer Wohnungs- und Gewerbeflächennachfrage. Wie zum Ende des vorangegangenen Kapitels dargestellt, hat dies auch Auswirkungen auf die Entwicklung urbanen Gartenbaus in Freiburg.

Es wird nun auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Kleingartenanlagen eingegangen. Hier befindet sich ein Konfliktfeld, welches in den vergangenen Jahren stetig an Brisanz gewann. Als zweiter Punkt aktueller Entwicklungen wird die Unterstützung seitens der Stadt, in Form von „Freiburg packt an“ sowie das Engagement aus der Bürgerschaft, in Form der Gruppe „Transition Town Freiburg“, bezüglich gemeinschaftlicher Urbaner Gartenprojekte dargestellt.

### 3.4.1 Aktuelle Situation der Kleingartenanlagen in Freiburg

Zum jetzigen Zeitpunkt bestehen auf dem Gebiet der Stadt Freiburg acht Anlagen mit Zeitgartenanlagen<sup>3</sup> sowie 13 Dauerkleingartenanlagen<sup>4</sup> mit zugehörigen Kleingartenvereinen (STADT FREIBURG 2016d). Aufgrund der beschriebenen hohen Wohnraumnachfrage (Kapitel 3.1, S. 51) fallen besonders die stadteigenen Zeitgartenanlagen häufig der Nachverdichtung zum Opfer. Im Jahr 2010 wurden im Stadtteil Haslach auf dem Gebiet der Gutleutmatten, 222 Kleingärten geräumt. Hier entsteht aktuell ein neues Wohnquartier. Im selben Jahr mussten 39 Kleingärtner\*innen im Gebiet Vordermatte im Stadtteil Zähringen der neuen Straßenbahnwendeschleife weichen. Ersatz, in geringerer Anzahl, wurde seitens der Stadt zwar versprochen, wird jedoch nur schleppend erbracht (BZ 2011).

Aufgrund fehlender Flächen im Umland, sind Nachverdichtungsprozesse auf dem Stadtgebiet Freiburgs besonders intensiv. Im Herbst 2015 wurden auch „Flächen die bisher als Tabu galten“ (BZ 2016) durch Bebauungsplanänderungen der Wohnbebauung verschrieben. Dies betrifft u. a. eine Kleingartenanlage im Stadtteil Stühlinger (nördlich der Sundgauallee), welche ersatzlos weichen müssen, da es sich um Zeitgärten der Stadt handelt. Die Vorgehensweisen der Stadt bezüglich des Abrisses und der Bebauung einstiger Kleingartenanlagen wird innerhalb der Freiburger Stadtbevölkerung und insbesondere unter den hiesigen Kleingärtner\*innen kontrovers diskutiert (BZ 2011; BZ 2016).

---

<sup>3</sup> Zeitgärten werden vom Garten- und Tiefbauamt der Stadt Freiburg verwaltet.

<sup>4</sup> Dauerkleingärten verfügen über feste Verankerung im Bebauungsplan und werden von den jeweiligen Kleingartenvereinen verwaltet.

### 3.4.2 Aktuelle Situation von Urban Gardening Projekten in Freiburg

Die Transition Town Gruppe Freiburg knüpft in ihren Zielen und Grundsätzen an die Gedanken des Transition Town Begründers ROB HOPKINS<sup>5</sup> an. Ziel der lokalen Gruppe in Freiburg ist die lokale wie überregionale Vernetzung mit Initiativen, welche sich ebenfalls für die Themenkomplexe Energiewandel, Klimaschutz sowie nachhaltiges und sozialverträgliches Wirtschaften einsetzen. Ein aktiver Klimaschutz wird propagiert sowie Widerstandsfähigkeit gegen und Unabhängigkeit vom globalen Wirtschaftssystem. Letztendliches Bestreben der Initiative ist eine gesteigerte Resilienz der Stadtbevölkerung (TTFREIBURG o. J.). Im Bereich des Urban Gardenings engagiert sich die Freiburger Transition Town Gruppe seit Sommer 2011. Es gibt eine eigene Gruppe zum urbanen Gärtnern innerhalb von Transition Town Freiburg. Sie betreibt einige Gemeinschaftsgärten und agiert als Vernetzungspunkt zwischen den Initiativen, informiert über diese und unterstützt sie im Austausch mit städtischen Akteuren. Hierzu jedoch mehr im späteren Analyseteil dieser Arbeit (Kapitel 5, S. 75). Aktuell informiert Transition Town auf ihrer Homepage über 14 Urban Gardening Initiativen auf dem Stadtgebiet Freiburgs. Die Hälfte dieser Initiativen geht direkt von Transition Town aus und bewirtschaftet von der Stadt zur Verfügung gestellte Flächen. Die Bewirtschaftung erfolgt auf allen Flächen nach den Prinzipien der Permakultur. Zusätzlich organisiert die Gruppe Workshops und Vorträge zum urbanem Gärtnern sowie Pflanzentauschbörsen (TTFREIBURG 2016a). In Abbildung 7 (folgende Seite) sind alle aktuell aktiven Initiativen mit dem Stadtteil in welchem sie liegen, aufgeführt.

---

<sup>5</sup> In: HOPKINS, R. 2014. *Einfach. Jetzt. Machen! Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen*. Oekom, München

Initiative	Stadtteil
<i>Gemeinschaftsgarten Obergrün</i>	Betzenhausen-Bischofslinde
<i>Begegnungsgarten am Rehbrunnen</i>	Brühl-Beurbarung
<i>Essbares Rieselfeld</i>	Rieselfeld
<i>Klimagarten Dietenbachpark</i>	Weingarten
<i>PermaKultur Freundschaft</i>	Stühlinger
<i>Bambis Beet am Stadttheater</i>	Innenstadt
<i>Haslach Gärtner</i>	Haslach
<i>Waldgarten Wiehre</i>	Oberwiehre
<i>Pfadfindergarten Impeesa</i>	Mittelwiehre
<i>Freibohnen</i>	St. Georgen
<i>Wandelgarten</i>	Vauban
<i>Vaugarten</i>	Vauban
<i>Interkultureller Permakultur-Garten Stadthalle</i>	Oberwiehre
<i>Begegnungsoase St. Christoph</i>	Industriegebiet Nord
<i>Zusammen Gärtner</i>	Vauban/Merzhausen

Abb. 6: Freiburger Urban Gardening Initiativen 2016 (Eigene Darstellung; TTFREIBURG 2016b)

Die Transition Town Gruppe Freiburg ist eine Graswurzelbewegung, die aus dem Engagement und der Initiative von Bürger\*innen besteht. Neben den Aktivitäten und Vernetzungen im Bereich des Urban Gardenings in Freiburg, worauf im späteren Analyseteil intensiver eingegangen wird, ist sie mit weiteren Gartenanbauprojekten in der Region und mit Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft aus der Region verknüpft. Zudem betreibt die Gruppe ein Repair Café sowie ein Nähcafé in Freiburg zum Upcycling, Recycling, gemeinsamen Lernen und Austausch (TTFREIBURG 2016a; TTFREIBURG o. J.). Die Transition Town Gruppe Freiburg stellt einen zentralen Akteur zur Vernetzung, Initiierung und Organisation unabhängigen, bürgerschaftlichen Engagements im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung „von unten“ dar.

Ein weiteres wichtiges Projekt, welches die aktuelle Situation urbanen Gärtnerns in Freiburg mitgestaltet ist die städtische Aktion „Freiburg packt an“. Das Projekt benennt sein Ziel in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements auf öffentlichen Grünflächen (STADT FREIBURG 2016e). Angesiedelt am Garten- und Tiefbauamt beinhaltet es folgende Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements auf öffentlichen Grünflächen (ebd.): Patenschaften für Stadtbäume, öffentliche Grünflächen und Spielplätze sowie Friedhöfe, Reinigung und Instandsetzung von öffentlichen Bänken,



Bearbeitung von Stadtökologiethemata hinsichtlich Schädlingen oder Biodiversität. Bezüglich des Urban Gardenings unterstützt das Garten- und Tiefbauamt via „Freiburg packt an“ einige Initiativen. Die Art und Weise der Unterstützung sowie zu erbringende „Gegenleistungen“ und die Verbindungen zwischen den Urban Gardening Initiativen und „Freiburg packt an“ werden im Analyseteil anhand der Interviewaussagen dargestellt und daraufhin bewertet.

## 4 Vorgehensweise und Methodik

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Perspektiven urbanen Gärtnerns in der Stadt Freiburg. Zunächst wurden Theoriegrundlagen und Forschungsstand dargelegt als auch Begrifflichkeiten und Untersuchungsraum abgegrenzt und auch jeweils der geschichtliche Kontext erschlossen. Nun liegt es daran in Form einer Synthese des bereits dargestellten, den Forschungsbedarf sowie aufkommende Fragestellungen darzulegen. Zusätzlich wird die angewandte Methodik, leitfadengestützter qualitativer Experteninterviews sowie die Vorgehensweise der Auswertung beschrieben und begründet.

### 4.1 Begründung der Vorgehensweise und Forschungsfragen

Im Zentrum der durchgeführten qualitativen Untersuchung steht das Spannungsfeld urbaner Freiräume. Der Erhalt und die Pflege, die Gestaltung sowie die Aneignung dieser stellt in Stadträumen oftmals ein von Bürgerschaft und Politik viel diskutiertes Thema dar. Die Kontroversen drehen sich hierbei besonders um die Frage der Art der Nutzung, Zuständigkeiten der Pflege sowie der Entscheidungsmacht über Erhalt oder Umnutzung. Dabei muss insbesondere beachtet werden, inwieweit Entscheidungen über diese Faktoren lediglich durch ökonomische Zwänge und daher auf entpolitisierte Weise getroffen werden und wie viel politisch-demokratisches Mitspracherecht die Stadtbevölkerung wirklich besitzt. Beispielsweise kann eine proklamierte Wohnungsknappheit schnell zu einer nicht-hinterfragbaren Berechtigung werden, öffentliche Räume der Wohnbebauung zuzuführen. Andererseits ist es spannend zu analysieren, wie viel Mitspracherecht die Bevölkerung genießt und was ihre diesbezüglichen Vorstellungen und Wünsche sind, wenn es um die aktive Nutzung öffentlicher Räume geht. Letztlich geht damit die Frage einher, wie sich das selektive Verständnis der Raumbewohner\*innen von dem von ihnen mitkonstruierten Raum gestaltet und wie sich dieses innerhalb einer Stadtgesellschaft differenziert.

Der öffentliche Raum ist Produkt sozialer Prozesse und Gesetzmäßigkeiten sowie Ergebnis und Austragungsort ständiger Konflikte um seiner selbst. Diese ständige Konflikthaftigkeit führt durch alltägliches menschliches Handeln der Stadtbewohner\*innen zur sozialen Produktion von Räumen. Dies soll im Rahmen dieser Arbeit hinsichtlich urbaner Gartenprojekte im öffentlichen Raum untersucht werden. Im Zentrum des Interesses stehen dabei die grundlegende Motivation für urbanes Gärtnern, beteiligte und betroffene Akteure, auftretende Barrieren für die Initiativen, die Konflikthaftigkeit dieser Raumeignung sowie Perspektiven und Potentiale des Gärtnerns. Dabei soll handlungsorientiert vorgegangen werden, was heißt, dass die Analyse der Handlung des jeweiligen Akteurs im Mittelpunkt steht sowie daran anknüpfend die gesellschaftlichen „Spielregeln“, seine Normen und Ziele und herrschende räumlich gebundene Strukturen (Abbildung 2, S. 14). Die Annahme der Subjektivität der Raumkonstruktionen eines jeden Akteurs stellt hierbei einen wichtigen zu berücksichtigenden Faktor dar.

Einem polit-ökologischen Grundsatz folgend ist es wichtig anzunehmen, dass die Aneignung von öffentlichem Raum aber auch die Vergabe öffentlichen Raums zu Pflege und Gestaltung, immer anhand des sozialen Konstrukts der Legitimation für die jeweilige Handlung zu interpretieren ist. Die beteiligten Akteure und ihre Motivationen müssen daher differenziert betrachtet werden. Das Schaffen und zur Verfügung stellen sowie die Aneignung, Nutzung und Pflege öffentlicher Grünflächen wird im Rahmen dieser Arbeit als sozial-ökologischer Prozess der versuchten Integration von Natur in einen neokapitalistisch-produzierten Stadtraum gesehen. Im Sinne eines dem Konzept der UPE innewohnenden, herrschenden urbanen Metabolismus, kann der sozial-ökologische Eingriff urbanen Gärtnerns am selben sowie an einem anderen Ort, positive wie negative Outcomes haben. Dies ist ein weiteres Indiz für die mögliche Konflikthaftigkeit von Urban Gardening Projekten, welches es zu untersuchen gilt.

Letztlich kommt diese Zusammenstellung möglicher zu untersuchender Bereiche des Urban Gardening im Hinblick einer sozial-ökologischen, konfliktanalysierenden politisch-geographischen Analyse auf die zwei Schlüsseldimensionen:

- Barrieren und Konflikte
- Potentiale und Perspektiven

Diese sind eng miteinander verwoben und bedingen einander. So können Barrieren und Konflikte vorhandene Potentiale hemmen. Neue Perspektiven können Konflikte lösen oder Barrieren abbauen. Es wird angenommen, dass aus bestehenden Konflikten innovative Lösungen entstehen können, welche ihrerseits neues Potential erschaffen.

Die dargestellte Vorgehensweise stützt sich im Kern auf folgende Forschungsfragen:

- Treten hinsichtlich der Verteilung, Sicherung und Erweiterung von Gartenflächen Barrieren auf? Wenn ja, von wem gehen diese aus?
- Betreffen vorherrschende Konflikte um innerstädtische Flächen auch die aktiven Urban Gardening Initiativen? Wer sind die Beteiligten?
- Welche Potentiale sehen aktive Initiativen für Urban Gardening in Freiburg?
- Wo sehen die Initiativen Perspektiven für Urbanes Gärtnern in Freiburg?

Anhand der dargelegten Vorgehensweise wurde ein Interviewleitfaden erstellt, welcher sich im Anhang dieser Arbeit befindet (Anhang, S. 133) und dessen Genese auf der im Folgenden dargestellte Methodik beruht. Die Vorgehensweise bei der Erstellung dieses Leitfadens, der Expert\*innen-Auswahl, der Datenaufnahme, -aufbereitung sowie -auswertung, werden im nächsten Kapitel dargestellt. Zunächst wird jedoch auf die grundlegende Vorgehensweise eingegangen.

## 4.2 Verwendete Methodik

Die empirische Analyse urbaner Gartenprojekte in Freiburg, welche dieser Arbeit zu Grunde liegt, wurde im Sinne der qualitativen Methodik erstellt. Hierbei wurden „halbstandardisierte“ Experteninterviews (GLÄSER & LAUDEL 2010) durchgeführt. Die erhobenen Daten wurden dann anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach MAYRING (2015) untersucht. Die Interviews wurden „Problemzentriert“ geführt, was bedeutet, dass der in den Experteninterviews angewandte Interviewleitfaden auf eine bestimmte Problemstellung ausgerichtet ist, welche vom Interviewer im Vorhinein untersucht und in den Leitfaden eingepflegt wurde. Hierbei sollen konkrete gesellschaftliche Problemstellungen untersucht werden (MAYRING 2016: 69). Im Folgenden werden zunächst die Methoden der Datenerhebung sowie der -auswertung dargestellt. Darauf folgend wird die Methodenauswahl begründet sowie der Leitfaden besprochen.

#### 4.2.1 Leitfadengestützt Experteninterviews

Die Experteninterviews, welche diese Arbeit mit empirischen Daten unterfüttern, wurden mit Hilfe eines problemzentrierten Leitfadens durchgeführt. Der/Die Interviewpartner\*innen sind Expert\*innen auf ihrem Feld und wurden als solche identifiziert, weshalb einführende Erklärungen kurz gehalten werden können (MEIER KRUKER & RAU 2009: 65). Zu Beginn des Interviews kann der/die Expert\*in mit narrativen Mitteln angeleitet und zum Gespräch angeregt werden. Hierbei bieten sich persönliche Fragen an, welche als so genannte „Ice-Breaker“ den Gesprächsstart erleichtern sollen. Während des Interviews hat der/die Interviewer\*in die Möglichkeit direkt einzugreifen, kann Verständnisfragen stellen oder den/die Experten\*in mit eigenen Aussagen konfrontieren. Um fundierte und kritische Nachfragen oder Aussagen zu tätigen, ist gute Sachkenntnis unerlässlich. Sie ist die Grundlage, um vom/von der Interviewten ernst genommen zu werden und ihm/ihr den nötigen Respekt entgegenzubringen.

GLÄSER & LAUDEL (2010: 12) charakterisieren Expert\*innen als Personen, welche in der Lage sind „[...] die spezifische Rolle des Interviewpartners als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte[...]“ zu verkörpern. Hiernach sollte bei der Auswahl der Interviewpartner\*innen vorgegangen werden. Die Expert\*innen sind für die Untersuchung nicht als Person, sondern als Expert\*in für ein bestimmtes Handlungsfeld relevant. Nicht die Expert\*innen sind das Objekt der Untersuchung, sondern ihr spezifisches Wissen (Flick 2012: 214).

Als „teilstrukturierte Interviewsituationen“ gelten Gesprächssituationen, welche durch den/die Interviewer\*in anhand vorbereiteter und vorformulierter Fragen in einem Leitfaden strukturiert und geführt werden (SCHNELL et al. 2013: 315). Dieser Leitfaden, welcher die Fragen und deren Abfolge vorgibt, kann je nach Gespräch in der Reihenfolge seiner Fragen variabel sein, sollte jedoch in jedem Interview derselben Frageformulierung folgen und jeweils vollständig durchgeführt werden (ebd.). Zudem besteht die Möglichkeit der Erweiterung des Leitfadens vor und während des Interviews oder die Anpassung des Leitfadens an den/die betreffende\*n Expert\*in. Der Leitfaden besitzt demnach eine „[...] Steuerungsfunktion im Hinblick auf unergiebige Themen [...]“ (FLICK 2012: 216). In der Praxis kann der Fall auftreten, dass die Befragten eine

zu stellende Frage bereits in einer vorausgegangenen Aussage beantwortet haben. Die betroffene Frage muss dann nicht mehr gestellt werden.

Wie dargestellt benötigt das leitfadengestützte Experteninterview einen geringen bis mittleren Strukturierungsgrad hinsichtlich des zu verwendenden Leitfadens (SCHNELL et al. 2013: 316). Dies bedeutet, dass eine festgelegte Fragenabfolge aufgrund der Vergleichbarkeit zwischen den jeweiligen Aussagen der Expert\*innen zwar von Nöten ist, nicht jedoch vorgegebene Antwortmöglichkeiten. Das Interesse besteht an dem individuellen Expert\*innenwissen, was nicht im Vorhinein als Antwortmöglichkeit vorgegeben werden kann. Bei der Erarbeitung der Fragen eines teilstandardisierten Interviewleitfadens soll möglichst das „methodologische Prinzip der Offenheit“ angewandt werden (GLÄSER & LAUDEL 2009: 131). Dies folgt dem Ziel das Expert\*innenwissen „des Interviewpartners und die Bedeutung, die er diesem Wissen gibt, im Interview zu erfassen“ (ebd.). Jedoch muss dabei auf den Grad der Offenheit der jeweiligen Frage geachtet werden. Mit steigender Offenheit, nimmt auch der Einfluss des/der Interviewten über den Inhalt der Antwort zu, was dazu führen kann, dass die Frage nicht zufriedenstellend mit spezifischer Information beantwortet wurde. Die Frage kann so gewollt oder ungewollt fehlinterpretiert und somit die Antwort unbrauchbar für die spätere Analyse werden (GLÄSER & LAUDEL 2009: 131).

#### 4.2.2 Aufbereitung der Daten - Transkription

Die Daten wurden mit Hilfe einer einheitlichen Methode während der Interviews festgehalten. Dies geschah in Form von Tonaufnahmen. Anhand dieser Tonaufnahmen wurden Transkripte erstellt. Das Maß der Genauigkeit von Transkriptionen hängt stark vom Untersuchungsziel ab. Im Rahmen dieser Arbeit wurde geglättet und in Schriftdeutsch transkribiert. Das heißt, dass Dinge wie Pausen, Lacher, Stottern sowie paraverbale Äußerungen im Transkript nicht festgehalten wurden (GLÄSER & LAUDEL: 193). Das begründet sich in der dargestellten theoriebasierten Vorgehensweise der geplanten Untersuchung (Kapitel 4.1, S. 61), welche sich auf Sachinhalte und spezielle Zusammenhänge konzentriert. Hinsichtlich dieser spielen sprachliche Besonderheiten keine Rolle. Zu Verbesserung der Lesbarkeit der Transkriptionen wurde ein möglicher Dialekt des/der Interviewten Expert\*innen bereinigt und der Sprachstil geglättet. Zu große Genauigkeit beim Transkribieren würde viel Zeit und Energie benötigt, welche eher zur Interpretation der Daten verwendet werden sollte (FLICK 2012: 380).

Ein Transkript ermöglicht es Textstellen zu vergleichen und somit einzelne Aussagen miteinander zu vergleichen und in verschiedenen Kontext zu stellen. Dies gilt als Voraussetzung für die Interpretation der durchgeführten Experteninterviews (MAYRING 2016: 89). Der Grundgedanke dabei lautet: „Durch wörtliche Transkription wird eine vollständige Textfassung verbal erhobenen Materials hergestellt, was die Basis für eine ausführliche interpretative Auswertung ist“ (ebd.). Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass jede Transkription die Fixierung von Gesagtem, also von vergangenen Realitäten bedeutet. Der transkribierte Text wird somit zu einer neuen sozialen Realität und unterliegt „technischen und textuellen Strukturierungen und Begrenzungen“ seitens des/der Transkribierenden (FLICK 2012: 383). Die Transkription im Rahmen dieser Arbeit wurde mit dem Computer-Programm *F4* durchgeführt. Die Transkripte sowie die Audiodateien befinden sich auf einer CD, welche dem Umschlag dieser Arbeit beigelegt ist. Die interviewten Expert\*innen wurden anonymisiert. Im jeweiligen Transkript sind sie mit „GP“ für Gesprächspartner\*in gekennzeichnet, „I“ steht für Interviewer. Im Analyseteil (Kapitel 5, S. 75) wird aus den Interviews mit Hilfe von Abkürzungen der jeweiligen Initiative zitiert, welche im Abkürzungsverzeichnis (S. 1) sowie in Abbildung 8 (S. 71) erklärt sind.

#### 4.2.3 Qualitative Analyse der Daten

Das transkribierte Interviewmaterial wird nun im Kontext der gesetzten theoriebasierten Vorgehensweise (Kapitel 4.1, S. 61) und den zugehörigen Forschungsfragen verarbeitet werden. Die soll nach den Prinzipien der Inhaltsanalyse nach MAYRING (2015) geschehen. Dieser (ebd.: 13) nennt sechs Ziele, welche er einer Inhaltsanalyse zu Grunde legt:

1. Kommunikationsanalyse
2. Analyse einer fixierten (transkribierten) Kommunikation,
3. Systematische Vorgehensweise,
4. Regelgeleitetes Vorgehen,
5. Theoriegeleitetes Vorgehen,
6. Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation.

Diese allgemeinen Zielsetzungen für die durchgeführte Analyse spiegeln sich im Ablauf der im Folgenden beschriebenen qualitativen Analyse des erhobenen Datenmaterials. Von zentraler Bedeutung für eine vergleichbare adäquate Analyse der verschiedenen Interviews ist dabei, dass die zugrundeliegenden Parameter System,

Regel und Theorie unveränderlich für alle Interviewanalysen gelten. Zudem gilt es zu erwähnen, dass ein qualitatives Paradigma hinter der Inhaltsanalyse steht. Dies bedeutet, dass „Deutung, Wahrnehmung sowie komplexe Deutungsmuster“ sowie möglichst umfassende Untersuchungen der „Handlungskontexte der Individuen“ die Analyse charakterisieren (MAYRING 2015: 33 nach HOPF 1979).

Es existieren unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Analyse qualitativ erhobener Daten. Zwingend notwendig ist die Bildung von allgemein geltender Kategorien, anhand derer alle Transkripte abgearbeitet werden. Ziel der Kategorisierung ist es den Text aufzubrechen und zu zerlegen (FLICK 2012: 410). Dies wird durch eine eingehende Analyse der Aussagen der Experten ermöglicht. Die Kategorienbildung kann auf verschiedene Weise erfolgen. MAYRING (2015: 85) führt zwei verschiedene Vorgehensweisen an:

- Der *deduktiven* Definition von Kategorien liegen Voruntersuchungen, bestehende Theoriekonzepte sowie die Darstellung des aktuellen Forschungsstands zu Grunde. Auf Basis dessen schneidet ein Prozess der Operationalisierung die Kategorien auf das Material zu.
- Eine *induktive* Kategoriendefinition bildet die Kategorien direkt aus dem Material heraus und versucht sich somit in der Theoriebildung. Bestehende Theoriekonzepte werden nicht berücksichtigt.

Das methodische Vorgehen in dieser Arbeit beruft sich auf die deduktive Kategorienbildung einer strukturierenden Inhaltsanalyse. Dies begründet sich in der vorhandenen Theoriebasis sowie der dargestellten Vorgehensweise und deren Forschungsfragen. Anhand dieser wird ein Kategoriensystem erarbeitet, mit welchem das erhobene Material angesprochen und gefiltert wird. Dabei wird zunächst ein vorläufiges Kategoriensystem festgelegt, welches aus der Fragestellung abgeleitet und anhand der Theorie begründet werden muss. Auf eine erste Anwendung folgt die Ausdifferenzierung und Reduktion der Kategorien und bei Bedarf der Definition von Unterkategorien (MAYRING 2015: 97).

Der Ablauf stellt sich folgendermaßen dar (ebd.):

**1. Definition von Kategorien**

Genaue Definition, welche Kategorie welche Inhalte adressiert

**2. Anführung von Ankerbeispielen**

Für jede Kategorie werden passende Textstellen als Beispiele angeführt

**3. Festlegung von Kodierregeln**

Treten Abgrenzungsprobleme zwischen Kategorien auf, werden Regeln formuliert, die eine eindeutige Zuordnung ermöglichen

Bevor mit der eigentlichen Umsetzung dieses Ablaufs und somit der Analyse des erhobenen Materials begonnen werden kann, muss zunächst ein ausschnittsweises Probekodieren stattfinden. Dies soll die Griffigkeit der Kategorien als auch die Definitionen, Ankerbeispiele und Kodierregeln in ihrer Stimmigkeit prüfen (MAYRING 2015: 97). Fällt dieser Schritt positiv aus, kann mit dem eigentlichen Materialdurchlauf und der anschließenden Ergebnisaufbereitung begonnen werden (ebd.: 98). Im Folgenden wird die Methodenauswahl begründet, der Interviewleitfaden dargestellt und schließlich die Kategorien abgegrenzt, Ankerbeispiele angeführt sowie Kodierregeln formuliert.

### 4.3 Begründung der Methodenauswahl

Laut ATTESLANDER (2010: 4) definiert sich die empirische Sozialforschung als „[...] die systematische Erfassung und Deutung sozialer Tatbestände. Empirisch bedeutet dies, dass theoretisch formulierte Annahmen an spezifischen Wirklichkeiten überprüft werden.“ Als soziale Tatbestände gelten menschliches Verhalten, vom Menschen geschaffene Objekte, sowie seine Einstellungen und Meinungen. Auch spezifische Raumkonstruktionen, wie die Aneignung öffentlicher und semi-öffentlicher Grünflächen zum Zwecke des Urban Gardening, bilden einen sozialen Tatbestand einer spezifischen Wirklichkeit ab. Insbesondere die daran anknüpfende, mögliche Konflikthaftigkeit, welche als theoretische Annahme dieser Arbeit bezeichnet werden kann, muss mit der Darstellung der Ansichten, Meinungen und Erfahrungen von aktiven urbanen Gärtner\*innen überprüft werden. Selbiges gilt für die Abfrage möglicher Perspektiven im Kontext geschichtlicher sowie aktueller Forschungsstände. Daher wird die qualitative Sozialforschung als adäquate methodische Herangehensweise im Rahmen dieser Arbeit betrachtet.



Der geringe bis mittlere Strukturierungsgrad leitfadengestützter Experteninterviews ermöglicht im Vergleich zu vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, das umfassendere Abbilden von individuellem Expert\*innenwissen und -erfahrungen (SCHNELL et al. 2013: 316). Eine festgelegte Fragenabfolge im Leitfaden garantiert in diesem Fall eine, an manchen Stellen der Analyse benötigte Vergleichbarkeit zwischen den jeweiligen Aussagen der Expert\*innen.

In ihrem Beitrag „Die Stadt im Interview“ legt KASPAR (2014: 75) dar, weshalb das qualitative Interview die passende Datenerhebungsform für die Untersuchung von im Stadtraum aktiver Initiativen ist: „Mittels Interviews lassen sich die vielfältigen Aneignungsweisen von Stadträumen rekonstruieren, die sich nicht selten an einem Ort als mannigfaltige und zuweilen gar widersprüchliche Raumproduktionen überlagern.“ Die Stadt als Gemengelage verschiedenster Raumkonstruktionen und -interpretationen, ist Ort von Auseinandersetzung um Stadträume, welche auf „vieldeutige, wechselhafte und fließende Geographien des Sozialen (REUBER & PFAFFENBACH 2005: 17) zurückgehen. Diese gilt es abzubilden und über sie in Form von „mannigfaltigen Narrativen“ zu berichten (KASPAR 2014: 75-76 nach MASSEY 2005). Die kritische Analyse qualitativ erhobener Einzelinterviews bietet die Chance die Vielfalt und Komplexität neuer Sichtweisen und Praktiken ins Blickfeld zu rücken und abzubilden. So können auch „Verhältnisse zwischen den unterschiedlichen Deutungen“ erhoben und in diesem Zuge „subtile Machtbeziehungen“ zwischen den betreffenden Akteur\*innen dargestellt werden (ebd.: 76). Initiativen des urbanen Gärtnerns und deren Tätigkeit und Aktivität im Stadtraum beinhalten und proklamieren neue Sichtweisen und Praktiken im Stadtraum. Gleichzeitig sind sie stark beeinflusst von der Reaktion öffentlicher Stellen, der Anrainer und der Bürgerschaft im Gesamten. Die Aufnahme ihrer Aktivität und die Reaktionen, welche sie aufgrund ihrer Tätigkeit erhalten, stellen „konkrete Ereignisse oder Situationen“ dar und können von den Betroffenen in Form von „persönlichen Erlebnissen, Ansichten und Erfahrungen“ möglichst realistisch dargestellt werden (KASPAR 2014: 76). Dies erfolgt am ergiebigsten via qualitativer Interviews (ebd.).

#### 4.4 Auswahl der Expert\*innen

Dies Auswahl der zu interviewenden Expert\*innen erfolgte nach vorher festgelegten Standards. Die zu interviewende Person muss demnach über die „für die angestrebte Rekonstruktion notwendigen Informationen“ verfügen (GLÄSER & LAUDEL 2009: 117).

Um ein umfassendes Bild zu kreieren müssen mehrere Expert\*innen befragt werden, da sonst nicht die notwendigen Informationen beschafft werden können, welche nötig sind einen Prozess flächendeckend zu rekonstruieren. Hierzu müssen möglichst mehrere Akteur\*innen befragt werden, da diese jeweils über andere Perspektiven, Erfahrungen und Meinungen verfügen (ebd.).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit konzentriert sich der Kreis der Expert\*innen auf Akteur\*innen der aktiven Initiativen des Urban Gardenings innerhalb der Stadt Freiburg. Diese wurden über die Seite der lokalen Transition Town Gruppe ausfindig gemacht, wo sich ein Verzeichnis der aktiven Gruppen mit Kontaktdaten befindet (TTFREIBURG 2016a). Es wurden lediglich Initiativen angefragt, welche sich im öffentlichen und/oder semi-öffentlichen Raum (in diesen Fällen öffentlich zugängliche Vereinsflächen) befinden und im Frühjahr 2016 gärtnerisch aktiv waren. Initiativen, deren Gärten beispielsweise innerhalb von Kleingartenanlagen oder auf anderen privaten Flächen liegen, wurden aufgrund der beschränkten öffentlichen Zugänglichkeit nicht berücksichtigt. Auch die im Frühjahr/Sommer 2016 hinzugekommenen Initiativen von *Zusammen Gärtnern*, *Begegnungsoase St. Christoph* und vom *Interkulturellen Permakultur-Garten Stadthalle* (Siehe Abbildung 7, S. 60) konnten nicht berücksichtigt werden, da sie zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht aktiv waren. Daher wurden zehn Initiativen per Anschreiben mit einer Interviewanfrage kontaktiert. Vertreter\*innen von acht Initiativen reagierten positiv und wurden in Form eines leitfadengestützten Experteninterviews befragt. Abbildung 8 (folgende Seite) stellt die befragten Initiativen sowie Interviewort und -termin dar. Auch die, aufgrund eines besseren Schriftbildes, im Analyseteil dieser Arbeit verwendeten Abkürzungen für die jeweilige Initiative, sind hier aufgeschlüsselt. Ein Interview-Transkript mit Postskriptum zu jedem Interview befindet sich auf einer CD im Umschlag dieser Arbeit. Zudem befindet sich im Anhang dieser Arbeit eine Karte der Stadt Freiburg mit den eingezeichneten Standorten aller Initiativen (Anhang, S. 132). Die Kartendarstellung wurde mit Hilfe des GIS-Programms ArcGIS erstellt, Kartengrundlage war OpenStreetMap, die Positionen der Initiativen ergaben sich aus den diesbezüglichen Aussagen in den Interviews (ALLE TRANSKRIPTE).

<b>Initiative</b>	<b>Termin</b>	<b>Ort</b>	<b>Abk.</b>
<i>Wandelgarten Vauban</i>	12.04.2016	Im <i>Wandelgarten</i> , Vauban	<b>WANGA</b>
<i>Freibohnen St. Georgen</i>	13.04.2016	Im Garten, St. Georgen	<b>FREIBOH</b>
<i>Essbares Rieselfeld</i>	15.04.2016	Glashaus, Rieselfeld	<b>ESSRIE</b>
<i>Gemeinschaftsgarten Obergrün</i>	20.04.2016	Herderbau, Freiburg	<b>GEMOB</b>
<i>Klimagarten Dietenbach</i>	25.04.2016	Privatwohnung, Rieselfeld	<b>KLIGA</b>
<i>Waldgarten Wiehre</i>	26.04.2016	Universitätsbibliothek, Freiburg	<b>WALGA</b>
<i>Haslach Gärtner</i>	27.04.2016	Café St. Michael, Haslach	<b>HAGÄ</b>
<i>Bambis Beet am Stadttheater</i>	28.04.2016	In <i>Bambis Beet</i> , Innenstadt	<b>BABE</b>

Abb. 7: Interviewte Initiativen mit zugehörigen Abkürzungen (Eigene Darstellung)

Aufgrund der begrenzt verfügbaren Zeit für das Verfassen dieser Masterarbeit, wird die Anzahl von acht Interviews als angemessen betrachtet. Dies beeinflusst die Triangulation maßgeblich, da bei Verfügbarkeit größerer zeitlicher und finanzieller Ressourcen, der Einbezug beispielsweise städtischer Mitarbeiter\*innen des Gartenamts, „die empirische Absicherung der Rekonstruktion verbessert“ hätte (GLÄSER & LAUDEL 2010: 118). Nichtsdestotrotz wird die alleinige Befragung der Urban Gardening Initiativen im Rahmen dieser Arbeit als zufriedenstellend aufschlussreich betrachtet. Der verwendete Interviewleitfaden und Teile seiner Genese werden im Folgenden aufgezeigt.

## 4.5 Interviewleitfaden

Zur Durchführung der qualitativen Experteninterviews wurde ein teilstandardisierter Interviewleitfaden erstellt. Die verschiedenen Teile des Leitfadens wurden entlang der zugrundeliegenden Theorie entwickelt. Sie tragen die Forschungsfragen in das jeweilige Gespräche mit den Expert\*innen. Der komplette Interviewleitfaden befindet sich im Anhang dieser Arbeit (S. 133). Der Aufbau soll nun kurz dargestellt und begründet werden. Der Leitfaden besteht aus vier Blöcken, welche als teilstandardisiert gelten. Die jeweiligen Blöcke enthalten Leitfragen, mit welchen die Gesprächspartner\*innen konfrontiert werden. Zusätzlich enthalten sie zur Orientierung für den Interviewenden so genannte „Checkfragen“, welche der Interviewende während des Gesprächs im Blick hat, um eine möglichst vollständige Abfrage der relevanten Themenfelder zu garantieren. Die Blöcke sind thematisch gegliedert und aufbauend angeordnet. Die Frageblöcke haben folgende Zielsetzungen:

## **I. Persönliche Fragen**

Dieser Fragenblock hat zum Ziel, den Gesprächseinstieg zu erleichtern und Vertrauen aufzubauen, indem die zu interviewende Person zum Kennenlernen ermutigt wird. Gleichzeitig soll ein Informationsgewinn über die Organisation oder Initiative der Person stattfinden. Hierbei wird auch nach Einbindung, Motivation und persönlicher Erfahrung gefragt.

## **II. Flächennutzung- und bedarf**

Hier soll zunächst die aktuell genutzte Fläche abgefragt werden sowie deren Lage und Größe. Ebenso soll darauf eingegangen werden in welcher Form die Flächennutzung organisiert ist. Das Erfragen der Zufriedenheit mit der Fläche zielt auf weitere Informationen über diese ab. Die Erfragung der flächenrelevanten Akteur\*innen sowie potentieller Konflikte um Fläche stellt das eigentliche Ziel dieses Blocks dar.

## **III. Barrieren, Potentiale und Perspektiven**

Zentrales Interesse dieses Fragenblocks ist die Abfrage lokal verorteter Barrieren und Potentiale. Daran schließt sich ein Abgleich der Perspektiven der befragten Initiativen, welcher durch die Erfragung von möglichen Perspektiven für die jeweilige Initiative sowie für urbanes Gärtnern im Allgemeinen erreicht werden soll. Zusätzlich wird abgefragt, ob die Initiativen Erweiterungsflächen benötigen und diesbezüglich von Flächen wissen, welche potentiell dafür geeignet wären.

Zur methodisch sinnvollen Analyse der durch die Interviews gewonnen Informationen, wurden anhand der vorgestellten Methodik der Datenaufbereitung und -analyse (Kapitel 4.2.2, S. 65; Kapitel 4.2.3, S. 66) Kategorien gebildet. Die Kategorienbildung sowie die festgelegten Kodierregeln werden im Folgenden und letzten Teil dieses Kapitels dargelegt.

## 4.6 Kategorienbildung und Kodierregeln

Die Kategorienbildung sowie die Festlegung der Kodierregeln, welche im Rahmen der qualitativ-empirischen Datenanalyse dieser Arbeit angewandt wurden, basieren auf einem deduktiven Vorgehen. Das heißt, dass die im Theorieteil dieser Arbeit vorgestellten Konzepte die Basis zur Bildung der Auswertungskategorien sowie der Kodierregeln bildeten. Zentrales Ziel dieser Arbeit ist es die Zustände, Hemmnisse und Interaktionen der Freiburger Urban Gardening Initiativen darzustellen. Gleichzeitig

sollen die Akteur\*innen identifiziert werden, die auf die Gruppen in verschiedener Form einwirken bzw. von ihnen angesprochen werden. Hierfür wurden einerseits das Konzept einer kritischen, handlungsorientierten geographischen Konfliktforschung sowie eine politische Ökologie des Stadtraums als Theoriegrundlage gewählt. Den verschiedenen Vorstellungen und Produktionen der urbanen Akteur\*innen von ihren städtischen Freiräumen kommt dabei ein besonderes Augenmerk zu.

### **Kategorie I: Vorstellung der Initiativen**

Die erste Kategorie, welche zur Analyse des empirischen Materials angewandt wurde, zielt darauf ab, die Initiativen schlüssig vorzustellen. Hierbei wird kurz auf die Lage im Stadtraum, (wenn genannt) die Flächengröße sowie Partnerakteur\*innen eingegangen. Im Kontext der zugrunde gelegten Theorie wird aber auch besonders auf die eng vernetzten Punkte der Entstehungsgeschichte sowie der unterschiedlichen Motivationen Bezug genommen. Während der Fertigstellung des Analyseteils wurde rasch klar, dass die Garteninitiativen auf zwei Ebenen Beziehungen zu Akteur\*innen pflegen. Einerseits gibt es Akteur\*innen, die nur spezifisch mit einer Initiative zu tun haben, andererseits gibt es welche, die übergeordnet in Beziehungen zu beinahe allen oder mehreren Initiativen stehen. Dem wurde im Arbeitsprozess durch das Kapitel „Beziehungen zu Akteure“ (5.2, S. 82) Rechnung getragen. Bei der Kodierung traten keine Abgrenzungsprobleme auf.

### **Kategorie II: Barrieren**

In dieser Analyseeinheit sollen alle Inhalte der Interviews aufgenommen werden, welche Hemmnisse für die Gartenprojekte beschreiben. Dies bezieht sich insbesondere auf die ressourcenmäßige Ausstattung vor Ort, aber auch auf institutionelle Schwierigkeiten, welche die Projekte betreffen. Dabei ist wichtig zu betonen, dass sich diese Kategorie klar gegenüber der folgenden Kategorie der Konflikte abgrenzt. Barrieren sind keine Konflikte, was heißt dass sich die Barriere auf herrschende Zustände und nicht auf das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Interesselagen bezieht. Dem ist bei der Kodierung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

### **Kategorie III: Konflikte**

Diese Analysekategorie stellt eine zentrale Kategorie dieser Auswertung dar. Ziel ist es, die von den Expert\*innen geschilderten Konflikte herauszustellen. Dabei wurde anhand der dargelegten Theorie vorgegangen, was bedeutet, dass besonderes

Augenmerk auf die Handlungsorientierung der Konflikte gesetzt wurde. Die Machtverteilung im Konfliktfeld, in Verbindung mit dem konfliktbezogenem Aktivwerden der Parteien sowie der Rechtfertigung ihrer Standpunkte, steht dabei im Zentrum der Analyse. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass nicht alle Initiativen in aktiven Konflikten stehen und diese auch nicht „herbei interpretiert“ werden können. Dennoch muss hierbei auch betont werden, dass nicht alle als solche kodierten Konfliktlagen seitens der Expert\*innen als Konflikte benannt wurden, sondern auch teilweise seitens der qualitativen Auswertung als solche interpretiert wurden.

#### **Kategorie IV: Potentiale**

Als Gegenstück zur Kategorie der Barrieren, fungiert die Kategorie der Potentiale. Ziel ist es darzustellen, wo sich in Verbindung mit Urban Gardening in Freiburg im Allgemeinen, aber auch für die einzelnen Initiativen Felder befinden, mit noch nicht voll ausgeschöpften Möglichkeit sowie weiteren Entwicklungsfeldern. Hierbei fließen auch kreative Ideen der Expert\*innen ein, da auch ihre Innovationskraft als Potential betrachtet werden kann. Diese Kategorie wird als sehr ertragreich erwartet, da Urban Gardening Initiativen ein großes Innovationspotential zugeschrieben wird. Es wurde jedoch bei der Kodierung auch darauf geachtet, lediglich Potentiale abzuschöpfen, welche bereits angegangen wurden, aber beispielsweise durch herrschende Barrieren in ihrer Entwicklung gehemmt werden.

#### **Kategorie V: Perspektiven**

Die Abgrenzung der Kategorie der Perspektiven von der Kategorie Potentiale fiel zunächst nicht leicht. Betrachtet man jedoch Potentiale als ausschöpfbare Entwicklungsfelder, die abrufbar vorhanden sind, so wird die Trennung bewusst: Perspektiven sind auf die Zukunft bezogene Einschätzungen, wie sich urbanes Gärtnern entwickeln kann und wer oder was dabei eine Rolle spielt. Hierbei wird sich daher stark auf die Einschätzungen der Expert\*innen gestützt. Diese Kategorie enthält sowohl die Aussagen bezüglich der Perspektiven für die einzelnen Initiativen als auch für Urban Gardening in Freiburg im Allgemeinen. Setzt man dies in den Kontext zur Kategorie der Konflikte, so soll im besten Fall ersichtlich werden, wie die unterschiedlich betroffenen Gärten ihre Entwicklungschancen einschätzen.

Das Kategorisieren sowie das Kodieren wurden mit Hilfe des Programms MAXQDA durchgeführt. Darin begründet sich auch, dass die im Folgenden aufgeführten Interviewzitate mit MAXQDA-Paragrafennummern versehen sind. Dabei steht „P“ für

Paragraphennummer und die dahinter liegende Zahl für den jeweiligen Paragraphen, welcher im zugehörigen Transkript (auf CD im Umschlag dieser Arbeit) zu finden ist.

## 5 Empirische Analyse

Dieses Kapitel widmet sich der Darstellung der erhobenen qualitativen Daten. Dies geschieht anhand der dargestellten Kategorisierung und Kodierung. Aufgrund der später durchgeführten Analyse herrschender Barrieren und Konflikte sowie Potentiale und Perspektiven, müssen zunächst die befragten Initiativen vorgestellt werden. Dabei wird ihre Lage und aktuelle Situation als auch ihre Motivation aufgezeigt. Ebenso wichtig ist die Darstellung der vielfältigen Beziehungen zu Akteur\*innen der Urban Gardening Initiativen in Freiburg.

Die Darstellung herrschender Barrieren für die einzelnen Initiativen zeigt die Schwierigkeiten auf, welche die Gärten betreffen und wo laut der Expert\*innen dessen potentielle Ursachen liegen. Der Analyseteil „Konflikte“ nimmt Bezug auf Konfliktlagen im Umfeld der Initiativen, Interessenskonflikte mit der Stadtentwicklung sowie existentielle Konfliktlagen einzelner Initiativen. Hierbei stehen besonders die dargestellten Handlungen und Vorstellungen der beteiligten Akteur\*innen im Fokus.

Welche Potentiale laut der Expert\*innen für Urban Gardening in Freiburg aber auch im Allgemeinen hat, wird im gleichnamigen Teil aufgezählt und verknüpft. Es ergibt sich eine Gliederung in ökologische, ökonomische, soziale und flächenbezogene Potentiale, welche jedoch allesamt eng miteinander verwoben sind. Daran anschließend, aber dennoch abgegrenzt schließt der Teil zu den dargestellten Perspektiven für urbanes Gärtnern die Analyse ab. Zunächst wird dabei auf die Perspektive des Politischen im Urban Gardening Bezug genommen, bevor dann die Entwicklungsperspektiven der einzelnen Gärten sowie im Anschluss die Perspektiven für urbanes Gärtnern in Freiburg im Allgemeinen dargestellt werden.

Die im Rahmen der Zitierweise verwendeten Abkürzungen für die Initiativen sind in Abbildung 8 (S. 71) sowie im Abbildungsverzeichnis (S. 1) aufgeschlüsselt.

### 5.1 Vorstellung der Initiativen

Im Folgenden werden die acht befragten Freiburger Urban Gardening Initiativen anhand eigener Aussagen vorgestellt. Dabei wird chronologisch nach den

Interviewterminen vorgegangen. Es soll die Lage, die Gründungsgeschichte, die Motivation sowie die aktuelle Situation des jeweiligen Gartens kurz umrissen werden. Es wird mit dem *Wandelgarten* im Vauban begonnen und darauf folgend die Initiativen der *Freibohnen* in St. Georgen, vom *Essbaren Rieselfeld*, am *Gemeinschaftsgarten Obergrün*, des *Klimagartens* im Dietenbachpark, vom *Waldgarten* Wiehre, von *Haslach Gärtner* und schließlich von *Bambis Beet* am Stadttheater vorgestellt. Die Lage aller Initiativen wird aus der Karte im Anhang (S. 132) ersichtlich.

### 5.1.1 *Wandelgarten*, Vauban

Der *Wandelgarten* liegt im Stadtteil Vauban auf einer Grünfläche am Ende der Vaubanallee zwischen der Straßenbahnschleife (Endhaltestelle Linie 3, Innsbrucker Straße) und dem Weidenpalast. Auslöser für die Gründung des Gartens im Frühjahr 2013 war zum einen die Auseinandersetzung mit der globalen Urban Gardening Bewegung, zum anderen Inhalte aus dem Buch des Transition Town Begründers Rob Hopkins. Auf der Suche nach einem Areal kamen die Gärtner\*innen mit dem Autofrei Verein des Stadtteils zusammen. Dieser stellt ihnen seither eine private Fläche zur Verfügung, welche dieser als Ausgleichsfläche für einen möglichen Parkplatzbau besitzt. Die Gärtner\*innen aus dem *Wandelgarten* sensen im Gegenzug zum Nutzungsrecht der Fläche, die Wiese im angrenzenden Weidenpalast, welche auch eine Fläche des Autovereins ist (WANGA: P 2). Die Gruppe von Gärtner\*innen sehen sich mehr als basisorientierte Bürgerinitiative, welche sich mit den politischen Praktiken ihres Quartiers identifiziert (ebd.).

Der *Wandelgarten* sieht sich als stadtteilorientiertes Projekt, welches der Anonymität in Nachbarschaften entgegentreten möchte. Kurze Wege und die Möglichkeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad den Garten zu erreichen waren bei der Standortsuche von großem Belang (ebd.: P 14). Auch die circa 10.000 Touristen, welche jedes Jahr das Vauban aufgrund seines proklamierten Charakters als Öko-Stadtteil besuchen, werden inzwischen via einer Infotafel auf den *Wandelgarten* hingewiesen (ebd.: P 16).

Das Areal, auf welchem sich der Garten befindet, erstreckt sich über 800m<sup>2</sup> (ebd.: P 6). Die Nutzung ist auf befristeter Basis, da wie bereits erwähnt, die Fläche, wenn nötig, für den Parkplatzbau verwendet werden muss. Dies wäre jedoch nur der Fall, wenn sich ein Großteil der Mitglieder\*innen des Autofrei Vereins im Vauban dazu entscheiden würden ein Auto anzuschaffen. Die Gärtner\*innen im *Wandelgarten* sind



somit nicht „an Obrigkeits-Erlasse gebunden“, da sich ihre Fläche nicht auf städtischem Grund befindet und letztlich Teile der Bevölkerung in Form der Mitglieder\*innen des Autofreivereins über das Bestehen des Gartens entscheiden (ebd.). In direkter Nachbarschaft befindet sich eine weitere Fläche des Autofrei Vereins, welche nun für den Bau einer Unterkunft für geflüchtete Menschen verwendet werden soll (ebd.: P 10).

### 5.1.2 *Freibohnen*, St. Georgen

Der Garten der *Freibohnen* liegt in St. Georgen am Schildackerweg, umgeben von den Sportgeländen der dortigen Freiburger Sportvereine. Der Garten wird hauptsächlich von jungen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren betrieben. Die Gründung erfolgte im Dezember 2013, nach der Beantragung von EU-Fördergeldern, welche den Start in die Gartensaison 2014 erleichterten (FREIBOH: P 4).

Gärtnerische Erfahrung war bei den Aktiven nur in kleinem Maße vorhanden, welche ihre Motivation einerseits in der Akquise von Fördergeldern sahen und andererseits im sozialen Aspekt des gemeinschaftlichen Gärtnerns im öffentlichen Raum. Diese betrachten sie als Begegnungs-, Lern- und Erholungsort sowie einen Ort der Möglichkeit zur Mitgestaltung des Stadtbildes (ebd.: P 12). Die Naherfahrung mit der Natur, wie die Möglichkeit „in der Erde zu wühlen“ nimmt unter den Gärtner\*innen ebenfalls einen hohen Stellenwert ein (ebd.: P 12-16).

Die Größe der Fläche konnte mir seitens der Gärtner\*innen nicht mitgeteilt werden. Jedoch hat die Initiative den Garten bei *OpenStreetMap*, ein offenes Geoinformationssystem mit der Möglichkeit der Mitwirkung, eingetragen (OPENSTREETMAP 2016) (ebd.: P 19-20). Die Fläche wird von der Stadt gestellt. Hierfür wurde ein Nutzungsvertrag abgeschlossen, welcher eine beidseitige Möglichkeit der jährlichen Kündigung einschließt. Die Initiative ist Teil des städtischen Programms „Freiburg packt an“ (Kapitel 3.4.2, S. 59) (FREIBOH: P 32).

### 5.1.3 Essbares Rieselfeld

Die Gruppe *Essbares Rieselfeld* besteht aus engagierten und interessierten Bürger\*Innen, welche sich Anfang 2013 als Reaktion auf eine Podiumsdiskussion, zusammengefunden haben. Bei der Veranstaltung im Stadtteilzentrum Glashaus, wo

auch ein Film über Transition Town gezeigt wurde, fand sich eine Gruppe Interessierter und Motivierter, welche eine Initiative im Rieselfeld gründen wollten. Diese nahm Kontakt mit einer französischen Gärtner\*innen Gruppe namens „incredible edible“ auf, um von deren bereits gemachten Erfahrungen zu profitieren. Bei einem Treffen mit der Stadt wurde der Gruppe eine Fläche im Stadtteilpark des Rieselfelds an der Carl-Von-Ossietzky-Straße zugewiesen, in Nachbarschaft zu den Gebäuden des Kepler-Gymnasiums (ESSRIE: P 2).

Motivation ein Gartenprojekt zu starten war für die Mitglieder\*Innen insbesondere der Aspekt des gemeinschaftlichen Arbeitens und Teilens. Aus der gemeinschaftlichen Gartenarbeit sollte auch ein Teilen von Konsumgütern in anderen Bereichen entstehen (ESSRIE: P 10). Dem herrschenden Wirtschaftssystem soll etwas entgegengesetzt werden, in Form eines Kollektivs, welches gemeinsam wirtschaftet, teilt und abgibt und so wörtlich, „mehr Bezug, auch zu unserem Boden pflegt.“ (ebd.: P 8).

Im Interview konnte keine Angabe zur Größe der zur Verfügung stehenden Fläche gemacht werden. Der Garten grenzt an den Neunaugenbach. Die Fläche wird von der Stadt zur Verfügung gestellt, was heißt dass die Initiative Teil von „Freiburg packt an“ ist. Unterstützt, materiell wie finanziell, werden die Gärtner\*innen vom Stadtteilverein und dessen Zentrum „KIOSK“, wo sie als Gruppe angegliedert sind (ebd.: P 22).

#### 5.1.4 *Gemeinschaftsgarten Obergrün*

Im Stadtteil Betzenhausen-Bischofslinde liegt der *Gemeinschaftsgarten Obergrün*. Der Garten ist Anfang 2013 aus einer Abschlussarbeit einer Studentin zum Thema urbanes Gärtnern an der Katholischen Hochschule Freiburg entstanden. Um die Verfasserin bildete sich eine Gruppe, welche gemeinsam einen Garten ins Leben rief. Seither besteht ein Garten auf der Fläche des Vereins Bauernhoftiere für Stadtkinder. Hierbei handelt es sich um eine Brachfläche, welche der Verein von Privateigentümern gepachtet hat, nicht von dessen Tieren beweidet wird und somit den Gärtner\*innen zur kostenfreien Nutzung überlassen wird (GEMOB: P 2; P 20). Kompost und Dünger erhält der Garten vom Verein, wo dies durch die Tierhaltung anfällt (GEMOB: P 54). Die Gärtner\*innen sind insbesondere motiviert durch die Möglichkeit der Umweltbildung und -erfahrung für ihre Kinder, welche ihnen ein solcher Garten bietet (ebd.: P 70).

Der Garten hat eine Fläche von 80m<sup>2</sup> (ebd.: P 14). Er liegt am Gewann *Obergrün*, in 100m Entfernung des Bachlaufs des Mühlenbachs, welcher als Wasserquelle verwendet wird. Das Fortbestehen des Gemeinschaftsgartens ist durch ein geplantes Bauprojekt bedroht, dazu mehr im Analyseteil „Konflikte“ (Kapitel 5.4.3, S. 95)

#### 5.1.5 *Klimagarten* Dietenbachpark

Ähnlich wie beim *Wandelgarten* im Vauban sowie bei der Initiative *Essbares Rieselfeld*, kam der Anstoß für die Initiator\*innen des *Klimagartens* im Dietenbachpark durch den Dokumentationsfilm „Voices of Transition“, welcher über die Ideen und Motive der Transition Town Bewegung berichtet. Insbesondere der Klimaschutz motiviert die aktiven Gärtner\*innen im offenen Raum ein Zeichen zu setzen, um auf eben diesen hinzuweisen (KLiGA: P 6). Der eigentliche Start der Initiative, die heute im Dietenbachpark gärt, fand an den Gutleutmatten in Haslach statt, wo im Frühjahr 2012 eine Kleingartenanlage für spätere Bebauung abgeräumt wurde (Kapitel 3.4.1, S. 58). Auf dieser zwischenzeitlichen Brachfläche begannen Teile der heutigen *Klimagarten*-Initiative im Stile des Guerilla Gardenings, Kartoffeln und Endivien-Salat anzupflanzen. Kurz bevor mit der Erschließung des Geländes durch Baumaschinen begonnen werden sollte, machten sie sich auf die Suche nach einer neuen geeigneten Fläche und versetzten die Pflanzen im Herbst 2012 in einen Teil des Dietenbachparks im Stadtteil Weingarten (KLiGA: P 4). Kurze Zeit später wurde das Garten- und Tiefbauamt auf die gärtnerische Tätigkeit aufmerksam und untersagte diese zunächst. Durch das Stellen eines Antrags seitens der Gärtner\*innen und ein darauffolgendes Treffen sowie eine gemeinsame Begehung wurde jedoch eine Lösung gefunden. Seither haben die Gärtner\*innen eine „wohlwollende Übereinkunft mit der Stadt“ und die Möglichkeit eine Fläche von 600m<sup>2</sup> zu bewirtschaften (ebd.: P 6).

Der Garten liegt auf städtischer Fläche und es besteht, wie bei den anderen Gärten auf städtischem Gebiet auch, eine Nutzungsvereinbarung mit der Stadt. Der Garten grenzt an den Käserbach, welcher als Wasserquelle dient (ebd.: P 28).

#### 5.1.6 *Waldgarten* Wiehre

Die Initiative des *Waldgarten* *Wiehre* startete im Jahr 2013. Ausschlaggebend war, dass die Stadt Freiburg zu dieser Zeit verschiedene Flächen zum Urban Gardening anbot, so auch die Fläche des heutigen *Waldgartens* am Deucheleweiher in der Oberwiehre. Hier geht die Wohnbebauung nur durch Zuggleise getrennt direkt in Wald

über. Ein *Waldgarten* hat mit einem gewachsenen Wald nichts zu tun, sondern ähnelt lediglich einem solchen aufgrund seiner Eigenschaft als Anbausystem mit mehreren vertikalen Stockwerken sowie seines mehrjährigen Pflanzenbestands (WALGA: P 2). Die Motivation einen solchen Garten anzulegen, war insbesondere der innovative Charakter eines solchen Projekts. (ebd.: P 10).

Der *Waldgarten* erstreckt sich über 1.300m<sup>2</sup>, wobei die Pflanzstreifen, also die bewirtschaftete Fläche 200m<sup>2</sup> von diesen abdeckt (ebd.: P 8). Es ist eine städtische Fläche, weshalb ebenfalls Nutzungsvereinbarungen mit der Stadt getroffen worden sind. Es gibt laut der Initiative keine Angaben zur Nutzungsdauer, wobei betont wird, dass ein *Waldgarten*, anders als sonstige urbane Gartenflächen, keine Zwischennutzung darstellt, da dieser aufgrund des angepflanzten Baumbestand auf deutlich längere Nutzperioden ausgelegt ist (WALGA: P 10).

Ende 2015 stellte ein Anwohner fest, dass die Fläche, auf welcher der *Waldgarten* liegt, Teil eines Landschaftsschutzgebietes ist. Das bedeutet, dass die Stadt Freiburg hier ohne die Sondergenehmigung seitens des Umweltamts, keine gärtnerische Tätigkeit hätte zulassen dürfen. Der Fortbestand des *Waldgartens* ist dadurch gefährdet, was unter dem Analysepunkt „Konflikte“ (Kapitel 5.4.3; S. 95) weitergehend thematisiert wird.

### 5.1.7 Haslach gärtnert

Die Gruppe *Haslach Gärtner* gibt es seit 2013. Zwei der Mitinitiator\*innen wurden unabhängig voneinander auf eine Umfrage von Transition Town aufmerksam, die untersuchen sollte, in welchen Stadtteilen Freiburgs der Bedarf nach urbanen Gärten gegeben ist. Nachdem beide diese Frage für den Stadtteil Haslach positiv beantwortet hatten, kam das Garten- und Tiefbauamt auf sie zu. Laut der Initiative ging dieser Prozess der Standortfindung sehr rasch (HAGÄ: P 2). Es wurde eine Fläche innerhalb der Josef-Brandel-Anlage, einer öffentlichen Grünfläche im Stadtteil Haslach, gefunden und vereinbart. Der Garten befindet sich daher auf städtischem Gebiet, weshalb die gängige Nutzungsvereinbarung mit der Stadt besteht. *Haslach Gärtner* ist Teil des Programms „Freiburg packt an“. Die aktuell bewirtschaftete Fläche beträgt, grob geschätzt, 70m<sup>2</sup> (ebd.: P 12).

Die Motivation für die Gärtner\*innen liegt vor allem darin, die Erfahrung zu machen, lokal anzubauen und saisonal zu ernten. Hierüber soll ein Bewusstsein für die aktiven

Gärtner\*innen, aber auch für Passant\*innen und Interessierte entstehen. Insbesondere sollen auch beteiligte Kinder einbezogen werden, so dass diese ein besseres Bewusstsein für die Herkunft unserer Nahrungsmittel bekommen. Diese Umweltbildung für Jung und Alt soll zur Ressourcenschonung sowie zum Wasser- und Bodenschutz beitragen (ebd.: P 34).

#### 5.1.8 *Bambis Beet*

Das Urban Gardening Projekt *Bambis Beet* ist das wohl sichtbarste Seinesgleichen im Freiburger Stadtbild. Der Garten bildet den Vorplatz des Freiburger Stadttheaters. Protagonist bei der Initiierung des Projekts war ein Mitarbeiter des Theaters, der zuvor mit einer Gruppe Kinder- und Jugendlichen Guerilla Gardening auf der Fläche der aufgelassenen Kleingartenanlage an den Gutleutmatten in Haslach (Kapitel 3.4.1, S. 58) praktiziert hatte (BABE: P 2). Als Mitte 2012 die Planungen für den Umbau des Rotteckrings, am Platz der alten Synagoge und des Theatervorplatzes bekannt wurden, stießen diese insbesondere bezüglich des Theatervorplatzes nicht nur auf Zustimmung. Im Stadttheater regte sich Widerstand gegen eine Planung, die Wasserspiele vor dem Theater vorsah, was aus der Sicht der dortigen Verantwortlichen und aus der Sicht der späteren Garten-Initiative, in elitärer und unangemessener Form einem Elfenbeinturm gleicht. Das Theater soll ein Ort der Begegnung und des Gespräches bleiben. In Absprache mit dem Kulturbürgermeister der Stadt Freiburg sowie der Intendanz des Theaters wurde beschlossen, die Gestaltung des Vorplatzes zunächst in Eigenregie zu übernehmen und einen urbanen Garten anzulegen (ebd.). Neben dem Aufzeigen einer Alternative zur vorhandenen Planung, ist die Motivation der Gärtner\*innen auch die Schaffung eines Ortes der natürlichen Biodiversität im Stadtraum sowie die Hinterfragung baulicher Stadtplanung. Der Garten soll ein Gegenentwurf zur Versiegelung des Platzes an der alten Synagoge sein (ebd.).

Im Frühjahr 2016 hat der Garten ca. 300m<sup>2</sup> (ebd.: P 8). Durch seine exponierte Lage und seine Sitzmöglichkeiten wird er ganzjährig von verschiedenen Gruppen der Stadtbevölkerung, wie Studenten, alten Menschen und Obdachlosen aufgesucht. Diese Durchmischung ist dringend erwünscht. Laut der aktiven Gärtner\*innen, soll die Fläche bewusst eine konsumfreie Zone bleiben (ebd.: P 2).

*Bambis Beet* soll auch eine Pflanzentauschbörse für gärtnerisch aktive Menschen sein. Es ist daher ausdrücklich erlaubt Setzlinge aus den Beeten auszugraben und eigene wieder einzugraben. Der Garten wird nach den Prinzipien der Permakultur betrieben. Aufgrund extremer Hitze, welche in den Sommermonaten durch die umliegenden, versiegelten urbanen Hitzeinseln entsteht (Kapitel 2.2.1, S. 26), muss dennoch vermehrt gegossen werden. Das Wasser hierfür beziehen die Gärtner\*innen vom Theater (ebd.).

## 5.2 Beziehungen zu Akteur\*innen

Zur Analyse von Potentialen und Perspektiven des Urban Gardenings sowie diesbezüglich existierenden Konflikten in Freiburg, sind insbesondere die Akteur\*innen von Belang, mit welchen die Initiativen vernetzt sind, zusammen arbeiten oder aufgrund räumlicher oder thematischer Nähe etwas zu tun haben. Im Folgenden werden diese gruppiert dargestellt, wobei auch berücksichtigt wird inwieweit welche Initiative mit den jeweiligen Akteur\*innen in Verbindung steht.

Zunächst soll auf einen sehr wichtigen Akteur eingegangen werden, welcher maßgeblich daran beteiligt war die Stadtbevölkerung zu ermutigen Urban Gardening in Freiburg zu betreiben. Hierbei handelt es sich um die Transition Town Gruppe Freiburg, welche zunächst Informationsveranstaltungen zum Thema organisierte und Kontakt mit der Stadt aufnahm, um diese dazu aufzufordern, Flächen für urbane Gartenprojekte auszuweisen (FREIBOH: P 41; P 45). Heute ist Transition Town Vernetzungspunkt zwischen den Gärten und übernimmt in ihrem Status als Verein die Versicherungspflicht mancher Gärten, welche diese allein nicht stemmen können und/oder wollen (HAGÄ: P 22). Letzteres wird im Kapitelteil „Barrieren seitens der Stadtentwicklung“ näher analysiert (5.3.2, S. 88).

Die Stadt Freiburg ist als Akteurin der Governance-Seite von großem Belang. Hier muss vor allem das Gartenamt der Stadt benannt werden, welches bis auf den *Gemeinschaftsgarten Obergrün*, mit allen Initiativen in Kontakt steht. Zum einen unterstützt es die Initiativen in dem es diese beispielsweise kostenlos mit frischer Erde versorgt (WANGA 2016: P 16), zum anderen stellt es den Initiativen, welche keine Privatflächen bewirtschaften, städtischen Raum zur Verfügung. Das Gartenamt ist daher an Verteilung, Sicherung und Erhalt der Flächen maßgeblich beteiligt. Dies kann, wie bei *Haslach gärtner* auf Anfrage hin geschehen (HAGÄ: P 2) oder wie beim Beispiel des *Klimagartens* im Nachhinein (KLIGA: P 6), nach bereits begonnenem

Guerilla Gardening. Zusätzlich hat das Gartenamt das Programm „Freiburg packt an“ ins Leben gerufen, unter dem mittlerweile alle Urban Gardening Initiativen, die vom Gartenamt Fläche zugewiesen bekamen und auf städtischem Grund sind, firmieren (Kapitel 3.4.2, S. 59). Mit diesen Gärten hat das Gartenamt einen Nutzungsvertrag, welcher jährlich, beidseitig gekündigt werden darf (FREIBOH: P 32). Zusätzlich sind in diesem Vertrag Regeln festgelegt, beispielsweise dass keine Geräteschuppen errichtet werden oder auch welche Pflanzen angebaut werden dürfen (WALGA: P 12). Ein Beispiel für Letzteres ist, dass beim Pflanzen von Bäumen, wenn überhaupt gestattet, Rücksprache gehalten werden muss (FREIBOH: P 32).

Das Engagement der Stadt Freiburg, insbesondere des Gartenamts, wird seitens der Initiativen zum größten Teil als gewinnbringend bewertet. Insbesondere die dort eigens für den Kontakt sowie für „Freiburg packt an“ angestellte Mitarbeiterin wird als „sehr gute Partnerin“ bezeichnet (WANGA: P 16). Das Programm „Freiburg packt an“ wird jedoch auch kritisch betrachtet:

*„Dann ist die Stadt ja doch auf diese ganzen Projekte oder Gärten aufgesprungen sag ich, also so empfinde ich das, wir haben ja ein großes Schild bekommen, "Freiburg packt an", aber eigentlich, finde ich, kam es von unten und dann hat die Stadt erkannt, ihre Bürgerschaft hat Interesse und hat sich dem ja geöffnet. Das ist ja gut, jedoch dieses Schild "Freiburg packt an" suggeriert so ein bisschen einen anderen Weg.“ (ESSRIE: P 16)*

Diese Aussage unterstreicht in gewissem Sinne den Zwiespalt, mit dem sich die Initiativen bezüglich des Engagements der Stadt konfrontiert sehen. Einerseits ist man froh über die, zum Teil zugewiesenen Flächen und die Lieferung von frischem Bodenmaterial, andererseits sieht man sich nicht als städtisches Projekt, was aber durch das Programm „Freiburg packt an“ vermittelt wird.

Weitere städtische Akteure, mit denen die Initiativen zum Teil in Beziehung stehen, sind das Baudezernat sowie das Umweltamt. Ersteres tritt im Fall des Gemeinschaftsgartens *Obergrün* in Erscheinung, da hier eine geplante Wohnbebauung das Fortbestehen des Gartens gefährdet (GEMOB: P 36). Das Umweltamt tritt, wie bereits angerissen, in Beziehung mit dem *Waldgarten* Wiehre in Erscheinung, da hier unwissentlich im Landschaftsschutzgebiet gegärtnert wurde und nun aufgrund Naturschutzbedenken gesonderte Auflagen gelten sowie Sondergenehmigungen eingeholt werden müssen. Hierbei ist auch der Naturschutz involviert (WALGA: P 36). Bezüglich der Verbindung mit städtischen Akteuren stellt

*Bambis Beet* eine Besonderheit dar. Ausgehend von einer städtischen Einrichtung, dem Stadttheater Freiburg, wurde seine Initiierung im Vorhinein mit der Theater-Intendantin sowie dem Kulturbürgermeister der Stadt abgeklärt (BABE: P 2). Dennoch sieht sich die Initiative am Stadttheater nicht als Teil von „Freiburg packt an“ und trägt auch kein diesbezügliches Schild auf seiner Fläche (ebd.).

Beim *Wandelgarten* im Vauban (WANGA: P 16) sowie bei der Initiative *Essbares Rieselfeld* (ESSRIE: P 22) gibt es enge Kontakte zur Quartiersarbeit, welche finanziell wie ideell Unterstützung leistet. Dem *Gemeinschaftsgarten Obergrün* stellt der *Verein Bauernhöftiere für Stadtkinder e. V.* die Fläche zur Verfügung und beliefert diesen mit Kompost und Dünger, selbiges gilt für den *Verein für autofreies Wohnen e. V.*, welcher dem *Wandelgarten* die Fläche stellt (GEMOB: P 2; P 54; WANGA: P 2). Auch Anrainer-Einrichtungen spielen als Akteur\*innen eine Rolle. Meist sind dies Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, welche Infrastruktur stellen, Beete nutzen oder anderweitig vernetzen. Der *Wandelgarten* bezieht vom benachbarten St. Georgener *Kinder-Abenteuer-Hof* Pferdemit und wird in Zukunft beratend bei dessen gärtnerischen Tätigkeiten wirken (ebd.: P 16). Beim *Gemeinschaftsgarten Obergrün* sowie beim *Essbaren Rieselfeld* gibt und gab es Verbindungen zu benachbarten Kitas sowie zu schulischen Einrichtungen (GEMOB: P 12; ESSRIE: P 30). Letztere Initiative pflegt auch Kontakte mit einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung, die den Garten nutzen können sowie mit einer Therapeutin, die hier mit psychisch Erkrankten einen Therapiegarten betreibt (ebd.). Auf Initiative von Transition Town erhielten die Gruppen des *Klimagartens Dietenbach* (P 28-30), von *Haslach Gärtner* (P 59-60) sowie des *Waldgartens Wiehre* (P 4) finanzielle Unterstützung durch die Münchner Stiftungsgemeinschaft Ertomis & Anstiftung<sup>6</sup> (ANSTIFTUNG 2016).

Eine weitere Gruppe, welche für die Gartenprojekte von großem Belang ist sind die Anwohner\*innen. Diese sollten einbezogen und bestenfalls zum Mitmachen animiert werden (WALGA: P 38). Sie stellen letztlich auch die Bevölkerung dar, welche als Gemeinschaft von einem Projekt überzeugt werden muss, was im Interview mit *Bambis Beet* (BABE: P 28) sehr deutlich dargestellt wird:

„Ich glaube, ehrlich gesagt ist es die Bevölkerung, Nummer eins, die Gemeinschaft. Die Menschen die hier sitzen, ja, es muss gepflegt sein, es muss

---

<sup>6</sup> Die *Stiftungsgemeinschaft Ertomis & Anstiftung* hat sich zum Ziel gesetzt „mit innovativen Ansätzen zur Lösung von Gegenwartsfragen“ beizutragen. Dies bedeutet aus ihrer Sicht die Förderung und Vernetzung sowie Erforschung von „Räumen und Netzwerken des Selbermachens“. Hierzu gehören Urbane Gärten, offene Werkstätten und Reparatur-Initiativen (ANSTIFTUNG 2016).



*benutzt sein. Wenn niemand es annimmt, wenn es scheiße aussieht, dann kann man es vergessen.“*

Demgegenüber gibt es auch Akteure die gänzlich andere Interessen bezüglich der Nutzung von öffentlichen Grünflächen haben. Hier sind beispielsweise Hundebesitzer\*innen zu nennen, die ebenfalls als Akteur\*innen in mehreren Interviews benannt wurden (HAGÄ: P 30; WALGA: P 42). Auch mit Ihnen müssen sich die Gartenprojekte zwangsläufig auseinandersetzen.

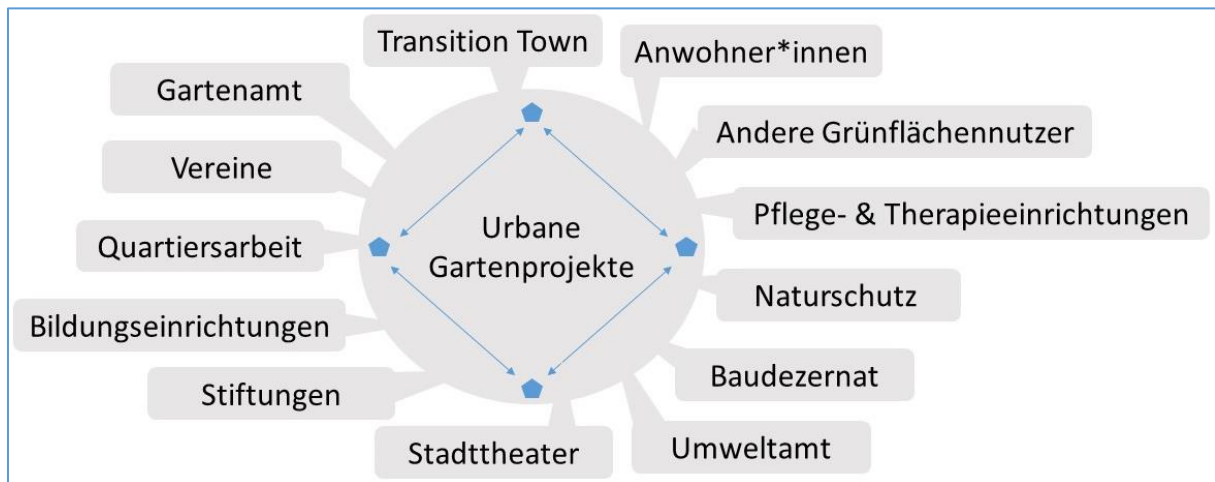


Abb. 8: Relevante Akteure für Freiburger Urban Gardening Projekte (Eigene Darstellung; Alle Interviews)

Letztlich muss betont werden, dass auch die Gärten untereinander zum Teil eng vernetzt sind und so gegenseitig für einander wichtige Akteur\*innen darstellen. Hierfür stellvertretend stehen die blauen Pfeile in Abbildung 9, welche auf Grundlage der Interviewaussagen die verschiedenen Akteur\*innen aufzeigt, die für urbane Gartenprojekte in Freiburg von Belang sein können. Im Folgenden werden die Barrieren dargestellt, mit welchen Urban Gardening Initiativen in Freiburg konfrontiert sind.

### 5.3 Barrieren

Im Alltagsbetrieb der Urban Gardening Initiativen in der Stadt Freiburg treten verschiedene Barrieren auf, welche von den Interviewpartner\*innen benannt und diskutiert wurden. Diese werden nun aufgegriffen und möglichst sinnvoll eingeordnet. Dabei wird unterschieden zwischen aufkommenden „Barrieren vor Ort“ sowie „Barrieren durch die Stadtentwicklung“. Ersteres bezieht sich auf effektive Schwierigkeiten für die betroffene/n Initiative/n am Standort und stellt daher eine Analyse negativer Standortpotentiale dar. Letzteres nimmt sich der Barrieren an, welche durch Regeln und Bestimmungen seitens der Stadt Freiburg als Eigentümer

vieler Gartenflächen sowie durch die aktuellen Entwicklungen, wie beispielsweise der Nach- und Innenverdichtung, darstellen.

### 5.3.1 Hemmnisse vor Ort

Die Akquise neuer Freiwilliger zur Mitarbeit in den jeweiligen Gärten stellt sich zuweilen schwierig dar. Zudem ist es eine Herausforderung für die Gemeinschaften, alle aktiven Mitglieder\*innen so einzubinden, dass der Schwund möglichst gering ist. Selbiges gilt für die Zusammenarbeit mit Akteur\*innen aus Bildungs- und Pflegeeinrichtungen. So sagt der Interviewpartner von *Bambis Beet* (BABE: P 2), „ein Garten ist verdammt viel Arbeit und in der Gemeinschaft zusammenzuhalten ist auch gar nicht leicht.“ Dies spiegelt wieder, dass einerseits die ehrenamtliche Arbeit in einem Garten und gleichzeitig die Arbeit für und mit einer Gemeinschaft von Ehrenamtlichen viel Zeit und Organisation in Anspruch nimmt.

In vielen Fällen kann sich die zeitliche Restriktion der Mitglieder\*innen negativ auf die räumliche Ausbreitung einer Initiative auswirken. In gleichem Maße kann die fehlende Akquise neuer Mitglieder\*innen wirken. Ein größerer Garten beansprucht mehr Zeit, beansprucht mehr aktive Mitgärtner\*innen. Doch trotz verschiedener Werbemaßnahmen gestaltet sich die Neu-Anwerbung oft schwierig, wobei seitens der Initiativen mehr kommuniziert werden könnte. Diesbezüglich benennt die Initiative vom *Gemeinschaftsgarten Obergrün* die fehlende Kommunikation als Barriere (GEMOB: P 46):

*„Wir haben ja, hätten ja Platz uns zu vergrößern theoretisch. Also die Barriere wäre eigentlich, dass wir, wir könnten ja schon noch mehr Werbung machen. [...] Das ist eher so die Barriere mit der Kommunikation, dass man auch mehr Werbung noch machen könnte. Aber das ist einfach, dass wir von Beruf oder Familie oder Studium so eingespannt sind [...]. Vom Verein her, wir hätten mehr Fläche die wir nutzen könnten.“*

Auch bei der Initiative von *Haslach Gärtner* gestaltet sich die Suche nach neuen Mitgärtner\*innen schwierig. Dies gilt besonders für die Suche innerhalb des Quartiers. Hierbei spielen laut der Interviewpartnerin möglicherweise auch Ressentiments seitens der Bevölkerung sowie womöglich auch Herkunft und Hintergrund derer eine Rolle, welche in diesem Fall eine Zugangsbarriere für diese Menschen darstellen könnte.

*„[...]ich habe jetzt neulich gehört, dass wir verschrien sind als "Akademikergarten", da kann ich jetzt ja auch nichts für, dass sonst keiner mitmachen will, ja, ist tatsächlich so. Vielleicht ist das, ich frage mich wirklich, ob das jetzt so ein Bildungshintergrundding ist, dass man sagt, "ne, ich geh doch nicht mit irgendwelchen Leuten in den Park gärtnern.“ (HAGÄ: P 4)*

Durch diese Aussage wird auch eine vermeintliche Verbindung zwischen der gärtnerischen Tätigkeit und Schichtzugehörigkeit hergestellt. Die Teilnahme an Urban Gardening Initiativen und somit die Aneignung von öffentlichem Raum zum Zwecke des Gärtnerns wird als Tätigkeit einer Bildungsschicht betrachtet. Doch auch der kulturelle Background wird als Determinante der Teilhabe diskutiert:

*„Und die Leute, die um den Park herum wohnen die haben ja alle Gärten und die Zielgruppen die wir eigentlich gern erreichen wollen, die Leute ohne Gärten, die haben kein Interesse. Ich weiß nicht, das ist vielleicht auch ein anderer kultureller Background, dann vielleicht, dass ich sage, "ne, wenn ich Gärtner, dann Gärtner ich doch nicht im Park".“ (HAGÄ: P2)*

Laut der Initiative ist es für Anrainer\*innen mit Garten uninteressant am Projekt teilzunehmen. Schwierigkeiten bezüglich der Suche nach Engagierten ergeben sich auch hinsichtlich Partner-Organisationen, wie Bildungs- oder Pflegeeinrichtungen in der Nachbarschaft der Gärten. Sie könnten mit ihren Klassen und Gruppen im Sinne der Umweltbildung und -erfahrung eigene Beete übernehmen und Pflegen. Die Initiative *Essbares Rieselfeld* sowie der *Gemeinschaftsgarten Obergrün* pflegten bereits Verbindungen zu Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, die in deren Gärten aktiv waren. Sie bedauern, dass diese Partnerschaften nicht dauerhaft funktionieren, da sie sehr personenabhängig von den jeweiligen Lehrer\*innen oder Erzieher\*innen sind (GEMOB: P 66; ESSRIE: P 33). Auch die Aktiven von *Haslach Gärtner* bedauern die ausbleibende Beteiligung seitens benachbarter sozialer Einrichtungen und Schulen, welche zwar grundsätzlich von der Idee begeistert sind, sich jedoch letztlich nicht aktiv beteiligen (HAGÄ: P 2).

Eine weitere Barriere, welche die Freiburger Urban Gardening Initiativen, zumindest jahreszeitlich einschränkt, ist die Wasserversorgung beziehungsweise der Zugang zu Wasser sowie das zeitintensive Gießen. So knüpft die Barriere Wasser zunächst an die vorausgegangene an, da der *Gemeinschaftsgarten Obergrün* sich besonders bezüglich des Gießens gerne personell stärker besetzt sähe. Dies schränkt zusätzlich die Vergrößerung in der Fläche ein (GEMOB: P 22; P24) In den heißen Sommermonaten muss selbst in permakulturell angelegten Gärten gegossen werden. Auch bei *Haslach Gärtner* wird beklagt, dass die nächste Wasserquelle beim Bauhof

in der Josef-Brandel-Anlage 40m entfernt ist und das Gießen so im Hochsommer zu einem zeitintensiven und mühsamen Unterfangen macht (HAGÄ: P 14). Die Initiativen *Gemeinschaftsgarten Obergrün*, *Klimagarten Dietenbach* sowie *Essbares Rieselfeld* sind allesamt an Bachläufen gelegen. Dies gewährt außerhalb der trockenen Sommermonate, eine kontinuierliche Wasserzufuhr. Führen die Bäche jedoch besonders im Sommer und Spätsommer wenig Wasser, ist es den Gärten von Seiten der Stadt nicht erlaubt Wasser zu entnehmen (GEMOB: P 22). Auch der trockene Boden und fehlender Schatten, wie im Rieselfeld, sind dabei ein ernstzunehmendes Problem für das Überleben der Pflanzen (ESSRIE: P 22).

### 5.3.2 Barrieren seitens der Stadtentwicklung

Sechs von acht untersuchten Initiativen befinden sich auf öffentlichen Flächen der Stadt Freiburg. Ihre Gärten unterliegen daher Regeln und Beschränkungen des Gartenamts. Für einige Initiativen stellen diese eine Barriere dar, beispielsweise wenn es um geplante Baumpflanzungen geht (KLIGA: P 48). „Die Stadt hat uns ein komplettes Verbot gegeben Apfelbäume zu pflanzen“ (BABE: P 4). Insbesondere das Verbot Obstbäume zu pflanzen stößt seitens der aktiven Gärtner\*Innen auf Unverständnis. Sie würden gerne die Produktivität und das Erntespektrum ihrer Gärten um Obst erweitern und tun dies zum Teil auch trotz des Verbots.

*„Aber wir haben es trotzdem gemacht, was wollen die tun? Absägen? Das können die gerne tun, das ist mir egal. Das waren Restbestände der Universität, die haben eine Bienenstudie gemacht am Flugplatz und die musste die rausgraben sozusagen und dann haben wir zehn übernommen. Und ja, ich verstehe nicht die Angst vor den Obstbäumen.“ (BABE: P 6)*

Diese Aussage gibt einen Einblick in den subversiven Charakter urbanen Gärtnerns. Die Bäume waren für die Bienenstudie nicht mehr zu gebrauchen und mussten an einem anderen Ort eingepflanzt werden. Die Initiative aus dem *Klimagarten* erkennt das Verbot an, zeigt Verständnis für einen größeren Pflegebedarf, welchen Bäume mit sich bringen und der seitens der Stadt gedeckt werden muss (KLIGA: P 74). Dennoch ist sie der Meinung, dass hierbei die Dinge etwas „eng gesehen“ werden und die Stadt vor allem ihr Obrigkeitsrecht wahrnimmt (KLIGA: P 73). Im *Waldgarten* wird bezüglich verbotener Obstbaumpflanzungen auf die Versicherungspflicht seitens der Stadt hingewiesen, welche durch das Abernten des Obstes gemindert werden würde.

*„Da kann man Obstbäume pflanzen, da hat man natürlich ein Problem mit dem Obst das am Boden liegt, aber man hat kein Problem mehr, wenn dieses genutzt*

*wird. Aber da sind die Städte sehr zögerlich, speziell an Straßen, denn da könnten Autos beeinträchtigt werden, Passanten ausrutschen.“*  
(WALGA: P 42)

Das angesprochene Zögern bezüglich der Pflanzung von Obstbäumen, bezieht der Interviewpartner auf die Gefahren, welche von Fallobst ausgehen könnten. Die Urban Gardening Initiativen würden gerne mehr Obst pflanzen und dieses auch nutzen, was das vermeintliche Risiko, welches von herumliegendem Obst ausgeht mindern würde.

Die Versicherungspflichten, welche im öffentlichen Raum bestehen, sind für die Initiativen weitreichender als nur bezüglich des Baumthemas. Gemeinschaftsgärten auf öffentlichen Flächen sind durchgängig freizugänglich. Die Stadt Freiburg verlangt daher in einer Nutzungsvereinbarung, welche die Gärtner\*innen persönlich unterschreiben sollen, dass die Unterschreibenden für mögliche Schadensfälle ihrer Mitgärtner\*innen, aber auch unbeteiligter Dritter auf dem Gelände der Gärten, haften (HAGÄ: P 22). Dies stellt für viele eine große Barriere dar, da keine der untersuchten Initiativen ein eingetragener Verein ist, welcher als solcher das Versicherungsrisiko tragen könnte. Die Gärtner\*innen würden somit privat für mögliche Unfälle in ihren Gärten haften. Dieses Risiko möchten viele nicht übernehmen.

*„So, wie kann ich persönlich für einen öffentlichen Garten, wo jeder gärtnern kann, haften? Das funktioniert einfach nicht. Wir haben jetzt letztendlich die Lösung gefunden, dass Transition Town für uns da unterschrieben hat als Verein, weil die haben da ja nochmal andere Versicherungsbedingungen. Und ich bin dann bei Transition Town in den Verein eingetreten und so funktioniert das jetzt alles. Ich hätte das nicht unterschrieben, davor hätte ich nicht weiter gegärtnert.“*  
(HAGÄ: P 22)

Es wird ersichtlich inwieweit dieser Versicherungszwang eine existentielle Barriere für die betreffende Initiative hätte werden können. Die Lösung, dass Transition Town als Verein bezüglich der Versicherungspflicht einspringt war der einzige Weg, dass der Garten zustande kommt. Das Unverständnis seitens der Gärtner\*innen, Haftung für Flächen im öffentlichen Raum zu übernehmen, wird deutlich. Laut der Initiative vom *Klimagarten* hat die Stadt bezüglich der Versicherungspflicht „einen Rückzieher gemacht“ und dies allein als Kostenfrage behandelt. Ein Einlenken der Stadt hätte man hier als „angenehm empfunden“ (KLIGA: P 82). Auch der *Waldgarten* sieht die potentiell aufkommenden Kosten der Verantwortung für die Stadt als determinierende Komponente für die Pflanzungserlaubnis bestimmter Nutzpflanzen (WALGA: P 46).

Der *Klimagarten* ist der einzige untersuchte Garten, welcher sich nicht über Transition Town versichert hat und somit in Form der Person haftet, welche die

Nutzungsvereinbarung mit der Stadt unterschrieben hat. Die Gesprächspartner\*innen dieser Initiative weisen auf eine grundsätzliche Überversicherung in unserer Gesellschaft hin, jeder sei ein Stück weit für sich selbst verantwortlich (KLIGA: P 82). Dies stellt sich natürlich problematisch dar, wenn ein Schadensfall auftritt und die Gärtner\*innen ihrer Haftungspflicht nachkommen müssen. Dies kann weitreichende Schwierigkeiten für eine Initiative bedeuten, weshalb diese Versicherungspflicht durchaus eine ernstzunehmende Barriere darstellt.

Für viele Urban Gardening Initiativen kommt eine weitere Barriere auf, wenn sie sich hinsichtlich ihrer Fläche erweitern möchten. Der Flächendruck in und um Freiburg, Nachverdichtungsprozesse sowie herrschende dichte Wohnbebauung, können Hemmnisse sein. So auch beim *Wandelgarten* im Vauban.

*„Und dann haben wir es angeschaut, das Vauban ist ja das am dichtesten besiedelte Gebiet von ganz Freiburg, obwohl man das nicht glaubt, obwohl es ruhig ist und viel Grün zu haben scheint, das erstaunt viele, aber das ist so. Und es gäbe wenige Flächen, die noch möglich wären.“ (WANGA: P 14)*

Dennoch sieht der *Wandelgarten* Vorteile für sich, nicht auf einer öffentlichen Fläche zu gärtnern. Die kurzen Wege zum Eigentümer sieht er hier als Vorteil. Zudem sieht er mögliche Schwierigkeiten in der Zukunft, „wenn dieser Interessenskonflikt zwischen Wohnbebauung und Freiflächen stärker wird, durch den Druck, der im Wohnungsmarkt herrscht in Freiburg.“ (ebd.: P 18) Hierbei wird das Stadtplanungsamt in der Verantwortung gesehen, welches die diesbezüglich relevanten Entscheidungen des Stadtrats sowie zum Teil der großen Immobilienfirmen umsetzt.

*„[...] und da gibt es dann natürlich auch die verschiedenen Verpflichtungen der großen Baulöwen, die da, wie wir zu Teil wissen, immer wieder ausgleichen zwischen Bürgerinitiativen und den Interessen von großen Bauträgern. Da gibt es durchaus Barrieren, die wir nicht immer durchschauen, die dem Bauen den Vorzug geben und die Freiflächenflächengestaltung und dem urbanen Gärtnern als Teil dessen, nicht immer den Vorzug geben.“ (ebd.: P 20)*

Besitzt die Stadt Freiburg die Fläche, so kann auch dies zu weiteren Barrieren führen. Dies stellen die *Freibohnen* heraus, die klar darstellen, dass sie, wenn die Stadt auf ihrer Fläche ein Bauvorhaben planen würde, ihren Garten nicht halten könnten (FREIBOH: P 51). Pessimistisch betrachtet können sich viele der Projekte also lediglich als Zwischenlösung auf den Flächen betrachten. Eine forcierte Innen- und Nachverdichtung „heißt natürlich auch immer, man schaut sich die Freiflächen an.“ (WANGA: P 20). Letztlich hängt es also auch am Kalkül der Stadtpolitik und somit auch von der wahlberechtigten Stadtbevölkerung ab, wie viel den Gartenprojekten

zugestanden wird. Unter dieser gibt es aber auch deutlich kritische Stimmen gegenüber den Gärten, wie vom Interviewpartner der *Waldgarten*-Initiative dargestellt (WALGA: P 26). Der Interviewpartner von *Bambis Beet* sieht die Bevölkerung als größte Barriere in der Entwicklung der Gartenprojekte sowie anderer Bereiche:

*„Egal was es ist, Theater, Schule, es ist Wurst, die Institutionen sind problematisch aber die Menschen sind noch langsamer. Sie wollen ihre Gewohnheiten nicht abschaffen um eine neue, andere Zukunft zu ermöglichen, wir sind dann selber schuld letztendlich. Und das sehe ich als größte Barriere, das sind die Menschen selbst.“ (BABE: P 32)*

Dabei fordert er ein starkes Kollektiv, welches sich in der Stadtentwicklung durchsetzen will und kann. Er sieht weniger die Politik in der Pflicht, als vielmehr die Stadtbevölkerung, die diese Politiker\*innen wählt. Die Stärke des Kollektivs innerhalb der Bevölkerung ist entscheidend (BABE: P 28).

Die dargestellten Barrieren beeinträchtigen die Freiburger Urban Gardening Initiativen auf unterschiedliche Art und Weise. Ihre Intensität ist in den meisten Fällen eher niederschwellig, da bis auf die Versicherungspflicht, vordergründig keine existentielle Gefahr für die jeweiligen Gärten den Barrieren ausgeht. Dies gilt nicht für die Konflikte, welchen die Initiativen ausgesetzt sind. Der Großteil dieser kann die Existenz mancher Initiative gefährden. Fast alle jedoch führen zu neuen potentiellen Barrieren, welche das Gärtnern im öffentlichen Raum beeinträchtigen.

## 5.4 Konflikte

Zunächst muss betont werden, dass es sich bei den im Rahmen dieser Arbeit interviewten Initiativen um Gruppen handelt, die mehr am gemeinschaftlichen Gärtnern interessiert sind als am zivilgesellschaftlichen Protest in Form von illegaler Aneignung bestimmter Flächen im Stadtraum. Der Konflikt mit anderen Akteur\*innen des Urbanen wird daher nicht explizit gesucht, ihm wird viel mehr zunächst aus dem Weg gegangen. Laut der *Freibohnen* stellt urbanes Gärtnern lediglich eine Konkurrenz zu anderen Freiflächen Nutzer\*innen dar, nicht jedoch in einem politischen Kontext.

*„Also wir besiedeln eigentlich immer Flächen, auch aus eigenem Interesse, die jetzt nicht im Konflikt sind, also nicht irgendwie Bauland. Und ich würde sagen, dass wir da relativ wenig mitmischen politisch, weil das halt dann Flächen sind wo wir wissen, dass wir sie nutzen können und genau, dann ist es ja auch keine Konkurrenz, dann sind wir wenn dann Konkurrenten mit den anderen Parknutzern, aber da ist bisher noch kein Konflikt entstanden.“ (FREIBOH: P 49)*

### 5.4.1 Konfliktlagen im direkten Umfeld

Dennoch geraten die Freiburger Urban Gardening Initiativen in Konflikte. Als aktive Akteur\*innen in einem gesellschaftlich konstruierten Stadtraum ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Ein Bereich, in welchem immer wieder Konflikte auftreten ist das direkte räumliche Umfeld der Gärten und die Gärten selbst. Hier kommt es beispielsweise immer wieder zu Vandalismus oder Diebstählen. Der *Wandelgarten* im Vauban berichtet hierzu:

*„Und es gibt eben viel Menschen, die hier durchgehen, viel Kinder, viel Hunde und das kann man als Problem sehen, es gab auch etwas Vandalismus, aber relativ wenig. Es ist nichts kaputt gemacht worden an Hochbeeten, unser Häuschen steht, es ist einmal eingebrochen worden, da wurde eine Spitzhacke entwendet aber das geht Schrebergärten genauso auch wenn sie ein Zaun haben, also es ist kein Schutz.“ (WANGA: P 12)*

Wie dargestellt, hält sich der Vandalismus- und Diebstahl-Konflikt im Vauban in Grenzen, wobei dennoch eine Verbindung zu der großen Zahl an Passant\*innen hergestellt wird. Der offene Charakter der Gärten, ohne Zugangsbeschränkungen, wird aber nicht dafür verantwortlich gemacht. Die Initiative *Essbares Rieselfeld* war schon mehrfach von Vandalismus betroffen.

*„Wir hatten natürlich auch schon, im letzten Jahr nicht, aber im Jahr davor so ein bisschen Vandalismus-Probleme. Wir hatten Kompostbehälter aufgestellt aus Holz, die haben wir dann an der Grillstelle im Stadtteilpark gefunden. Wir haben auch Kontakt mit der Grundschule gehabt, da hatten zwei Klassen ein Schulbeet, als die Kürbisse reif waren, haben das Andere als Fußbälle benutzt, was für die Kinder natürlich sehr frustrierend war als sie da ihre Kürbisschnitzel liegen sahen.“ (ESSRIE: P 24)*

Selbiges berichtet auch die Interviewpartnerin von *Haslach Gärtner*, deren Projekt ebenfalls schon häufiger von Vandalismus betroffen war (HAGÄ: P 6). Zur mutwilligen Zerstörung der Ernte, wie im Fall der Kürbisse im Rieselfeld, kommt hinzu, dass es immer wieder Menschen gibt, welche in den Gärten systematisch abernten (ebd.). Auch dies stellt einen Konflikt zwischen den Gärten und ihrem Umfeld dar. Gleichzeitig erschafft dies eine Art Zwiespalt für die Initiativen, da Sie ja einerseits im öffentlichen Stadtraum präsent und zugänglich für alle Stadtbewohner\*innen sein wollen, andererseits aber frustriert sind, wenn Menschen kommen, die nicht mitgegärtnert haben und großflächig abernten (ESSRIE: P 24).

Zusätzlich ergab sich bei *Haslach Gärtner* zu Beginn ein Konflikt mit den Anwohner\*innen an der Josef-Brandel-Anlage. Die Initiative sah sich Vorwürfen und Falschbehauptungen durch Nachbar\*innen ausgesetzt. Sie kritisierten deren



gärtnerische Tätigkeiten scharf und behaupteten Miteigentümer\*innen am Park zu sein.

*„Und auch die Anwohner kamen am Anfang mit der Beschwerde, das sei ja ihr Park und sie würden da Erbpacht dafür bezahlen und jetzt kommen wir da an als Guerilla Gardeners und zerstören die schöne Fläche des schönen Parks. Ja da haben wir auch nur darüber gelacht.“ (HAGÄ: P 30)*

Ein weiteres Konfliktfeld, welches die gemeinschaftliche Nutzung öffentlicher Grünflächen betrifft, ist die Auseinandersetzung mit Hundehalter\*innen. Diese Problematik tritt auf allen Flächen auf, welche an viel-frequentierten Fußwegen und/oder in Parkanlagen liegen, wie dem *Klimagarten im Dietenbachpark* (KLI GA: P 6), dem *Waldgarten in der Wiehre* (WAL GA: P 42), *Haslach Gärtner* in der Josef-Brandel-Anlage (HAGÄ: P 16), dem *Wandelgarten im Vauban* (WAN GA: P 12) sowie der Initiative *Essbares Rieselfeld* im Stadtteilpark (ESSRIE: P 16). Diesbezüglich gab es in Haslach auch Anfeindungen seitens der Hundehalter\*innen.

*„[...] also der Stadtteilpark ist ein Hundepark, also die kommen alle dahin, um ihren Hund auszuführen, auf diese Wiese und da haben wir uns schon viele Feinde gemacht. Mittlerweile haben wir Akzeptanz gewonnen, aber am Anfang waren es echt ganz viele Anfeindungen - "ich ruf bei der Stadt an" und "wissen die eigentlich was sie da machen" und so.“ (HAGÄ: P 16)*

Die Initiative betont jedoch, dass sie nicht den Hunden den Platz wegnehmen wolle, ein öffentlicher Park jedoch nicht nur für Hunde da sei (ebd.: P 30). Die vorherige „Hundewiese“, auf die auch „Leute von außerhalb anfahren, um dort ihren Hund hinzubringen“ wird nun von *Haslach Gärtner* zu einem Teil bearbeitet, weshalb die Gärtner\*innen sich im Konflikt mit den Hundehalter\*innen sehen (ebd.: P 32). In diesem Jahr haben sie einen Zaun aus Weiden errichtet, welcher dazu führen soll, dass die Hunde nicht durch den Garten „jagen“ (ebd.). Auch die Gärtner\*innen aus dem Rieselfeld wehren sich gegen den Status einer Hundewiese. Dabei kommt auch hier wieder der Wunsch nach einem Zaun auf, wobei sich zunächst durch Obstbaumpflanzungen und damit einhergehender besserer Sichtbarkeit geholfen wurde (ESSRIE: P 16).

Auch im *Waldgarten Wiehre* sieht man einen Konflikt zwischen Urban Gardening und Hundehalter\*inne, welcher bisher noch zu wenig thematisiert werde (WAL GA: P 42). Hierbei geht es um die Pflicht die Hinterlassenschaften der Tiere zu beseitigen.

*„Sie [die Hundehalter\*innen] sind eigentlich angehalten diese Stoffe mitzunehmen, aber was Pinkeln angeht geht dies nicht. Ich muss sagen, dass ich nicht begierig bin Hundepippi zu kosten auf meinem Salat. Da sehe ich schon irgendwie einen Konflikt“ (WAL GA: P 44)*

Bei den Gärtner\*innen des *Klimagartens* ging eine Beschwerde seitens einer Hundehalter\*in ein, welche beklagte, dass sie seit der Garten besteht, ihren gewohnten Weg mit ihrem Hund nicht mehr gehen könne. Die Gärtner\*innen reagierten in diesem Fall sehr deeskalativ und wiesen sie darauf hin, dass im Park genug Platz für alle sei und sie doch bitte weiterhin mit ihrem Hund diesen Weg gehen soll (KLiGA: P. 6).

Der Interviewpartner vom *Waldgarten* sieht die Einbindung der Anwohner\*innen als wichtigen Punkt an, Konflikten mit diesen vorzubeugen. Hierbei ist wichtig, dass man „das ja nicht von irgendjemandem Anderen aufgedrückt“ bekommt (WALGA: P 38). Es sind „idealerweise [...] die Anwohner, die selber tätig sind.“ (ebd.)

#### 5.4.2 Interessenskonflikte mit der Stadtentwicklung

Die Stadt Freiburg und mit ihr die jeweils zuständigen Ämter stellen die wichtigsten Akteur\*innen für die Urban Gardening Initiativen dar. Sie bilden die institutionellen Ansprechpartner\*innen für Urban Gardening Initiativen und sind auch an diesen interessiert, weshalb sie Initiativen mit Flächenwunsch mit offenen Ohren begegnen und die bestehenden Gärten unterstützen. Dies tun sie auch öffentlichkeitswirksam, womit sie u. a. auch Konflikten vorbeugen möchten.

*„An die Stadt heran treten, mit dem Wunsch nach Fläche, das kommt immer vor, denn ständig entstehen ja neue Initiativen in Freiburg. Und die Stadt hat das quasi zu ihrer eigenen Sache gemacht und deswegen gibt es wenig Squatting, eigentlich keines, weil dies das Grünflächenamt einfach so mit übernimmt und damit natürlich in Bahnen lenkt, die der Stadt genehm sind.“ (WALGA: P 30)*

Neben der Unterstützung durch das Gartenamt, kommt es auch immer wieder zu Konfliktlagen und Interessenskonflikten zwischen den Gärten und der Stadt. Wie die, auf Privatflächen angesiedelte, Initiative vom *Wandelgarten* berichtet gibt es in Gärten auf öffentlichem Grund deutlich mehr Probleme als auf privaten Flächen (WANGA: P 18). Dies sind beispielsweise die Regularien, welche die Stadt den Gärten auf ihren Flächen vorschreibt und über die bereits im vorangegangenen Teil „Barrieren“ berichtet wurde. Es ist den Initiativen nicht erlaubt Hütten oder ähnliches zu errichten, weshalb die Gärtner\*innen von den *Freibohnen* Probleme mit der Stadt bekamen, da sie ein „ausgefeiltes System für Tomatenbewässerung entwickelt“ hatten. Zunächst wurde die Entfernung von diesem angeordnet, jedoch konnte bei einem Vor-Ort-Termin das Gartenamt vom Sinn der Anlage überzeugt werden (WANGA: P 18). Auch einfache Dinge, wie Hochbeete sind in vielen Gärten seitens der Stadt, aus

Verkehrssicherheitsaspekten umstritten und führen zu kleineren Konflikten (ebd.).

Wie bereits im Teil zu den Barrieren dargestellt, bergen die intensive Bautätigkeit aufgrund fehlender Wohnungen in Freiburg und der damit einhergehende Trend hin zur intensiven Nach- und Innenverdichtung, Schwierigkeiten und Gefahren für urbane Garteninitiativen. Der Flächendruck in und um Freiburg ist sehr hoch, was auch die Gartenprojekte spüren.

*„Generell bei allen urbanen Gartenflächen hat man natürlich immer die Interessenskonflikte, die bei jeder Bebauung auftreten. Freiburg baut auf Teufel komm raus, verdichtet nach im Innenbereich der Stadt, so dass also jede Baulücke möglichst bald geschlossen wird. Wenn man sieht wie viel Kleingärten platt gemacht werden für Bebauung, wie jetzt beim Bad in Haslach, da sind großflächig Kleingärten verschwunden, wo nicht klar ist wo dieser Trend hingehen soll.“ (WALGA: P 26)*

Der Interviewpartner von der *Waldgarten*-Initiative sieht urbanes Gärtnern hierbei als Zwischennutzung, welche angesichts der großflächigen Bebauung von Kleingartenanlagen den Menschen, allerdings nur vorübergehend, die Möglichkeit bietet zu gärtnern (ebd.). Der Sprecher der Initiative des *Wandelgartens im Vauban* sieht die Konflikte um öffentliche Räume „in Zukunft womöglich sogar stärker werden, wenn dieser Interessenskonflikt zwischen Wohnbebauung und Freiflächen stärker wird, durch den Druck der im Wohnungsmarkt herrscht in Freiburg“ (WANGA: P 18). Hierbei sieht er auch den Zuzug geflüchteter Menschen als konflikttreibender Faktor. Er weist jedoch auf die soziale Verantwortung unserer Gesellschaft hin sowie die Perspektiven, welche sich für die Initiativen des urbanen Gärtnerns hieraus ergeben, wie neue Mitgärtner\*innen. Dennoch sieht er diese Entwicklung als Herausforderung (ebd.). Selbiges bestätigt der Vertreter vom *Waldgarten Wiehre*, welcher den Flächendruck durch den aufkommenden Bedarf an Unterkünften für geflüchtete Menschen als zusätzlich gesteigert betrachtet (WALGA: P 32).

#### 5.4.3 Existentielle Konfliktlagen

Im Zuge der Datenerhebung zur vorliegenden Arbeit kamen bei drei der acht Freiburger Urban Gardening Initiativen aktive, existentielle Konfliktlagen zum Vorschein. Dies betrifft den *Gemeinschaftsgarten Obergrün*, den *Waldgarten Wiehre* sowie *Bambis Beet am Stadttheater*. Diese Gärten stehen im Konflikt mit verschiedenen Akteur\*innen, welche deren Existenz akut bedrohen. Hierbei sind überall Verteilungs- und Machtfragen bezüglich öffentlicher Freiflächen betroffen.

Der *Gemeinschaftsgarten Obergrün* hat seine Fläche im Stadtteil Betzenhausen-Bischofslinde. Das Projekt befindet sich auf Flächen, welche der *Verein Bauernhoftiere für Stadtkinder e. V.* von Privateigentümern gepachtet hat. Auf Teilen dieser Flächen sollen nun Wohnhäuser gebaut werden, was auch den Teil betrifft, wo sich aktuell der Gemeinschaftsgarten befindet. Es handelt sich um eine Nachverdichtung (GEMOB: P 32).

*„[...] der Bebauungsplan ist im Schnellverfahren im Herbst durchgedrückt worden. Der Bürgerverein ist dann ein paar Tage vorher informiert worden und wir sind dann gerade noch zur Sitzung mit hin, aber es soll jetzt geplant werden.“ (ebd.)*

Die Planungen für die Bebauung wurden als beschleunigtes Verfahren durchgeführt. Dies begründet sich in einer bestehenden Baustraße für ein Baugebiet weiter nord-östlich (Tränkematten-Süd), welche für die Bebauung mitgenutzt werden soll, allerdings nur bis 2018 genehmigt ist (GEMOB: P 32). Dieses Schnellverfahren seitens des Baudezernats der Stadt wird insbesondere vom *Bürgerverein Betzenhausen-Bischofslinde* in der BADISCHEN ZEITUNG vom 04.12.2015 als „Hauruck-Planung“ kritisiert. Die 7.000m<sup>2</sup> große Fläche soll mit 20 Wohneinheiten bebaut werden (BZ 2015). Das Baudezernat ist hier die durchführende Instanz seitens der Stadt, welche nach Leitlinien der Nachverdichtung agiert und dieses Gebiet bebauen möchte (GEMOB: P 36). Die Initiative vom *Gemeinschaftsgarten* sowie der *Bürgerverein* wurden dabei laut eigener Aussage sehr kurzfristig informiert (ebd.: P 32). Selbiges berichtet auch der Artikel in der BADISCHEN ZEITUNG (BZ 2015), indem der Bürgerverein dem Baudezernat „Geheimnistuerei“ vorwirft. Man sehe den Verein *Bauernhoftiere für Stadtkinder e. V.* in seiner Existenz bedroht (ebd.)

Für den *Gemeinschaftsgarten Obergrün*, der als Teil des *Vereins Bauernhoftiere für Stadtkinder e. V.* angesehen werden kann, ist es praktisch sicher, dass die bisherige Fläche aufgrund der Bebauung verlassen werden muss (GEMOB: P 34).

Die Initiative hofft auf eine Ausgleichsfläche.

*„Aber jetzt, die Idee vom Verein ist schon, dass man da eine gewisse Position hat, dass man sagen kann, "da war was, wo ist ein Ausgleich möglich?" Genau, vielleicht auch näher am Bach. Der Verein ist auch flexibel, dass wir auf der Fläche, mal sehen, vielleicht auch weiter nach vorne gehen können, aber klar die haben halt auch Tiere, da muss man nochmal genau schauen.“ (GEMOB: P 34)*

Durch die geplante Bebauung und die dadurch drohende Verdrängung ihrer Initiative von ihrer bisherigen Fläche, sieht sich der *Gemeinschaftsgarten Obergrün* als Beteiligter des Konflikts um öffentliche Freiflächen auf dem Gebiet der Stadt Freiburg

(ebd.: P 40). In die Diskussion mit dem Baudezernat gehen die Gärtner\*innen jedoch nicht, da sie sich hier vom *Bürgerverein Betzenhausen-Bischofslinde* sowie vom *Verein Bauernhoftiere für Stadtkinder e. V.* vertreten wissen (ebd.: P 38).

Auch die Initiative vom *Waldgarten Wiehre* sieht sich einem Konflikt gegenüber, welcher ihren aktuellen Standort gefährdet. Beteiligt an diesem ist die untere Naturschutzbehörde, in Form des Umweltamts der Stadt Freiburg, das Gartenamt sowie ein Anwohner. Der Konflikt traf die Initiative im Jahr 2015, inmitten ihrer Entwicklungs- und Planungsphase für die Weiterentwicklung ihres *Waldgartens*.

*„Jetzt hat sich Mitte letzten Jahres herausgestellt, dass das ein Landschaftsschutzgebiet ist, heißt die Stadt hätte uns dort gar keine Fläche geben dürfen. Das heißt, dass wir jetzt noch viel mehr Auflagen bekommen, weil eine Sondergenehmigung für die jetzige Fläche beim Umweltamt erst eingeholt werden muss, der läuft gerade dieser Prozess. Wir hätte von Anfang an diese Erlaubnis erst einmal einholen müssen, die Stadt dann, haben sie aber nicht und uns auch nicht darauf hingewiesen, dass das ein Schutzgebiete betrifft.“*  
(WALGA: P 18)

Wie bereits in der eingehenden Vorstellung (Kapitel 5.1.6, S. 79) ausgeführt, hat die Initiative des *Waldgartens* ihre Fläche einst vom Gartenamt angeboten bekommen. Das Gartenamt hatte jedoch nicht geprüft, ob es sich bei dieser Fläche um ein Landschaftsschutzgebiet handelt, für welches bezüglich eines Gemeinschaftsgartens, eine Sondergenehmigung eingeholt werden müsste. Auf diesen Sachverhalt wurde die Stadt jedoch nicht selbst aufmerksam, sondern durch den Hinweis eines Anwohners. Dieser steht laut des Interviewpartners vom *Wandelgarten*, dem „Projekt sehr kritisch gegenüber“ (WALGA: P 18). Es handelt sich hierbei um einen Naturschützer (ebd.: P 20), welcher Naturschutzbedenken hinsichtlich des Amphibienschutzes hat. Diese würden durch den Garten in ihrer Lebewelt beeinträchtigt (ebd.: P 22). Die Folgen dessen sind strikte Auflagen für den *Waldgarten* seitens der unteren Naturschutzbehörde und des Umweltamtes.

*„Es gibt auch beim Waldgarten am Deucheleweiher Probleme mit der unteren Naturschutzbehörde, [...] wegen der Krötenwanderung, die sich dort behindert fühlt. Ein Weidezaun muss abgerissen werden und Hochbeete dürfen auch gar nicht gebaut werden, weil Kröten können nicht über Hochbeete kriechen. Also gibt es Interessenskonflikte zwischen Naturschutzorganisationen und urbanen Gärten, konkret in diesem Garten [...]“* (WANGA: P 18)

Die Gärtner\*innen vom *Waldgarten* fühlen sich ins falsche Licht gerückt, da sie laut eigener Aussage mit ihrem Garten „die Natur ohnehin schützen und [...] alle Lebewesen als gleichberechtigt ansehen dort zu existieren“ (WALGA: P 20). Sie teilen die Naturschutzbedenken hinsichtlich des Amphibienschutzes nicht, sondern

proklamieren einen integrierten Artenschutz (ebd.). Dies stellt einen gesamtheitlichen Ansatz dar, welcher versucht die Lebewelten aller Tiere und Pflanzen gleichermaßen zu berücksichtigen. Außerdem wird betont, dass die betreffende Fläche zuvor eine Wiesenfläche war, welche maschinell gemäht wurde. Die Gärtner\*innen mähen die Wiese innerhalb ihres Gartens mit der Sense, was von ihnen als deutlich besser für den Amphibienschutz betrachtet wird, als das maschinelle Mähen. Zudem legt die Initiative Reisig-Haufen an, welche beispielsweise als Schutz für Kröten dienen. Auch der im Garten ausgebrachte Mulch sowie anderes organisches Material, stellt insbesondere im Sommer einen feucht-kühlen Zufluchtsort für Amphibien dar (WALGA: P 24). Aus der Beschwerde des Naturschützers entstanden strikte Auflagen seitens der unteren Naturschutzbehörde, deren Folgen für die Waldgärtner\*innen existentiell für die jetzige Fläche sind.

*„Also wir sind aufgrund der zusätzlichen Auflagen und Einschränkungen am Überlegen, ob wir das Konzept Waldgarten überhaupt realisieren können. Wir haben allein schon - Januar, Februar, März, April - vier Monate praktisch Tätigkeitssperre und dann haben wir auch noch Juni, Juli. Das ist fast ein halbes Jahr indem wir keine Veranstaltung, keine Arbeitsaktionen haben dürfen, weil es die Kröten stören könnte. Also da sind schon Überlegungen im Gange ob man nicht eine andere Fläche bekommen kann [...].“ (WALGA: P 52)*

Die Initiative sieht keinen Konflikt der von ihr selbst ausgeht. Dies begründet sie darin, dass sie, wie dargestellt, aktiv integrierten Natur- und Artenschutz betreibt und auch zuträglich für den Amphibienschutz arbeitet. Die Gärtner\*innen betonen, dass daher ihrerseits diesbezüglich kein Konflikt besteht und lediglich die Vorstellungen von Natur- und Artenschutz stark voneinander abweichen (WALGA: P 24).

Den für die Freiburger Stadtbevölkerung wohl sichtbarsten Konflikt bezüglich Urban Gardening gibt es um das Projekt *Bambis Beet* am Stadttheater. Hier hat, wie dargestellt (Kapitel 5.1.8, S. 81), eine Initiative ausgehend vom Theater, im Jahr 2013 die Gestaltung des zentral gelegenen Theatervorplatzes in die eigene Hand genommen. Dies geschah, wie bereits erwähnt, aufgrund der Planungen für eine Neugestaltung von diesem, im Zuge der Bautätigkeiten am gegenüberliegenden Platz der alten Synagoge sowie dem Bau der neuen Stadtbahnstecke Kronenstraße-Rotteckring-Siegesdenkmal, welche das Theater passiert.

Mit den geplanten Umbaumaßnahmen war und sind die Initiative sowie die aktuelle Intendantin des Stadttheaters nicht einverstanden.

*„Der Auslöser war eigentlich ein Plakat vom geplanten Umbau des Platzes an der alten Synagoge, wir nennen es den Theatervorplatz [...]. Und was da geplant*

*war fand ich krass und gerade was vor dem Theater geplant war, das war Wasserwohnen. Das fand ich ein bisschen unangemessen für die Art des Theaters, die heutzutage praktiziert wird, also wir sind keine elitäre Institution, wir sind kein Elfenbeinturm. Das ist ein Ort der Begegnung, das ist ein Ort der Gespräche, des Austausches von Ideen und deshalb wollte ich eine Art Gegenentwurf für die Versiegelung des Platzes, die Versiegelung der Geschichte eigentlich.“ (BABE: P 2)*

Bereits zu Beginn war dieses Gartenprojekt einem Konflikt ausgesetzt und ist praktisch aus diesem heraus entstanden. Dem Projekt wurde vom amtierenden Kulturbürgermeister eine Genehmigung als Zwischennutzung für ein Jahr erteilt (ebd.). In der Bevölkerung sahen einige das Projekt, auch aufgrund seiner exponierten Lage, als sogenanntes „green-washing“ seitens der Stadt Freiburg, wobei die Initiative betont, dass sie bis auf die Genehmigung, keine Verbindungen zu dieser hat. *Bambis Beet* ist daher kein Teil des „Freiburg packt an“-Projekts. Es hat keine Nutzungsvereinbarung mit dem Gartenamt und sieht sich mehr als Kunstprojekt, dessen möglicher Abriss Teil einer Performance im Stadtraum darstellen würde (ebd.). Das Projekt zielt auf die Schaffung öffentlicher Grünfläche in der Innenstadt für alle Stadtbewohner\*innen ab.

*„Das ist auch eine der wenigen konsumfreien Zonen, wo man sich hier wirklich hinsetzen kann und reden, überlegen, lesen. Das wird geliebt von Liebhabern, von Studenten, von Alten aus der Gegend, von Obdachlosen, von Alkoholikern, von allen möglichen, die sitzen zusammen in diesem Garten und das finde ich eigentlich ganz toll. Da gibt es keine Sitzordnung oder so etwas.“ (BABE: P 2)*

Zu Beginn sagten dem Projekt verschiedene Stimmen intensive Konflikte durch Vandalismus voraus, welche bisher nicht eingetreten sind. Das Projekt besteht nunmehr seit drei Jahren und hat sich im Stadtraum etabliert. Dennoch ist es weiterhin von den beschriebenen Umbaumaßnahmen bedroht. Um einen Abriss abzuwenden, versuchten die Gärtner\*innen bereits das Holz der Hochbeete durch restaurierte Steine aus der Universität und dem Theater zu ersetzen. Dies hätte bezüglich der Haltbarkeit sowie der Ästhetik der Anlage Vorteile, wurde jedoch seitens der Stadt nicht genehmigt. Die Gärtner\*innen kämpfen um den Erhalt des Gartens, sind sich jedoch auch dem drohenden Abriss bewusst. Ein solcher könnte womöglich von großer politischer Brisanz sein.

*„Dann gibt es auch Leute innerhalb des Kultursenats oder wie das heißt, Kulturausschuss, die finden das auch unmöglich, aber aus anderen Gründen. Also die finden es auch ästhetisch schwierig und es werden Millionen ausgegeben für Planungen, für Versiegelung und hier ist es tatsächlich umsonst. Wir schreiben hier und da mal einen Antrag um das Holz immer wieder neu zu*

*kaufen, aber das sind wirklich Beträge von 700 Euro pro Jahr, maximal, um Equipment zu kaufen oder Erde oder ab und zu eine neue Pflanze. Und das wird unglaublich gut angenommen von den Menschen und da treffen die auf ganz viel Widerstand.“ (BABE: P 18)*

Diesbezüglich betont die Initiative, dass die Stadt Freiburg angesichts der umstrittenen Planungen für den Platz der alten Synagoge in einer schwierigen Situation ist. Insbesondere die Kosten, welche für die Versiegelung dieses Platzes aufkommen, stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten, welche durch ein Urban Gardening Projekt entstehen. Während der Garten von einem Großteil der Stadtbevölkerung als Bereicherung angesehen wird, gilt die Neugestaltung des Platzes als umstritten. Zusätzlich hat eine öffentliche Gartenfläche, insbesondere im Sommer, deutliche Vorteile gegenüber einer urbanen Hitzeinsel in Form eines versiegelten Platzes.

*„Und das Problem letztendlich ist, dass die [die Stadt Freiburg] total scheiße aussehen, wenn das fertig ist und die Rechnung da ist, Millionen gegenüber 700 Euro. Und das wird besser angenommen als das was da drüben ist, hier hat man Schatten, hier ist es kühler wegen den Pflanzen und da ist einfach unglaublich heiß wegen der Versteinung, der Versiegelung [...]. Und jetzt wollen sie, dass die Architekten einen neuen Entwurf machen, welcher das eben auch einbindet, möglicherweise als Urban Gardening, möglicherweise als etwas anderes, niemand hat eine Ahnung.“ (BABE: P 18)*

Es wird also ersichtlich, dass diese Entwicklung nicht spurlos an den Verantwortlichen der Stadt Freiburg vorbei gehen. Eine Erwägung ist daher, Urban Gardening in die Platzgestaltung einzubeziehen. Dies wäre ein Erfolg für die Garten-Initiative von *Bambis Beet*. Die Stadt Freiburg befindet sich diesbezüglich in einem Zwiespalt, da sie einerseits mit Protesten und Imageverlust bei einem Abriss rechnen muss, andererseits ist es aus stadtpolitischer Sicht auch schwierig die Theater-Gärtner\*innen einfach gewähren zu lassen, denn: Der Garten vor dem Stadttheater hat innerhalb der Stadtbevölkerung nicht nur Unterstützer. Der Interviewpartner der Initiative des *Waldgartens* Wiehre sieht hier Interessensgegensätze bezüglich urbaner Gärten.

*„Aber nichtsdestotrotz, es gibt eben Interessensgegensätze und auch Gemeinschaftsprobleme werden immer wieder einfließen. Und natürlich dann die linke Fraktion, die es gern farbenfroh will. Für eine „green-city“ ist das eine Aufwertung sowas, in meinen Augen, aber es gibt offensichtlich Menschen für die ist das einfach "Dreck", "weg damit", "das will ich nicht sehen, wenn ich ins Theater gehe". Das gibt es auch. Das ist eine nicht exakt zu benennende Gruppe.“ (WALGA: P 26)*

Auch das Theater spürt diesbezügliche Ressentiments, beispielsweise seitens einiger Abonnenten, die den Garten als „Unkrautschande“ bezeichnen (BABE: P 18). Die Urban Gardening Expertin von der Initiative *Essbares Rieselfeld* betrachtet *Bambis*



*Beet* als notwendigen „Aufbrecher“, in welchem sie das notwendige Potential sieht, in den Köpfen der Stadtgesellschaft etwas zu verändern und die „Schnuckelstadt“ Freiburg aus der Reserve zu locken. Die urbanen Gärten sollen daher auch explizit die Stadtgesellschaft zum Diskurs herausfordern.

*„Deswegen finde ich den Garten am Theater total super, der ist so ein „Aufbrecher“, der ist so da und der löst vielleicht auch in den Köpfen etwas aus. Und ich habe auch Kontakt zur älteren Generation und selbst wenn die sagt, "unmöglich", dann kommt man über "unmöglich" ins Gespräch. Ja, da kommt dann, "das kann man doch nicht machen, da gehören schöne Blumenrabatten hin, wie stellt sich Freiburg dar?" Aber selbst da kommt man dann ins Gespräch über ja, "wir sollen eine grüne Stadt sein", "das geht jetzt nicht aus der Not heraus, sondern weil man sagt, wie kann man mit solchen Flächen umgehen". (ESSRIE: P 36)*

Dies zeigt, dass es bei einem so exponierten Projekt, wie *Bambis Beet* nicht nur um den Fortbestand eines einzelnen Gartens geht. Es geht um das Aushandeln gesellschaftlicher Meinungen darüber, was öffentlicher Raum in Freiburg sein kann und sein darf. Um *Bambis Beet* gibt es wohl den sichtbarsten und interessantesten Konflikt bezüglich öffentlicher Grünflächen in Freiburg. An diesem ist die Initiative selbst, das Stadttheater, die Stadtpolitik, die Stadtbevölkerung sowie die Gemeinschaft der Urban Gardening Initiativen beteiligt.

Unter dem Titel „*Bambis Beet* soll bleiben – Für den Erhalt des Gemeinschaftsgartens am Theatervorplatz“ wurde am 05.07.2016 eine Petition gestartet, welche bis zum 04.10.2016 von möglichst vielen Freiburger\*innen sowie externen Unterstützer\*innen unterschrieben werden soll. In ihr werden die Vorteile des Erhalts dieses öffentlichen Gartens aufgeführt. Sie wird nach dem Erreichen des Quorums von 2.400 Unterschriften an den amtierenden Freiburger Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon übergeben, welcher dann um eine Stellungnahme zur Sachlage gebeten wird (OPENPETITION 2016). Laut des Interviewpartners gilt eine Petition seitens seiner Initiative als eine der letzten Maßnahmen bevor der Garten abgerissen werden soll:

*„Wenn die Stadt das platt macht ist das bestimmt eine lustige Headline, das kann ich mir vorstellen, dann kommt eine Petition.“ (BaBe: P 18)*

Aus Sicht einer handlungsorientierten, kritischen Konfliktforschung bieten die dargestellten Konflikte eine ergiebige Analyseperspektive für die spätere Auswertung der Ergebnisse. Es muss hierbei noch einmal betont werden, dass nicht alle Konfliktlagen seitens der Expert\*innen als Konflikte benannt, sondern seitens der qualitativen Auswertung als solche interpretiert wurden. Es wurden mit der Darstellung der Barrieren und Konflikte die Schwierigkeiten benannt, mit welchen

die untersuchten Urban Gardening Initiativen in Freiburg konfrontiert sind. Nun sollen, auf Basis der von den Gärtner\*innen geschilderten Potentiale und Perspektiven, mögliche Entwicklungschancen für urbanes Gärtnern in Freiburg aufgezeigt werden.

## 5.5 Potentiale

Hinsichtlich der Potentiale urbaner Garteninitiativen im Allgemeinen sowie explizit in Freiburg gab es seitens der interviewten Expert\*innen eine große Vielfalt an Nennungen, welche häufig Überschneidungen aufweisen. Es wird nun versucht systematisch vorzugehen, Bezüge zu schaffen und gleichzeitig Themen abzugrenzen. Hierbei wird aufgrund der besseren Lesbarkeit in ökologische, soziale und flächenrelevante Potentiale gegliedert. Es sind jedoch zwischen den drei Punkten vielfältige Schnittstellen vorhanden. Insbesondere die flächenrelevanten Potentiale haben allesamt auch soziale und/oder ökologische Komponenten.

Zunächst muss betont werden, dass eine der Schnittstellen der untersuchten Freiburger Urban Gardening Initiativen das politische Potential ist. Gespeist aus den vielfältigen Motivationen sich dem urbanen Gärtnern zu widmen, bildet dies eine allgegenwärtige Komponente der gärtnerischen Tätigkeit. Die im Folgenden aufgezeigten Potentiale, welche aus den Aussagen der Expert\*innen hervorgehen, beziehen sich zum großen Teil auch auf politische Sichten und Motivationen. Der Interviewpartner von *Bambis Beet* misst beispielsweise der Thematisierung global-politischer Themen in einem Garten mehr Bedeutung zu, als kommunal-politischen Spannungsfeldern.

*„Und da gibt es so viele Dinge die wirklich wesentlich sind, Saatgutmonopolie, das finde ich das krasseste Thema überhaupt, was die politische Themen eines solchen Gartens angeht, mehr als städtische Entwicklung oder public use of Brachflächen.“ (BABE: P 32)*

Die Gesprächspartnerin vom *Klimagarten* sieht die Gartengruppe als politische „bottom-up“ Bewegung aus der Bürgerschaft an, welche revolutionären Charakter besitzt. Auch dies zeugt vom politischen Potential der Gärten.

*„Wir sind eine kleine Graswurzelrevolution könnte man sagen, im wörtlichen Sinne und im übertragenen Sinne. (KLIGA: P 60)“*

### 5.5.1 Ökologische Potentiale

Der Großteil der Freiburger Urban Gardening Initiativen versucht nach den Grundsätzen der Permakultur (Kapitel 2.3.3, S. 40) vorzugehen oder beschäftigt sich mit der Aneignung dieser Methoden (HAGÄ: P 6). Die Potentiale, welche diese Methode für die Gärtner\*innen bietet sind vielfältig. Ein Permakultur-Garten muss, richtig angelegt, kaum gegossen werden, was eine erhebliche Arbeitsentlastung für die Ehrenamtlichen bedeutet (HAGÄ: P 14). Der Interviewpartner des *Wandelgartens* sieht im Permakultur-Garten eine „Idee um diese alteingesessenen Garten- und Forstwirtschaftlichen- oder Schrebergartenideen zu verändern, in eine andere Art des Gärtnerns, größere Vielfalt, mehr Sortenvielfalt, verschiedene Anbauformen“ (WANGA: P 12). Damit wären fast alle wesentlichen ökologischen Potentiale der Permakultur genannt.

Ein weiteres Potential der Permakultur ist die Produktion von eigenem Humus. Dies stellt ein zentrales Problem urbaner Gärten dar, da sie häufig von externen Humuslieferungen abhängig sind. Der *Wandelgarten* im Vauban beschreitet hier neue Wege und produziert einen Teil seines Humus selbst, mithilfe einer Wurmfarm. Die Gärtner\*innen haben eine Anlage gebaut, in welcher Kompostwürmer (lat. *Eisenia Fetidia*) auf kleinem Raum aus Kompostabfällen, Bio-Dünger für den Garten produzieren. In drei Paletten-Container wurden so innerhalb eines Jahres 1,6m<sup>3</sup> Humus produziert, welchen die Initiative für ihren Garten nutzt (WANGA: P 46-48).

Das Gärtnern nach Grundsätzen der Permakultur versucht die natürlichen Zustände der Natur nachzuahmen. Dies wirkt sich positiv auf die Biodiversität betreffender Gärten aus. Auch ohne strikte Anwendung permakultureller Maßnahmen trägt städtisches Gärtnern zu einer gesteigerten urbanen Artenvielfalt bei. Die gesteigerte Biodiversität wird auch seitens der Gärtner\*innen als Potential benannt (FREIBOH: P 57). Der Interviewpartner des *Waldgartens* fordert diesbezüglich auch eine effektivere Potentialausnutzung seitens der Stadt, welche in ihrer gärtnerischen Tätigkeit mehr auf heimische Arten als auf Exoten setzen sollte und gleichzeitig auf solche, die einen Obst- und Gemüse Ertrag erbringen können (WALGA: P 42). Dies bietet hinsichtlich der Potentiale urbanen Gärtnerns eine Schnittstelle, da das Potential einer gesteigerten Biodiversität in Form vom Anbau einer größeren Nutzpflanzenvielfalt, auch das ökonomische Potential einer Stadt steigert, Nahrungsmittel selbst anzubauen.

## 5.5.2 Ökonomische Potentiale

Im Kontext urbaner Landwirtschaft, wozu auch Urban Gardening im weitesten Sinne zu zählen ist, wird häufig über kommunale Ernährungssysteme und die Möglichkeiten einer Stadt, sich selbst mit Gemüse und Obst zu versorgen, diskutiert. Auch die Gärtner\*innen in Freiburg machen sich über das Potential der (Teil-)Autarkie mit Hilfe urbaner Gärten, Gedanken.

*„Da [bei der Bepflanzung öffentlicher Räume] wird ziemlich viel verschenkt an möglicher Autarkie oder Teil-Autarkie, eine Stadt wird niemals autark. Oder die Begrünung mit Nutzpflanzen eben, Kletterpflanzen. Oder diese Blühstreifen die jetzt in ganz Freiburg angelegt werden, da könnte man genauso gut ein attraktiven Gemüsestreifen sähen. Die Blumen können ruhig bleiben, aber es gibt so etwas das sich "edible landscaping" nennt wo man eben sowohl ästhetisch wie nutzbar, also Beet-Bepflanzungen mit Gemüsen und Kräutern vornimmt.“ (WALGA: P 42)*

Nutzpflanzen im öffentlichen Raum bedeuten jedoch auch einen deutlich höheren Aufwand für die zuständigen Stadtgärtnereien (ebd.). Zusätzlich hält in Städten wie Freiburg, der hohe Flächendruck sowie die ebenfalls unter Barrieren (Kapitel 5.3, S. 85) dargestellten Bedenken bezüglich der Verkehrssicherheit, die Städte davon ab, dieses ökonomische Potential urbaner Landwirtschaft auszuschöpfen.

Ein weiteres ökonomisches Potential ist sicherlich der Beitrag, den Urban Gardening zum Image einer Stadt leistet. Besonders in der sogenannten „Green City Freiburg“ (Kapitel 3.2, S. 52) ist dies von Belang. Die Interviewpartner von *Bambis Beet* sowie vom *Wandelgarten* im Vauban thematisieren dies. Ersterer berichtet über Stadtführungen, welche den Garten vor dem Stadttheater als den „urban gardens Freiburgs“ bezeichnen (BABE: P 20). Der *Wandelgarten* wurde mittlerweile in das Tourismuskonzept des Vaubans integriert und mit einer diesbezüglichen Informationstafel ausgestattet.

*„es steht ja sogar auf diesen, im letzten Jahr erst aufgestellten Tafeln, als ein eigenes Projekt, [...] und damit kann jeder der 10.000 Besuchern des Vauban, wir haben ja sehr viele Leute von außen, auch sehen, dass es ein eigenständiges Projekt ist, dass auf der Tafel dort verzeichnet ist und damit auch respektiert wird von der Stadtverwaltung und diesem Tourismusförderungsinstitut. Die fanden das also auch gut, sonst hätten sie uns da nicht drauf geschrieben.“ (WANGA: P 16)*

Es wird also ersichtlich, dass die Stadt Freiburg dieses ökonomische Potential bereits nutzt. Die Urban Gardening Initiativen werden angeführt um das Green City Image der Stadt weiter zu stärken. Der Hinweis auf die gärtnerischen Aktivitäten der

Quartiersbewohner\*innen scheint insbesondere im Quartier Vauban wichtig. Dieses wird vor allem von Tourist\*innen besucht, welche u. a. aufgrund des grünen Images die Stadt Freiburg als Urlaubsziel ausgewählt haben.

### 5.5.3 Soziale Potentiale

Das bereits angeschnittene Thema Ernährung beinhaltet für die Initiativen auch eine soziale Motivation und zwar hinsichtlich der Bewusstseinsbildung (HAGÄ: P 34). Ein Bewusstsein für seine Ernährung und für Nahrungsproduktion im Allgemeinen zu entwickeln wird an dieser Stelle als Teil der Umweltbildung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung angesehen und wird daher unter sozialen Potentialen aufgeführt (FREIBOH: P 55). Die öffentliche Komponente von Gemeinschaftsgärten und die damit verbundene Sichtbarkeit tragen zur direkten Kommunikation dieser Anregung zur Bewusstseinsbildung bei (ESSRIE: P 50).

Diese Bewusstseinsbildung ist eng verknüpft mit dem Potential der Umweltbildung durch die Garteninitiativen. Diese wird zwar bereits bewusst praktiziert, könnte aber laut der Initiativen noch weiter vertieft werden. Sie richtet sich einerseits an die Gesellschaft aber in besonderem Maße an Kinder- und Jugendgruppen.

*„Ich denke, dass es vor allem ein Bildungsaspekt ist und auch eine Möglichkeit wäre das Thema Ernährung in den Fokus zu stellen, was jetzt hier und da passiert aber jetzt doch noch ein Potential ist eher. Wenn sich Leute in einem Garten engagieren, dass sie wissen woher ihr Essen kommt, dass es nicht aus einem Garten kommt, weil das geht in der Stadt nicht, aber dass man sich dann umschaute ob man nicht doch eine regionale Nahversorgung haben kann, im Bereich des Gemüses beispielsweise. Also da ein Bewusstsein zu schaffen [...].“*  
(FREIBOH: P 55)

Hierbei ist vielen Gärtner\*innen besonders die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen „im städtischem Raum wichtig, weil es weg ist, von dort wo es eine Gärtnerei und Anbaufläche gibt und man mehr so in seinem Quartier lebt (ESSRIE: P 50). In Gemeinschaftsgärten haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zu erfahren von wo unsere Nahrung stammt, beispielsweise, dass „Ketchup [...] nicht nur aus der Tube“ kommt (ebd.) und Nahrung nicht direkt aus dem Discounter (HAGÄ: P 44).

Dieses Potential wird laut den Freiburger Garten Initiativen noch zu wenig genutzt. Insbesondere die mangelnde oder mittlerweile bereits wieder eingestellte Kooperation mit Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Kindertagesstätten wird bemängelt (GEMOB: P 66; HAGÄ: P 2). Als positives Beispiel wird hier das Gartenamt genannt,

welches im *Klimagarten* im Dietenbachpark in den Sommerferien ein Umweltbildungsprogramm für Kinder anbietet (KLiGA: P 48).

Während dieses Bildungspotential trotz Anstrengungen seitens der Garteninitiativen, (ebd.) von den Institutionen nur sehr sporadisch genutzt wird, bleibt auch das Potential der Kooperation mit Alten- und Pflegeeinrichtungen wenig genutzt. Lediglich bei der Initiative im Rieselfeld gab es Kooperationen mit einer Gruppe von Rollstuhlfahrer\*innen aus einem Wohnheim der Arbeiterwohlfahrt. Zusätzlich gibt es in diesem Garten eine Therapeutin, die dort mit psychisch erkrankten Menschen gärtner (ESSRIE: P 30). Die Initiative von *Haslach Gärtner* könnte sich Kooperationen dieser Art sehr gut vorstellen und stieß bei Trägern und Einrichtungen auch auf Interesse. Diese wurden jedoch weder weiter aktiv, noch nahmen sie überhaupt Kontakt zum Garten auf (HAGÄ: P 2).

Dabei hat urbanes Gärtnern nicht nur soziales Potential hinsichtlich der Umwelt- und Bewusstseinsbildung, sondern auch für die Steigerung und den Erhalt der körperlichen Gesundheit der Stadtbewohner\*innen. Dies betonen insbesondere die Interviewpartner\*innen vom *Klimagarten* (KLiGA: P 59). Auch aus Sicht der modernen Arbeits- und Wohnzustände hat Urban Gardening großes Potential, einen Ausgleich zum körperlich monotonen Büro-Job zu schaffen.

*„Und dieses Wohnen in Großstädten, wo man nur noch am Computer sitzt oder in seiner Wohnung, der Wunsch rauszugehen und nicht nur spazieren zu gehen, sondern etwas Nützliches zu tun, sich mit anderen zu treffen in informeller Form, ist einfach ein menschliches Grundbedürfnis seit tausenden von Jahren. Und die Vereinzelung ist so, dass manche einfach darunter leiden und wenn sie Angebote bekommen in ihrer unmittelbaren Umgebung, ich glaube das ist das Wichtige, dass man nicht irgendwo was macht draußen auf dem Land.“ (WanGa: P 22)*

Hier zeigt sich ein Schnittpunkt zwischen den physischen und psychischen Gesundheitspotentialen urbanen Gärtnerns sowie den sozial-gemeinschaftlichen.

Alle untersuchten Initiativen bezeichnen sich als offene Räume an denen ausdrücklich alle Stadtbewohner\*innen willkommen sind. Wie bereits unter „Barrieren“ dargestellt wünschen sich die meisten Initiativen deutlich mehr Zulauf und größeres Engagement seitens der Quartiersbevölkerung. Die Initiative aus dem *Klimagarten* fügt hierzu an, „das typische auch an diesen offenen Gärten, dass wir sehr oft mit Leuten ins Gespräch kommen und dann eben die Gelegenheit haben denen unsere Prinzipien zu erklären [...]“ (KLiGA: P 55). Hierbei schließt sich der Kreis zwischen dem Gemeinschafts-Potential und dem Potential Bewusstsein für ernährungs- und

umweltpolitische Fragen zu schaffen. Auch der Garten als Gegenentwurf zur gängigen Freiraumplanung funktioniert nur als solcher, „wenn die Gemeinschaft funktioniert“ (BABE: 18). Das Potential der Gemeinschaft ist daher existentiell für einen offenen Garten, der offene Garten ist aber im Umkehrschluss auch existentiell für die offene Gemeinschaft. Die Gärtner\*innen der Initiative des *Klimagartens* berichten, dass auch Menschen in ihren Garten kommen, die nicht am mitgärtnern, sondern lediglich an der Kommunikation interessiert sind. Der Garten wird so auch zu einem „Mittelpunkt“ in einem Quartier, wo freier Austausch stattfindet (KLIGA: P 50). Hierbei ist das von zwei Initiativen genannte Paradigma der „kurzen Wege“ von großem Belang, was nicht zu vernachlässigen ist, wenn es darum geht möglichst viele Menschen aus einem Quartier einzubinden (ESSRIE: P 12; WANGA: P22; WALGA: P 38).

Auch die Arbeit mit geflüchteten Menschen wird von zwei Initiativen als Potential benannt, welches von den Freiburger urbanen Gärten bereits bearbeitet wird. Der *Klimagarten im Dietenbachpark* hat hierbei schon mehrere Kontakte zu Menschen mit Fluchthintergrund aus der Umgebung geknüpft (KLIGA: P 67; P 104). Beim *Wandelgarten* im Vauban gibt es konkrete Planungen für den Bau eines Wohngebäudes für Menschen mit Fluchterfahrung in direkter Nachbarschaft. Die Initiative sieht hierin ein positives Potential sowie „eine Form von Integration mit Flüchtlingen zusammenzuarbeiten, die einen kurzen Weg haben“ (WANGA: P 18). Insbesondere die große Zahl an neuen Nachbar\*innen wird jedoch auch als Herausforderung gesehen. Gleichzeitig gibt es bei manchen Mitgärtner\*innen Bedenken, dass sie „eine ganz andere Art von gärtnerischer Nutzung bekommen werden, weil andere Bedürfnisse da sind, nach Anbau von Nahrungsmittel statt Schönheit“ (ebd.). Der *Gemeinschaftsgarten Obergrün* wurde bezüglich der Einbeziehung Geflüchteter noch nicht aktiv, sieht aber großes Potential diese Menschen in die Arbeit im Garten einzubeziehen.

*„Also was ja die anderen Gärten angefangen hatten ist, dass sie mit Flüchtenden so ein bisschen einen Leitfaden an die Stadt gereicht hatten. Das finde ich eine gute Idee. Also da wäre schon glaube ich so mehr Potential und man könnte auch Druck auf die Stadt, zu sagen, "wir bieten aktiv etwas an, wir brauchen mehr Flächen auf städtischen Grünflächen wo man so etwas anbietet, weil es dann doch in dem Wohnheim zu eng wird, weil die Flächen nicht da sind". Das wäre schon ein Potential was man nutzen könnte.“ (GEMOB: P 48)*

Wie vom Gesprächspartner dargestellt würden für diese Arbeit womöglich weitere Flächen benötigt. Diese sollten seiner Meinung nach seitens der Stadt bereitgestellt

werden. An dieser Stelle überschneiden sich die sozialen Potentiale des Urban Gardening mit flächenbezogenen Potentialen.

#### 5.5.4 Flächenbezogene Potentiale

Wie zu Ende des vorausgegangenen Analyse-Teils bereits genannt, wird auch der Versuch einer umfassende Miteinbeziehung geflüchteter Menschen in Urban Gardening Projekte als soziales Potential dieser betrachtet. Hierbei schließt sich ein flächenrelevantes Potential an, welches der Experte des Gemeinschaftsgartens *Obergrün* im letztgenannten Zitat benannte (GEMOB: P 48). Dabei kann es sich einerseits um Erweiterungen bestehender Flächen handeln oder auch um neue Flächen. Diese können beispielsweise in Nachbarschaft zu den Unterkünften der Geflüchteten liegen, denn wie bereits erwähnt, sind kurze Wege ein wichtiges Kriterium bezüglich des Engagements der Gärtner\*innen (WANGA: P 18).

Auch in der intensiveren gärtnerischen Nutzung von Privatgärten wird ein Potential für Urban Gardening gesehen. Insbesondere beim Anbau von Nutzpflanzen wird hier von städtischer Seite mehr Initiative gefordert (ESSRIE: P 36). Doch nicht nur dort wo Raum für einen Garten ist, sehen die befragten Expert\*innen Potential für urbanes Gärtnern, auch Balkon- und Dachgärten bergen in Freiburg laut der Interviewaussagen weiteres Potential mit Gemüse und/oder Obst bepflanzt zu werden. Zusätzlich können dadurch noch mehr Menschen für das Thema Gärtnern und ein diesbezügliches Bewusstsein begeistert werden (FREIBOH: P 69; BABE: P 34).

Auch die Universität besitzt in Freiburg vielfältige potentielle Gartenflächen. Sei es nun an und auf den Instituten, Einrichtungen, Verwaltungs- und Hörsaalgebäuden selbst oder den Wohnheimen des Studentenwerks. Die Interviewpartner\*innen der *Wandelgarten*-Initiative sowie des *Gemeinschaftsgartens Obergrün* sehen an Wohnheimen großes Potential weitere Gärten anzulegen, wobei hierzu zunächst eine motivierte Bewohner\*innen-Gruppe gefunden und mit den zuständigen Hausmeistern kommuniziert werden müsste (WANGA: P 14; GEMOB: P 60). Ein mögliches Beispiel hierfür wäre in der Studentensiedlung am Seepark im Stadtteil Betzenhausen (ebd.). Auch laut der Initiative *Essbares Rieselfeld* hat die Universität selbst, auf Dächern und vor ihren Gebäuden, viel Flächenpotential für urbanes Gärtnern (ESSRIE: P 40).

Ein weiteres Potential der Flächen urbaner Gemeinschaftsgärten, welches vom Interviewpartner von *Bambis Beet* angesprochen wird, ist die Schaffung von



„Commons“ (BABE: P 32). In diesem Fall „Green Urban Commons“, grüne städtische Gemeingüter (Kapitel 2.3.6, S. 46). Dies bedeutet, dass öffentliche Gemeinschaftsgärten Allgemeingüter darstellen, welche unter den Mitglieder\*innen einer Gesellschaft solidarisch geteilt werden. Dieses Potential ist einerseits flächenrelevant, da der geschaffene Raum die Grundlage vom diesem ist. Es stellt aber im Fall urbaner Gemeinschaftsgärten auch ein sozial-ökologisches Potential dar, da die Gärten einen Freiraum für alle Gesellschaftsmitglieder\*innen schaffen sollen (BABE: P .2).

Ein weiteres Potential von Urban Gardening ist seine potentielle Funktion als Ausgleichsflächen in Form von Ersatzmaßnahmen für Bauprojekte. Dies wird im Forschungsstand dieser Arbeit aufgrund einer Nennung in der Literatur bereits erläutert (Kapitel 2.3.6, S. 46), findet aber auch Erwähnung im Interview mit der Initiative vom *Waldgarten* Wiehre. Zunächst wird hier Bezug auf die Problematik der Ausgleichsflächen genommen, welche für Bautätigkeiten gefunden werden müssen und den Flächendruck im ländlichen wie städtischen Raum weiter verschärfen. Der Anspruch der Menschen auf Freiraum ist hierdurch gefährdet, wobei Urban Gardening als Zwischennutzung Potential besitzt diesen Anspruch zumindest übergangsweise zu mindern (WALGA: P 26). Im Verlauf des Gesprächs greift der Interviewer das Thema erneut auf und fragt den Experten, ob er sich auch Urban Gardening Projekte als mögliche Ausgleichsflächen für Bebauungen vorstellen könnte und ob er hierin ein Potential sehe (WALGA: P 33). In seine Antwort schließt dieser diese Option nicht aus.

*„Das ist jetzt eine interessante Frage. Ich bin der Meinung, dass es in der Stadt keine Naturflächen, sondern nur Kulturlflächen gibt, sonst wäre es keine Stadt. [...] Das ist mal die eine Sache und die andere Sache ist die, dass eben der Naturschutz den Naturbegriff anstrebt und nicht realisiert, dass die Wirklichkeit ist, dass es in Deutschland eigentlich nur Kulturlandschaften gibt. Deswegen bin ich der Ansicht, ja, das wäre möglich, wenn man es allgemein betrachtet, wenn es jedoch um spezifische Arten geht ist es nicht möglich.“ (WALGA: P 34)*

Eine solche Regelung müsste gesetzlich festgelegt werden und würde ein tiefgreifendes Umdenken im Umweltschutz benötigen. Gleichzeitig würde es eine große Perspektive für Urban Gardening Projekte und urban-ökologische Landwirtschaft im Allgemeinen schaffen. Die Einschätzungen bezüglich der Perspektiven der befragten Projekte und von Urban Gardening in Freiburg im Allgemeinen werden im Folgenden dargestellt.

## 5.6 Perspektiven

Dieses Unterkapitel bildet die abschließende Analyse-Einheit der vorliegenden Arbeit. Wie auch schon im Titel angeklungen, sollen die Perspektiven für Urban Gardening in Freiburg dargestellt werden. Zunächst muss hierbei betont werden, dass auch die zuvor beschriebenen Potentiale, Perspektiven unterstützen und potentielle neue Perspektiven eröffnen können. Barrieren und Konflikte schränken die Perspektiven zunächst ein, können die Gärtner\*innen aber auch zu innovativen Lösungen „drängen“ und so zu neuen Perspektiven führen. Im Folgenden wird zunächst eine Abschätzung für jede untersuchte Initiative durchgeführt, bevor auf die allgemeinen Perspektiven für Urban Gardening in Freiburg eingegangen wird.

### 5.6.1 Entwicklungsperspektiven der befragten Initiativen

Im *Wandelgarten* im Vauban ist die Stimmung bezüglich der eigenen Entwicklungsperspektive sehr positiv. Gründe hierfür sind die gute Zusammenarbeit mit dem Gartenamt, der Nachbarschaft, der Quartiersarbeit sowie dem Verein für Autofreies Wohnen e. V., welcher der Initiative die Fläche zur Verfügung stellt (WANGA: P 18). Des Weiteren gibt es für die Initiative Entwicklungsperspektiven in Form mehrerer potentieller Flächen im Quartier, welche auch von außen an die Gärtner\*innen heran getragen wurden (ebd.: P 32; P 34; P 36). Diskutiert wird aktuell eine Kooperation mit dem benachbarten Kinder-Abenteuer-Hof, wo ein Garten für Kinder und Menschen mit Behinderung angelegt werden soll. Hier könnte der Garten auf einer Fläche von 3.500m<sup>2</sup> beratend tätig werden (ebd.: P 30). Auch der Bau von innovativen Wohneinheiten für geflüchtete Menschen im Stadtteil Vauban sowie der Versuch der Einbeziehung dieser Menschen in gemeinschaftsgärtnerische Tätigkeiten stellt für die Initiative eine spannende Perspektive dar (ebd.: P 28).

Im kontinuierlichen Wachstum sieht der Interviewpartner der *Freibohnen* in St. Georgen das Entwicklungspotential seiner Initiative (FREIBOH: P 63). „Ein Beet mehr pro Jahr“ lautet dabei das Ziel sowie die vollständige Bepflanzung dieser Beete (ebd.: P 61). Gleichzeitig will man noch mehr auf die Ästhetik des Gartens wertlegen sowie die Kommunikation von Zielen, Motivationen und Informationen über die Bepflanzungen verbessern. Auch soziale Aspekte sollen mehr in den Mittelpunkt gerückt werden, da man „gruppenmäßig das Ganze mehr stabilisieren“ möchte (ebd.).

Beim *Essbaren Rieselfeld* trägt ein Kern an lokal-gebundenen Aktiven „die Beständigkeit“ des Projekts und sorgt für eine gute Einschätzung der Perspektive. Dies gleicht aus, dass vor allem unter jüngeren Menschen und Familien aus beruflichen wie zeitlichen Gründen in vielen Fällen ein „Kommen und Gehen“ herrscht (ESSRIE: P 42). Perspektivisch würde sich die Initiative mehr Verknüpfungen mit Schulen sowie Kindergärten wünschen, um das Thema Umweltbildung in und mit ihrem Garten weiter voran zu treiben (ESSRIE: P 50).

Die Perspektiven im *Gemeinschaftsgarten Obergrün* sind weniger vielversprechend. Die dargestellte Bedrohung des Gartens durch eine Wohnbebauung bedeutet mit großer Wahrscheinlichkeit das Ende des Gartens auf der jetzigen Fläche. Seitens des Vereins Bauernhöfe für Stadtkinder e. V. dessen Fläche das Projekt nutzt, gibt es jedoch Bestrebungen eine Ausgleichsfläche für die Gärtner\*innen im Umfeld des bisherigen Gartens zu finden. Dabei wird jedoch die Tierhaltung des Vereins Vorrang haben (GEMOB: 34). Über eine mögliche Verlegung auf umliegende städtische Grünflächen hat sich die Initiative noch keine Gedanken gemacht (GEMOB: P 60).

Der *Klimagarten* im Dietenbachpark sieht sich und die anderen Gärten, wie bereits dargestellt, als „Graswurzelrevolution“ (KLIGA: P 60). Solche „bottom-up“ Bewegungen möchten naturgemäß für einschneidende Veränderungen sorgen und somit perspektivisch lange Bestand haben. Die Gärtner\*innen der Initiative planen keine Erweiterungen, da dies rein körperlich nicht zu schaffen wäre. Sie sind zufrieden die bestehende Flächen bestellen zu können (ebd.: P 62). Insgesamt sieht sich die Initiative perspektivisch mehr in einem Gesamtkontext, als nötiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz sowie als Beispiel für eine Möglichkeit der CO<sub>2</sub>-neutralen Freizeitgestaltung (ebd.: P 95).

Laut des Interviewpartners vom *Waldgarten Wiehre*, befindet sich dieser aktuell eigentlich noch im „Säuglingsstatus“, „da hier in Dauer eines Obstbaumlebens gerechnet wird und das sind 60 Jahre beim Apfelhochstand“ (WALGA: P 10). Daher ist die Perspektive bei einem *Waldgarten* auf längere Sicht ausgelegt als in den anderen untersuchten Gärten (ebd.). Der dargestellte Konflikt der Gärtner\*innen mit dem Umweltamt sowie dem Amphibienschutz (Kapitel 5.4.3, S. 95) und die damit verbundenen erteilten Auflagen und Einschränkungen, lassen die Ehrenamtlichen an der Realisierbarkeit ihres Vorhabens zweifeln (ebd.: P 52). Die Perspektiven für die Initiative sind daher eher negativ, wobei bereits über Ausweichflächen wie

beispielsweise auf der Rasenfläche vor der Stadthalle nachgedacht wird. Hier könnte ein Projekt in Zusammenarbeit mit den dort wohnenden Menschen mit Fluchterfahrung forciert werden (ebd.: P 50).

*Haslach Gärtnert* stellt für die dort aktiven Ehrenamtlichen ein gärtnerisches Experimentierfeld dar. In diesem Jahr wird deshalb nach dem Mondkalender gegärtnert und ein Teil der Aktiven nimmt an einem Permakultur-Kurs teil, um dies im Garten anzuwenden und dadurch u. a. Arbeitserleichterungen zu erreichen, insbesondere bezüglich des Gießens (HAGÄ: P 6). Daher kann die Experimentierfreude auch als Perspektive für das weitere Gärtnern in der Josef-Brandel-Anlage betrachtet werden. Die Lage des Gartens innerhalb der Parkanlage wird aufgrund der Distanz zur nächsten Wasserquelle sowie der schattigen Exposition als nicht optimal eingeschätzt. Ein Umzug in Richtung des Bauhofes wäre sinnvoll und wurde bereits eingehend diskutiert, ist aber in nächster Zeit nicht angedacht (ebd.: P 6; P 26). Die Initiative denkt, plant und arbeitet „von Jahr zu Jahr“, wobei den Gärtner\*innen dabei immer bewusst ist, dass die Personen-Konstellationen sich jährlich ändern können. Hierzu die Interviewpartnerin der Initiative: „[...] wir sagen immer, "das können wir ja im nächsten Jahr machen", aber ob wir dann im nächsten Jahr noch so bestehen weiß ich nicht, weil wer weiß wer wegzieht“ (ebd.: P 48).

Die Entwicklungen rund um *Bambis Beet* sind sehr aktuell. Der Fortbestand des Gemeinschaftsgartens vor dem Theater ist, wie dargestellt (Kapitel 5.4.3, S. 95) nicht gesichert und daher ist es hierbei schwierig perspektivische Aussagen zu treffen. Von den Initiatoren seitens des Theaters wird der Garten als Kunstprojekt betrachtet dessen potentiell städtisch angeordneter Abriss, begleitet von tragender klassischer Musik einer Kunst-Performance gleich kommen würde und die Stadtbevölkerung sowie die öffentlichen Stellen der Stadt Freiburg fragend zurück lassen könnte: „jetzt ist es nicht mehr da, was willst du jetzt tun?“ (BABE: P 2) Ein solcher Abriss wäre gleichzeitig ein weiterer Schritt im Protest gegen die Art der Bebauung des Platzes an der alten Synagoge sowie des Theatervorplatzes und gegen herrschende Stadtentwicklungspolitik in Freiburg im Allgemeinen. Dieses Szenario kann jedoch nur eintreten, wenn der Abriss des Gartens von der Stadt im Rahmen der Umbaumaßnahmen angeordnet werden würde. Auch anhand der gestarteten Petition „*Bambis Beet* soll bleiben – Für den Erhalt des Gemeinschaftsgartens am Theatervorplatz“ an Freiburgs Oberbürgermeister Salomon wird sichtbar, dass die

Gärtner\*innen ihr Projekt erhalten wollen (OPENPETITION 2015). Der Interviewpartner der Initiative würde sich diesbezüglich wünschen, „dass das Holz weg kommt“ (ebd.: P 4) und die Beete durch Steine gesichert werden (ebd.: P 2). Die Vorstellung der Aktiven von einer Perspektive für den Garten ist, dass es „einfach sicher und gut gemacht wäre“ sowie „gepflegt würde von einem Team, von [...] acht Menschen, die auch ein bisschen dafür bezahlt werden“. Dies soll dazu beitragen, „die Gemeinschaft zusammen zu halten, dass es ein Monument ist, ein Ort der Begegnung und ein Ort des Wechsel und ein Ort des Stoffwechsel“ (ebd.: P 4).

### 5.6.2 Perspektiven für Freiburg im Allgemeinen

Die interviewten Expert\*innen gingen bezüglich perspektivischer Aussagen nicht nur auf ihre eigenen Initiativen ein, sondern thematisierten auch die Perspektive für urbanes Gärtnern in Freiburg im Allgemeinen. Hierbei wurde zunächst deutlich, dass als eine wichtige Grundlage für eine positive Perspektive für Urban Gardening die Kommunikation und die Vernetzung zwischen den Gärtner\*innen dient. Im *Wandelgarten* im Vauban hat man erkannt, dass die Kommunikation nach außen „[...] ein ganz wichtiger Punkt ist um diese Ideen zu kommunizieren mit Menschen die interessiert sind und ja auch weiter zu tragen und so wachsen wo anders urbane Gärten und so bauen Menschen in ihre Gärten Hochbeete wenn sie alt werden, dass sie noch gärtnern können“ (WANGA: P 12). Diesbezüglich wird betont, dass die Lage an viel frequentierten Orten eine intensive Kommunikation mit der Stadtgesellschaft erst möglich macht, was sich wiederum positiv auf die Perspektiven für urbanes Gärtnern auswirken kann. Dies bestätigen auch die Initiativen von *Bambis Beet* am Stadttheater (BABE: P 2) und aus dem *Klimagarten* im Dietenbachpark (KLIGA: P 59).

Doch auch die Kommunikation und Vernetzung zwischen den Garten-Initiativen, stärkt die Perspektiven. Hierbei geht es vordergründig um Austausch (GEMOB: P 50) von Erfahrungen, Wissen, Techniken, Gerätschaften, Pflanzen und Samen. Dies geschieht auf Initiative der Transition Town Gruppe und/oder der Gärten selbst (ebd.). Vernetzung und Austausch findet hierbei nicht nur mit Gärtner\*innen innerhalb Freiburgs, sondern auch überregional statt, wie am Beispiel der Kommunikation der Wurmfarm-Praktiken seitens des *Wandelgartens* zu sehen ist.

*„Mein Thema ist immer wieder: Informationen müssen fließen, verbinden, drum mach ich jetzt Besichtigungen und Workshops, damit Leute das auch dann wiederum lernen und in der Susi am letzten Sonntag da kamen dann Leute aus Lahr und auch von anderswoher.“ (WanGa: P 48)*

Die innerstädtische Nahrungsmittelproduktion ist unter deutschen Urban Gardening Initiativen thematisch nur ein Nebenschauplatz. Auch in Freiburg thematisierten dies nur zwei der acht interviewten Expert\*innen. Der Gesprächspartner vom *Waldgarten* sieht bezüglich der Bepflanzungen öffentlicher Freiflächen „viel verschenkt an möglicher Autarkie oder Teil-Autarkie“ (WALGA: P 42). Er sieht es zwar als unmöglich an, dass eine Stadt völlig autark funktioniert, würde sich jedoch deutlich mehr Anbau von Nutzpflanzen seitens der Stadt wünschen. Der Fokus auf eine gesteigerte kommunale Ernährungsproduktion ist eine Perspektive für Urbane Gärten in Freiburg. Auch der Interviewpartner von *Bambis Beet* nimmt auf die Produktion von Essen im urbanen Kontext und kommunale Ernährungssysteme im Allgemeinen Bezug:

*„Ich finde man könnte eigentlich viel mehr Essen produzieren vor Ort. Das ist ein Gedanke, der nicht wirklich durchgedrungen ist. Man denkt so außerhalb oder auf dem Land, das ist wo man Kartoffeln anpflanzt, aber es wachsen auch Kartoffeln hier. Natürlich kann man nicht Freiburg ernähren mit diesen Dingen, aber wenn man anders damit umgehen würde, dann kriegt man möglicherweise 10 Prozent vom Essen von der Stadt selbst. Das ist doch geil, 10 Prozent, wenn man überlegt wie viel man weg wirft, damit will ich gar nicht anfangen.“*  
(BABE: P 34)

Die Option der Nahrungsmittelproduktion in städtischen Gärten wird auch als Stärkung der Resilienz gegen mögliche Krisen diskutiert. Dies wird anhand einer weiteren Aussage vom Interviewpartner von *Bambis Beet* deutlich, der sagt „wenn alles den Bach runter geht, dann geht man einfach zurück zum Agrar und man kann trotzdem überleben“ (BaBe: P 36). Er bezeichnet den Anbau von Nahrungsmitteln im urbanen Raum als resiliente Antwort darauf, „wenn die Banken zusammen krachen“ und auf andere Krisenfälle (ebd.).

Auch von Bemühungen seitens der Stadt werden von den Gärtner\*innen als positive Perspektive für Urban Gardening in Freiburg betrachtet. So wird auch im Interview mit dem *Wandelgarten* erwähnt, dass es auf dem Freiburger Stadtplanungsamt mittlerweile einen Mitarbeiter gibt, der mit der Freiflächenplanung für neue Stadtteile beauftragt ist, wie dem aktuell geplanten neuen Stadtteil Dietenbach (WANGA: P 20). Auch *Haslach Gärtner* berichtet positiv von der Integrierung öffentlicher Gärten in Flächennutzungspläne seitens der Stadt Freiburg (HAGÄ: P 36). Dies wird als positives Signal für die Zukunft urbanen Gärtnerns in Freiburg und als wichtige Erkenntnis seitens der Stadt betrachtet.

*„Es ist also ein Schwachpunkt der Vergangenheit erkannt worden, man will auch die Freiflächenplanung in Zukunft, bei den neuen Stadtteilen zumindest, berücksichtigen und das auch soweit möglich in den bestehenden Stadtteilen für*

*wichtig halten, weil es auch um Qualität geht und nicht nur um Quantität des Bauens.“ (WANGA: P 20).*

Der Interviewpartner vom *Waldgarten* sieht bezüglich Urban Gardening in Freiburg „noch kein Sättigungsgrad“ erreicht, wobei er den hohen innerstädtischen Flächendruck als determinierend für neue Initiativen sieht. Er erläutert dabei, dass „[...] in dem Maß in dem innerstädtische Flächen generell immer weniger werden, werden nochmal andere Lösungen gebraucht“, welche für die Zukunft die Möglichkeit schaffen, „dass bestehende Element mehr mit urbanen Gärtnerelementen kombiniert werden beispielsweise mit den Obstbäumen“ (WALGA: P 48).

Aus Sicht der Gesprächspartnerin von *Haslach Gärtner* sollte sich die Zahl der Gärten erhöhen, insbesondere um Themen wie Ernährung und auch Umweltbildung in den Fokus zu rücken (HAGÄ: P 44-46). Perspektivisch sieht sie, wie sich das Thema „nach und nach auch in die Gesellschaft oder hier in der Stadt verankert“ (ebd.: P 48). Letztlich sieht auch sie den Bedarf nach mehr Flächen, auf welchen gegärtnert wird.

*„Je mehr urbane Gärten desto besser würde ich einfach sagen. Es gibt ja noch viele Flächen wo nichts gemacht wird und es ist einfach nach wie vor noch ein kleiner Teil der Bevölkerung der sich wirklich damit auseinandersetzt, auch mit dem Thema Ernährung vielleicht.“ (HAGÄ: P 44)*

Anhand der Retroperspektive stellt der Interviewpartner von *Bambis Beet* dar, dass Urban Gardening aufgrund seines geschichtlichen Hintergrunds keinen Trend darstelle (BABE: P 36). Da es Zeiten gab in denen es bereits gängig war, zur Selbstversorgung im städtischen Raum zu gärtnern (Kapitel 2.3.1, S. 30). Auf die Annahme, dass es sich nicht um einen Trend handelt, stützt er die Hoffnung, dass die Gärten der Stadt lange erhalten bleiben und sich weiter entwickeln (ebd.). Seine Hoffnung basiert auf die jungen Menschen, welche die Projekte „nicht als schräg oder verboten oder eine Schande sehen“, sondern diesbezüglich eine andere Wahrnehmung besitzen (BABE: P 36).

*„Ich glaube in Zukunft, diese Idee, da gibt es entweder Räume wo man grün hat oder es gibt Lebensräume, also diese Dichotomie, diese krasse Trennung muss es eigentlich nicht geben, da dürfen die zwei dann ruhig zusammen leben. Ich glaube das ist das Wichtigste.“ (BABE: P 38)*

Dieses Aufbrechen bestehender Raumkonzepte stellt eine zentrale Zukunftsperspektive für Urban Gardening dar. Der Gesprächspartner fordert mit dieser Aussage ein Umdenken in flächenrelevanten Fragen der Stadtentwicklung ein. Dies wird auch von den anderen Initiativen angesprochen, wenn sie wie dargestellt, trotz einem sich weiter steigenden innenstädtischen Flächendrucks, mehr Raum für Urban

Gardening Initiativen im Stadtraum fordern. Diese Flächenfrage entscheidet letztlich grundsätzlich über die Perspektiven für urbanes Gärtnern in Freiburg.

## 6 Ergebnisse

Im Folgenden werden die vielfältigen und inhaltlich sehr wertvollen Betrachtungsweisen der Expert\*innen zusammengefasst, interpretiert und wenn nötig, weiter gedacht. Zunächst findet eine Bewertung der Freiburger Urban Gardening Initiativen, hinsichtlich ihrer Funktion als partizipative Raumpraktik statt. In Zeiten der Deregulierung der Stadtpolitik sowie einem gesteigerten Maß an Mitsprachewille seitens der Stadtbevölkerung haben besonders solche partizipativen Raumpraktiken eine Chance auf offene Ohren zu stoßen. Als Nächstes wird darauf Bezug genommen, dass Gemeinschaftsgärten im urbanen öffentlichen Raum als Flächennutzung Konflikte erzeugen. Hierbei fließen explizit die in Freiburg aufgefundenen Konfliktfelder in die Interpretation ein. Als letzter Punkt dieses Kapitels werden, basierend auf interpretierten Ergebnissen der Analyse der erhobenen Daten, kommunale Handlungsempfehlungen erfasst. Diese zielen darauf ab, die Perspektiven für Urban Gardening Initiativen in Freiburg weiter zu verbessern.

### 6.1 Urban Gardening – eine partizipative Raumpraktik

Die Aneignung öffentlicher Freiflächen zum gemeinschaftlichen Gärtnern stellt eine beteiligungsorientierte Raumpraktik dar. Stadtbewohner\*innen schaffen neue Räume des Kollektiven. Aus der sozialen Praxis des gemeinschaftlichen Gärtnerns sowie des Austausches und der Kommunikation politischer Positionen entstehen neue Projektionen von Raum innerhalb der Städte. Die Materialität dieser Räume besteht aus selbstgebauten Hochbeeten, Bewässerungsanlagen sowie den angepflanzten Gemüse- und Obstsorten. Die Bedeutung der Räume liegt in der von den Gärtner\*innen verschieden gelagerten Motivationen. Das ist das Anregen der Bewusstseinsbildung für Ernährungs- und Umweltpolitische Fragen innerhalb einer Stadtbevölkerung, die praktizierte Umweltbildung mit Jung und Alt sowie das partizipatorische Statement der Aneignung öffentlicher Flächen. Durch den Diskurs untereinander „leben“ die Gartengruppen die Gartenräume. Selbiges gilt aber auch für den Austausch mit Passant\*innen, Anrainer\*innen und Vertreter\*innen der



Stadtverwaltung. Letztlich steht das Kollektiv der Garteninitiative für die Produktion dieser Räume durch deren gärtnerische und gemeinschaftliche Belebung.

Betrachtet man urbane Garteninitiativen im Kontext der drei Dimensionen von Räumlichkeit nach LEFEBVRE (Kapitel 1.1.1, Abbildung 1, S. 7), so können jeder Dimension Teilbereiche der kollektiv-gärtnerischen Raumproduktion zugewiesen werden. Der Prozess der Raumproduktion kann so abgehandelt werden.

Dies wird nun anhand des Beispiels von *Bambis Beet* am Stadttheater versucht. Anhand der „Repräsentationen von Raum“ und dem machtgeladenen Charakter von Planungskarten, wie Bebauungsplänen nimmt die Stadtbevölkerung geplante Konstruktionen für Räume wahr. Im Falle von *Bambis Beet* geschah dies durch die Darstellung der geplanten Bebauung des Theatervorplatzes. Die Unzufriedenheit über diese Repräsentation von Raum, führte zur sozialen Praxis des Protests gegen die Planungen seitens der Verantwortlichen des Theaters sowie weiteren Aktivist\*innen. Die Form des raumbezogenen Protests war die Aufnahme gärtnerischer Tätigkeit an diesem Ort. Das auch als Kunstprojekt initiierte Gemeinschaftsgartenprojekt wurde so zu einem „Raum der Repräsentation“: der Vorstellung über die Gestaltung des Platzes seitens der Aktiven sowie deren Forderungen für konsumfreiere und beteiligungsorientiertere öffentliche Freiräume in Freiburg im Allgemeinen. Der Aufbau, die aktive Pflege, die Aufforderung zum Mitgärtnern sowie zum Verweilen in diesem innerstädtischen Freiraum macht *Bambis Beet* zum „gelebten Raum“ für die Stadtbevölkerung. Jede/r Bürger\*in kann hier individuell erfahren, wie die symbolische Ebene von Raum, in Form von top-down Planungen seitens der Stadtverwaltung sowie die materielle Dimension, in Form der gesellschaftlichen Produktion von erfahrbarem Raum als Gegenentwurf zu den Planungen, verkoppelt sind.

Auch konstruktivistische Raumperspektiven werden durch die räumlichen Praktiken urbaner Gärten unterstrichen. Wie im Analyseteil dargestellt stellt für manch eine Gartengruppen die erschwerte Wasserversorgung eine Barriere dar. Aus rein deterministischen Gesichtspunkten, würde dies die betreffende Initiative existentiell einschränken und/oder in ihrer Entwicklung hemmen. Dies ist jedoch bei den betroffenen Freiburger Urban Gardening Projekten nicht der Fall, da sich die Gärtner\*innen als Lösungsansatz neue, innovative Wege der Anbautechnik aneignen. Die Grundsätze der Permakultur bieten die richtige Antwort. Der Raum an sich und die Gegebenheiten rücken in den Hintergrund.

Das Beispiel der Barriere in Form von mangelndem Engagement neuer Mitgärtner\*innen zeigt wiederum, dass besonders die soziale Praxis in Form der fehlenden Teilnahme die Gärten in ihrer Entfaltungskraft bremst. So sind in den meisten Gärten Erweiterungen aufgrund fehlenden Engagements nicht geplant. Die soziale Praxis beeinflusst via stattfindender und/oder ausbleibender gesellschaftlicher Prozesse die Konstruktion von Räumen, nicht allein die räumlichen Begebenheiten. Dies muss auch bei der Bewertung raumbezogener Konflikte der Urban Gardening Gruppen berücksichtigt werden.

## 6.2 Konfliktrelevante Implikationen urbanen Gärtnerns

Ausgehend von einer handlungsorientierten Konfliktforschung wurden im Analyseteil zu den raumbezogenen Konflikten der Freiburger Urban Gardening Initiativen (Kapitel 5.4, S. 91), die herrschenden Zwänge und Möglichkeiten der Akteure, die Motivationen und Hintergründe sowie die Subjektiven Konstruktionen der räumlich gebundenen Strukturen der Konfliktparteien dargestellt. Dies konnte jedoch nur anhand der Aussagen der Garteninitiativen durchgeführt werden, die ihrerseits eine zentrale Konfliktpartei darstellen. Es muss daher von stark subjektiven Darstellungen ausgegangen werden.

Die Urban Gardening Initiativen handeln im Rahmen dieser Konflikte nicht immer rational, heißt nach gesellschaftlichen Spielregeln. Allein die unerlaubte Aneignung öffentlichen Raums zu Gärtnerzwecken spricht hierfür. Genehmigt die Stadt, als Eigentümerin der Fläche, einen Garten, so erschließt sie auch weiteren potentiellen Gärtner\*innen die Aussicht auf die Möglichkeit eines Gartens. Das Machtpotential seitens der Stadt ist hierbei immens. Die Stadt Freiburg beispielsweise folgt dem Trend, immer weitere mögliche Gartenflächen auszuweisen. Dies tut sie einerseits, um die Initiativen via Nutzungsvereinbarungen unter Kontrolle zu haben und andererseits, um einen Imagegewinn zu erzielen, indem aus „Bottom-up“-Projekten städtische Initiativen werden, welche dann als solche kommuniziert werden. Gleichzeitig kann das städtische Gartenamt gärtnerische Tätigkeiten und Kompetenzen abgeben und so via Ehrenamtsaktivierung und -koordinierung öffentliche Tätigkeitsfelder „outsourcen“, was öffentliche Gelder einspart.

Wie die dargestellten Konflikte jedoch zeigen, geschahen die Flächenvergaben in Freiburg nicht immer mit einer vollständigen Abschätzung der Folgen und daraus

möglicherweise entstehender Konflikte. Es fehlte beispielsweise zum Teil am Einbezug der Quartiersbevölkerung und insbesondere der Anrainer\*innen. Gleichzeitig wurde, wie unter Barrieren dargestellt, auch der rechtliche Rahmen nicht genau geklärt, was dazu führte, dass die ehrenamtlichen Initiativen in Eigenregie die Versicherung öffentlicher Flächen übernehmen sollten. Dies wird mittlerweile über den unabhängigen Verein Transition Town erbracht. Andernorts wurde nicht geklärt, ob eine offiziell vergebene Fläche im Landschaftsschutzgebiet liegt.

Eine solche Art von Vorgehensweise seitens der Stadt Freiburg, führen zur Herausbildung von raumbezogenen Konflikten bezüglich urbaner Gärten. Die ehrenamtlichen Gärtner\*innen sehen sich selbst daher auch meist nicht als Konfliktpartei, sondern lediglich als Betroffene. Es muss jedoch betont werden, dass die Konfliktrelevanz von Urban Gardening nicht weiter verwunderlich ist, da in einem von gesellschaftlichen Vorstellungen produzierten Stadtraum, mannigfaltige akteursspezifische Konstruktionen aufeinander prallen. So sind nach polit-ökologischen Grundsätzen auch ökologische Prozesse nicht unabhängig von sozialen, was dazu führt, dass nicht nur die Raumeignung durch die Gartengruppen konfliktrelevant ist, sondern auch die Art und Weise des Gärtnerns in Form einer neuartigen, sozialen Konstruktion städtischer Natur. Betrachtet man die Stadt als urbanen Metabolismus, so wird schnell klar, dass urbane Gartenprojekte im Stadtraum nicht für alle dort ansässigen Akteur\*innen positive Reaktionen katalysieren können. Die aus der Analyse dieser Arbeit gewonnen Erkenntnisse lassen die Ableitung praktischer Empfehlungen für den Umgang mit Urban Gardening Projekten zu, welche zum Abbau von Barrieren, Lösung der Konflikte, Nutzung von Potentialen sowie Schaffung von Perspektive beitragen sollen.

### 6.3 Ableitung praktischer Handlungsempfehlungen

Um die Arbeit für urbane Gemeinschaftsgartenprojekten zu erleichtern, lassen sich anhand der Aussagen, der im Rahmen dieser Arbeit interviewten Expert\*innen sowie der interpretierten Ergebnisse, praktische Handlungsempfehlungen ableiten. Die praktischen Empfehlungen sind an die Freiburger Stadtpolitik und -verwaltung gerichtet, welche die Stadtgesellschaft vertreten. Der explorative Charakter der vorliegenden Arbeit setzt voraus, dass diese Empfehlungen nicht in vollem Maße ausdefiniert und mit Erfahrungen aus der Praxis sowie kommunaler Umsetzungsstrategien hinterlegt sind.

Die Handlungsempfehlungen gehen auf die gestellten Forschungsfragen (Kapitel 4.1, S. 61) zurück und die daraus resultierenden Analysedimensionen Barriere, Konflikt sowie Potential und Perspektive und sind daher auch hiernach gegliedert. Die enge Vernetzung dieser Dimensionen wird in den praktischen Handlungsempfehlungen deutlich. Werden beispielsweise Barrieren abgebaut, stärkt man die Perspektiven für Urban Gardening. Konfliktlösungen können neue Potentiale schaffen. Die Empfehlungen sind direkt aus dem Analyseteil und der Interpretation der Expert\*innenaussagen abgeleitet. Abbildung 10 zeigt die Handlungsempfehlungen in den Dimensionen Barriere (B) und Konflikt (K).

<b>Abbau von Barrieren (B)</b>	
B.1	Konzepterstellung zur Bepflanzung öffentlicher Stadträume mit Obstbaumbeständen
B.2	Erarbeitung eines Versicherungskonzeptes ohne Inpflichtnahme der Ehrenamtlichen
B.3	Ausweisung eines öffentlichen Plans mit potentiellen Flächen für gärtnerische Tätigkeiten
<b>Konfliktlösung und –vermeidung (K)</b>	
K.1	Verstärkter Einbezug von Anwohner*innen in die Ausweisung öffentlicher Gartenprojekte
K.2	Berücksichtigung potentieller gärtnerischer Nutzungen bei der Planung öffentlicher Plätze
K.3	Unabhängige Konfliktmediation bei Interessenskonflikten um öffentliche Flächen

*Abb. 9: Handlungsempfehlungen bezüglich Barrieren & Konflikte (Eigene Darstellung)*

Die Handlungsempfehlungen für den Abbau von Barrieren sowie die Lösung und Vermeidung herrschender Konflikte, wurden bewusst zuerst aufgeführt. Sie sollten in der Vorgehensweise chronologisch Priorität besitzen, da sie die aktuelle Situation für die Initiativen auf ein Normalmaß verbessern können. Zusätzlich müssen Barrieren zunächst abgebaut und Konflikte gelöst werden, um Potentiale auszuschöpfen und neue Perspektiven zu schaffen und zu stärken. In Abbildung 11 (folgende Seite) sind schließlich die praktischen Empfehlungen für die Ausschöpfung urbaner Gartenpotentiale (G) sowie bezüglich der Verbesserung der Perspektiven für Urban Gardening Initiativen (V) in Freiburg aufgeführt.

<b>Ausschöpfung urbaner Gartenpotentiale (G)</b>	
G.1	Steigerung der/s Biodiversität sowie Nahrungsmittelpotentials durch heimische Nutzpflanzen
G.2	Kommunikation eines stärkeren Bewusstseins für saisonale & regionale (Garten-)Produkte
G.3	Unterstützende Vernetzung der Garteninitiativen mit Bildungs- und Wohneinrichtungen
G.4	Ressourcenbezogene Unterstützung von Gärten für/mit Menschen mit Fluchterfahrung
G.5	Strikte Befolgung des Grundsatzes „Kurze Wege“ für Gärtner*innen bei Neuausweisungen
<b>Verbesserung der Perspektiven (V)</b>	
P.1	Bessere Kommunikation der Möglichkeiten im Urbanen (nutz-)gärtnerisch tätig zu werden
P.2	Vernetzung der Themen kommunale Ernährungspolitik, Biodiversität & Urban Gardening
P.3	Anerkennung des Potentials kommunaler Nahrungsmittelproduktion zur Resilienzstärkung

*Abb. 10: Handlungsempfehlungen bezüglich Gartenpotentiale und Perspektiven (Eigene Darstellung)*

Der zweite Block an Handlungsempfehlungen der Potentiale (G) sowie der Perspektiven (V) leitet sich direkt aus der Analyse, der diesbezüglich getroffenen Aussagen der Expert\*innen und der im Forschungsstand dargestellten Spannungsfelder des Urban Gardening ab. Durch die bessere Nutzung der Potentiale des urbanen Gärtnerns wird auch dessen Perspektive kontinuierlich gestärkt. Letztlich soll eine Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen dazu führen, urbanes Gärtnern als Flächennutzung zu einem festen Bestandteil des Stadtraumes zu machen.

## Fazit

Der Mensch als Stadtbewohner\*in will neben seiner Rolle als Teil der Gesellschaft gleichzeitig Teil der Natur bleiben. Selbst wenn letztere in einer neu geschaffenen, reinszenierten urbanen Form vorliegt. Urban Gardening versucht in partizipativer Form „von unten“ die Natur zurück in die Städte zu tragen und gleichzeitig eine eigene Form von Stadtnatur zu kreieren. Die Grenzen zwischen städtischen Räumen und ländlichen Naturräumen brechen so zwar nicht völlig auf, es entstehen jedoch die angesprochenen neuen Gartenformen, als Satelliten der gärtnerischen Landwirtschaft im Urbanen. Diese schaffen wertvolles Bewusstsein für Umwelt, Gartenbau und Gesellschaft. Sie schaffen jedoch keine Natur im eigentlichen Sinne, da der urbane Raum hierfür schlichtweg zu überprägt von mannigfaltigen anthropogenen Nutzungen ist. Dennoch tragen urbane Gemeinschaftsgärten dazu bei, das Städtische als Lebensraum für alle Lebewesen lebenswerter zu gestalten. Dies geschieht in ökologischen, sozialen sowie politischen Dimensionen.

Die Frage nach den Perspektiven für Urban Gardening in Freiburg, welche im Titel dieser Arbeit enthalten ist, hat auf eine gewisse Art und Weise rhetorischen Charakter. Sie setzt voraus, dass die Freiburger Stadtgesellschaft urbanen Gärten im Grundsätzlichen positiv gegenüber steht und daher diesbezügliche Perspektiven schafft. Die Aussagen der interviewten Expert\*innen bestätigen dies, wobei auch mehrere dargestellte Konflikte auftreten. Diese beziehen sich meist auf unterschiedliche subjektive Raumkonstruktionen der Konfliktparteien und Stadtbewohner\*innen auf verschiedenen Ebenen. Während beispielsweise seitens der Initiativen eine öffentliche Parkfläche als großes Gartenpotential betrachtet wird, ist diese für den/die Hundehalter\*in eine Auslaufläche für Vierbeiner, welche wiederum diesen Raum ihrerseits sprichwörtlich für sich „markieren“.

Hier erschließt sich auch der geographische Bezug des Spannungsfeldes Urban Gardening. Die Erschließung öffentlicher Räume durch Bürger\*inneninitiativen in Form von öffentlich zugänglichen Gartenprojekten ist eine aktive Handlung von Teilen der Stadtbevölkerung, welche den Raum maßgeblich verändert und neue Raumformen schafft. Die Beschreibung dessen sowie die Analyse der Folgeentwicklungen ist aus stadtökologischer wie stadtentwicklerischer Sicht ein ergiebiges Thema für die Geographie.

Die untersuchten Freiburger Urban Gardening Initiativen befinden sich in sehr unterschiedlichen Situationen. Während fünf der acht Gärten sehr positiven Entwicklungsperspektiven entgegen sehen, sind drei Projekte existentiell gefährdet. Die Bedrohungen gehen von Einflüssen aus, welche stark mit dem herrschenden hohen Flächendruck innerhalb der Stadt verknüpft sind. Nicht nur hier könnte die Stadt Freiburg besseren Rückhalt für die ehrenamtlich betriebenen Gärten gewähren und so deren Erhalt sichern. Auch beim Thema Versicherungsschutz sollte seitens der Stadt ein Umdenken geschehen, da es doch sehr fragwürdig erscheint, wenn ehrenamtlich tätige Gärtner\*innen den Versicherungsschutz für von ihnen gestaltete, aber immer noch öffentliche Räume übernehmen sollen. Die Stadt Freiburg nutzt die vorhandenen Urban Gardening Initiativen für ihre Imagepflege als „green city“ und kommuniziert deren Vorhandensein möglichst gewinnbringend nach außen. Dies sollte die Kommune verpflichten, für den Schutz und Erhalt der Gemeinschaftsgärten mehr Rechnung zu tragen und gleichzeitig so wenig Einmischung wie möglich in deren Arbeit vorzunehmen.

Die aktiven Freiburger Urban Gardener und insbesondere die organisatorisch-vernetzende Gruppe von Transition Town, sind auch im Frühjahr und Sommer 2016 höchst aktiv. So sind im Laufe der Erstellung dieser Arbeit vier weitere Gemeinschaftsgarten-Projekte entstanden. Diese befinden sich zum Großteil im Umfeld von Wohnunterkünften für Menschen mit Fluchterfahrung und sind allesamt auf interkulturellen Austausch ausgerichtet (TTFREIBURG 2016b). Die dargestellten sozial-ökologischen Potentiale des Urban Gardenings in Freiburg werden stetig besser umgesetzt. Hinsichtlich der herrschenden Konflikte kann festgestellt werden, dass die Erfahrungen aus diesen die Initiativen im Gesamten eher stärken als schwächen. Das Thema Urban Gardening wird durch sie zum Diskurs für die Stadtgesellschaft und gewinnt damit an Bedeutung. Auf diese Weise kann einem noch größeren Teil der Stadtbevölkerung die diversitätssteigernden, sozialen, ökologischen und ästhetischen Vorteile von städtischen Gemeinschaftsgärten aufgezeigt werden. Der urbane Garten als solches wird so selbst zu einer vielversprechenden Perspektive für eine enkel\*innenverträgliche Zukunft des kreativen, urbanen Miteinanders.

# Literaturverzeichnis

- ADORNO, TH. W. 1972. *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. 9. Auflage. Sammlung Luchterhand 72, Darmstadt
- AKTIONSKOMITEE 100 JAHRE GARTENSTADT (Hg.) 2015. *Geschichte und Geschichten. 100 Jahre Gartenstadt Freiburg-Haslach*. Freiburg im Breisgau
- ATTESLANDER, P. 2010. *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 13., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Erich Schmidt Verlag, Berlin
- APPEL, I., GREVE, C. & M. SPITTHÖVER 2011. *Aktuelle Garteninitiativen. Kleingärten und neue Gärten in deutschen Großstädten*. kassel university press GmbH, Kassel
- BELINA, B. & B. MICHEL 2011. *Raumproduktionen. Zu diesem Band*. In: BELINA, B. & B. MICHEL (Hg.) 2011. *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Westfälisches Dampfboot, Münster. 7-35
- BELINA, B., NAUMANN, M. & A. STRÜVER (HG.) 2016. *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. 2. korrigierte Auflage. Westfälisches Dampfboot, Münster
- BELINA, B. 2014. *Scale und die Stadt*. In: BELINA, B., NAUMANN, M. & A. STRÜVER (HG.) 2016. *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. 2. korrigierte Auflage. Westfälisches Dampfboot, Münster. 42-47
- BERGER, H. 2003. *Entgrenzte Städte. Zur politischen Ökologie des Urbanen*. Westfälisches Dampfboot, Münster
- BEVERIDGE, R. & A. RICHTER 2014. *Die post-politische Stadt*. In: BELINA, B., NAUMANN, M. & A. STRÜVER (HG.) 2016. *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. 2. korrigierte Auflage. Westfälisches Dampfboot, Münster. 53-57
- BOHN, A. & A. VILJOEN 2010. *The Edible City: Envisioning the Continuous Productive Urban Landscape (CPUL)*. University of Sheffield, Field Journal 4 (1): 149-161
- BOHN, A. & A. VILJOEN 2012. *Produktive Stadtlandschaft. Über ungewöhnliche Verbindungen von Stadt und Ernährung*. In: MÜLLER, C. (Hg.) 2012. *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. Oekom, München. 150-159
- BOOKCHIN, M. 1996. *Die Agonie der Stadt. Aufstieg und Niedergang des freien Bürgers*. Trotzdem Verlag, Grafenau
- CAROLL-SPILLECKE, M. 1998. *Antike griechische Gärten*. In: SARKOWICZ, H. (Hg.) 1998: *Die Geschichte der Gärten und Parks*. Insel, Frankfurt am Main & Leipzig. 80-90
- CHURCH, A., MITCHELL, R., RAVENSCOTT, N. & L. M. STAPLETON 2015. 'Growing your own': A multi-level modelling approach to understanding personal food growing trends and motivations in Europe. *Ecological Economics* 110: 71-80



- COCKRALL-KING, J. 2011. *Food and the City. Urban Agriculture and the New Food Revolution*. Prometheus, New York
- DAMS, C. 2012. *Gärten gehören zur Stadt! Zur städtebaulichen Relevanz der urbanen Landwirtschaft*. In: MÜLLER, C. (Hg.) 2012: *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. Oekom, München. 160-172
- DOBERNING, K. & S. STAGL 2015. *Growing a lifestyle movement? Exploring identity-work and lifestyle politics in urban food cultivation*. *International Journal Of Consumer Studies* 39 (5): 452-458
- DUFFNER, K. 2015. *Zwischen Selbstversorgung und Freizeit – die Gärten der Gartenstadt*. In: AKTIONSKOMITEE 100 JAHRE GARTENSTADT (Hg.) 2015. *Geschichte und Geschichten. 100 Jahre Gartenstadt Freiburg-Haslach*. Freiburg im Breisgau. 37-50
- EXNER, A. & I., SCHÜTZENBERGER 2015. *Gemeinschaftsgärten als räumlicher Ausdruck von Organisationsstrukturen. Erkundungen am Beispiel Wien*. sub / urban . zeitschrift für kritische stadtforschung 3 (3): 51-74
- FARKAS, R. 1999. *Zur Geschichte der Gartenbewegung im deutschsprachigen Raum*. *Berichte der Bayrischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege* 1999 (ANL) 23: 133-143
- FLICK, U. 2010. *Qualitative Sozialforschung – Eine Einführung*. 5. Auflage. Rowohlt, Hamburg
- FORMAN, R. 2016. *Urban Ecology*. Cambridge University Press, Cambridge
- FRIEBIS, E. 1986. *Vom Armengarten zur humanökologischen Ausgleichsfläche. Die geschichtliche Entwicklung des Kleingartenwesens und der Versuch einer kleinräumigen Bedarfs- und Defizitanalyse für Freiburg*. Institut Horus, Freiburg
- FREYTAG, T., GÖSSLING, S. & S. MÖSSNER 2014. *Living the green city: Freiburg's Solarsiedlung between narratives and practices of sustainable urban development*. *Local Environment* 19 (6): 644-659
- GLÄSER, J. & G. LAUDEL 2010. *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. 4. Auflage. VS Verlag, Wiesbaden
- GLASER, H. 1998. *Schreber- und Nutzgärten: Das Nützliche und das Schöne*. In: SARKOWICZ, H. (Hg.) 1998: *Die Geschichte der Gärten und Parks*. Insel, Frankfurt am Main & Leipzig. 277-289
- GÜNTHER, H. 2010. *Der Traum des Poliphilo und andere Gärten der Renaissance*. In: REIMERS, B. (Hg.) 2010. *Gärten & Politik*. Oekom, München. 30-44
- HALL, P. 2014. *Good Cities, Better Lives. How Europe Discovered the Lost Art of Urbanism*. Routledge, New York & London
- HARVEY, D. 1990. *Zwischen Raum und Zeit: Reflexionen zur Geographischen Imagination*. In: BELINA, B. & B. MICHEL (Hg.) 2011. *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Westfälisches Dampfboot, Münster. 36-60

- HEINEBERG, H. 2013. *Stadtgeographie, 4. Auflage*. Grundriss Allgemeine Geographie, Band 2166. UTB, Stuttgart
- HELFRICH, S. & HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (Hg.) 2012. *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Transcript, Bielefeld
- HELFRICH, S. 2012. *Das Betriebssystem der Commons. Version 0.5*. In: HELFRICH, S. & HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (Hg.) 2012. *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Transcript, Bielefeld. 66-69
- HEYNEN, N., KAIKA, M. & E. SWYNGEDOUW (Hg.) 2006. *In the Nature of Cities. Urban political ecology and the politics of urban metabolism*. Routledge, London & New York
- HEYNEN, N., KAIKA, M. & E. SWYNGEDOUW 2006. *Urban political ecology: politicizing the production of urban natures*. In: HEYNEN, N., KAIKA, M. & E. SWYNGEDOUW (Hg.) 2006. *In the Nature of Cities. Urban political ecology and the politics of urban metabolism*. Routledge, London & New York. 1-20
- HEYNEN, N. 2014. *Urban Political Ecology I: the urban century*. Progress Report in Human Geography 38 (4): 598-604
- HOLM, A. 2014. *Gentrification*. In: BELINA, B., NAUMANN, M. & A. STRÜVER (Hg.) 2016. *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. 2. korrigierte Auflage. Westfälisches Dampfboot, Münster. 102-107
- KASPAR, H. 2014. *Die Stadt im Interview*. In: BELINA, B., NAUMANN, M. & A. STRÜVER (Hg.) 2016. *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. 2. korrigierte Auflage. Westfälisches Dampfboot, Münster. 75-80
- KIEFER, R. 2015. *Gartenstadt – Idee und Wirklichkeit*. In: AKTIONSKOMITEE 100 JAHRE GARTENSTADT (Hg.) 2015. *Geschichte und Geschichten. 100 Jahre Gartenstadt Freiburg-Haslach*. Freiburg im Breisgau. 12-20
- KÖHLER, B. 2014. *Urban Political Ecology*. In: BELINA, B., NAUMANN, M. & A. STRÜVER (Hg.) 2014. *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Westfälisches Dampfboot, Münster. 58-63
- KONEFFKE, S. 2010. *Von der Lesbarkeit der Gärten. Ein Versuch über Dramaturgien der Naturbegegnung*. In: REIMERS, B. (Hg.) 2010. *Gärten & Politik*. Oekom, München. 218-234
- KRINGS, T. & B. MÜLLER 2001. *Politische Ökologie. Theoretische Leitlinien und aktuelle Forschungsfelder*. In: Reuber, P. & G. Wolkendorfer (Hg.) 2001: *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und critical geopolitics*. Heidelberger Geographische Arbeiten (112): 93-116
- KRINGS, T. 2008. *Politische Ökologie. Grundlagen und Arbeitsfelder eines geographischen Ansatzes der Mensch-Umwelt-Forschung*. Geographische Rundschau 60 (12): 4-9

- KROPP, C. 2012. *Gärtner(n) ohne Grenzen: Eine neue Politik des „Sowohl-als-auch“ urbaner Gärten?* In: MÜLLER, C. (Hg.) 2012. *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. Oekom, München. 76-87
- LEAKE, J. R., ADAM-BRADFORD, A. & J. E. RIGBY 2009. *Health benefits of 'grow your own' food in urban areas: implications for contaminated land risk assessment and risk management?* *Environmental Health* 21 (8): 1-6
- LOW, M. 2003. *Political geography in question*. *Political geography* 22 (6): 625-631
- MATTISSEK, A. 2008. *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. transcript, Bielefeld
- MAYRING, P. 2015. *Qualitative Sozialforschung. Grundlagen und Techniken*. 12., überarbeitete Auflage. Beltz, Weinheim und Basel
- MAYRING, P. 2016. *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. 6. Auflage. Beltz, Weinheim und Basel
- MCCANN, E. J. 1999. *Rasse, Protest und öffentlicher Raum. Lefebvres in der US-amerikanischen Stadt*. In: BELINA, B. & B. MICHEL (Hg.) 2011. *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Westfälisches Dampfboot, Münster. 235-255
- MEYER-RENSCHHAUSEN, E. 2004. *Unter dem Müll der Äcker. Community Gardens in New York City*. Helmer, Königstein/Taunus
- MITCHELL, D. 1997. *Die Vernichtung des Raums per Gesetz: Ursachen und Folgen der Anti-Obdachlosen-Gesetzgebung in den USA*. In: BELINA, B. & B. MICHEL (Hg.) 2011. *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Westfälisches Dampfboot, Münster. 256-289
- MÖSSNER, S. 2016: *Sustainable Urban Development as Consensual Practice: Post-Politics in Freiburg, Germany*. *Regional Studies* 50 (6): 971-982
- MOUGEOT, L. J. (Hg.) 2005. *Agropolis: The Social, Political and Environmental Dimensions of Urban Agriculture*. Earthscan, London
- MÜLLER, C. (Hg.) 2012. *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. Oekom, München
- MÜLLER, C. 2012. *Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisationen*. In: MÜLLER, C. (Hg.) 2012. *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. Oekom, München. 22-53
- OLÉNYI VON HUSEN, B. 2010. *Leberecht Migge und der Reformgarten – Von der Raumkunst im Freien zum Garten der Hunderttausend*. In: REIMERS, B. (Hg.) 2010. *Gärten & Politik*. Oekom, München. 137-148
- PEREZ-VAZQUEZ, A., ANDERSON, S. & A.-W. ROGERS 2005. *Assessing Benefits from Allotments as a Component of Urban Agriculture in England*. In: MOUGEOT, L. J. (Hg.) 2005. *Agropolis: The Social, Political and Environmental Dimensions of Urban Agriculture*. London, Earthscan. 239 – 266

- RADEMACHER, A. 2015. *Urban Political Ecology*. The Annual Review of Anthropology 44: 137-152
- RASPER, M. 2014. *Vom Gärtnern in der Stadt. Die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt*. Oekom, München
- RASPER, M. 2015. *Urban Gardening. Die Stadt ist unser Garten*. Zeitschrift politische ökologie 142: 80-84
- REIMERS, B. (Hg.) 2010. *Gärten & Politik*. Oekom, München
- REUBER, P. & C. PFAFFENBACH 2005. *Methoden der empirischen Humangeographie*. Das Geographische Seminar, Band 22. 1. Auflage. Westermann, Braunschweig
- REUBER, P. & G., WOLKERSDORFER 2007. *Politische Geographie*. In: GEBHARDT, H., GLASER, R., RADTKE, U., & P. REUBER (Hg.) 2007. *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*, 2. Auflage. Spektrum, Heidelberg. 750-770
- REUBER, P. 2012. *Politische Geographie*. Schöningh, Paderborn
- REYNOLDS, R. 2009. *Guerilla Gardening – Ein botanisches Manifest. Mit großem Handbucheil zu Taktik, Ausrüstung und Wahl der botanischen Waffen*. Orange Press, Freiburg
- ROBERTSON, R. 1992. *Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit*. In: BECK, U. (Hg.) 1998. *Perspektiven einer Weltgesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt. 192-220
- ROSOL, M. 2006. *Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung*. Dissertation. Humboldt-Universität, Berlin
- ROSOL, M. 2010. *Gemeinschaftsgärten – Politische Konflikte um die Nutzung innerstädtischer Räume*. In: REIMERS, B. (Hg.) 2010. *Gärten & Politik*. Oekom, München. 208-217
- ROSOL, M. 2012. *Community Volunteering as Neoliberal Strategy? Green Space Production in Berlin*. Antipode 44 (1): 239-257
- ROSOL, M. 2014. *Ernährungssicherheit durch Urban Gardening? – Erfahrungen aus Toronto*. Standort. Zeitschrift für angewandte Geographie 38 (4): 220-224
- SARKOWICZ, H. (Hg.) 1998: *Die Geschichte der Gärten und Parks*. Insel, Frankfurt am Main & Leipzig
- SMITH, N. 1984. *Die Produktion des Raums*. In: BELINA, B. & B. MICHEL (Hg.) 2011. *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Westfälisches Dampfboot, Münster. 61-76
- STEINER, C. 2014. *Pragmatismus – Umwelt – Raum. Potentiale des Pragmatismus für eine transdisziplinäre Geographie der Mitwelt*. Steiner, Stuttgart
- STEPHENSON, W. 2015. *On the front lines of climate justice*. The Nation 26: 17-21

- STIERAND, P. 2014. *Speiseräume. Die Ernährungswende beginnt in der Stadt.* Oekom, München
- SWYNGEDOUW, E. 2006. *Metabolic urbanization. The making of cyborg cities.* In: HEYNEN, N., KAIKA, M. & E. SWYNGEDOUW (Hg.) 2006. *In the Nature of Cities. Urban political ecology and the politics of urban metabolism.* Routledge, London & New York. 21-40
- SWYNGEDOUW, E. 2007. *Die postpolitische Stadt.* sub / urban . zeitschrift für kritische stadtforschung 1 (2) 2013: 141-158
- SWYNGEDOUW, E. & M. KAIKA 2014. *Urban Political Ecology. Great Promises, Deadlock... and New Beginnings?* Documents d'Anàlisi Geogràfica 60 (3): 459-481
- THOREAU, H. D. 1862. *Vom Spazieren. Ein Essay.* Aus dem Amerikanischen von Dirk van Gunsteren, 2004. Diogenes, Zürich
- VON DER HAIDE, E., HALDER, S., JAHNKE, J. & C. MEES 2012. *Guerilla Gardening und andere politische Gartenbewegungen. Eine globale Perspektive.* In: MÜLLER, C. (Hg.) 2012. *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt.* Oekom, München. 266-278
- WANG, Y., BERARDI, U. & H. AKBARI 2016. *Comparing the effects of urban heat island mitigation strategies for Toronto, Canada.* Energy and Buildings 114: 2-19
- WERLEN, B. 2008. *Sozialgeographie: Eine Einführung.* UTB, Stuttgart
- WERLEN, B. 2016. *Gibt es eine Geographie ohne Raum? Zum Verhältnis von traditioneller Geographie und zeitgenössischen Gesellschaften.* In: ESCHER, A. & S. PETERMANN (Hg.) 2016: *Raum und Ort. Basistexte.* Steiner, Stuttgart. 43-62
- WERNER, K. 2012. *Eigensinnige Beiheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstands gegen die neoliberale Ordnung.* In: MÜLLER, C. (Hg.) 2012. *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt.* Oekom, München. 54-75

## Onlinequellen

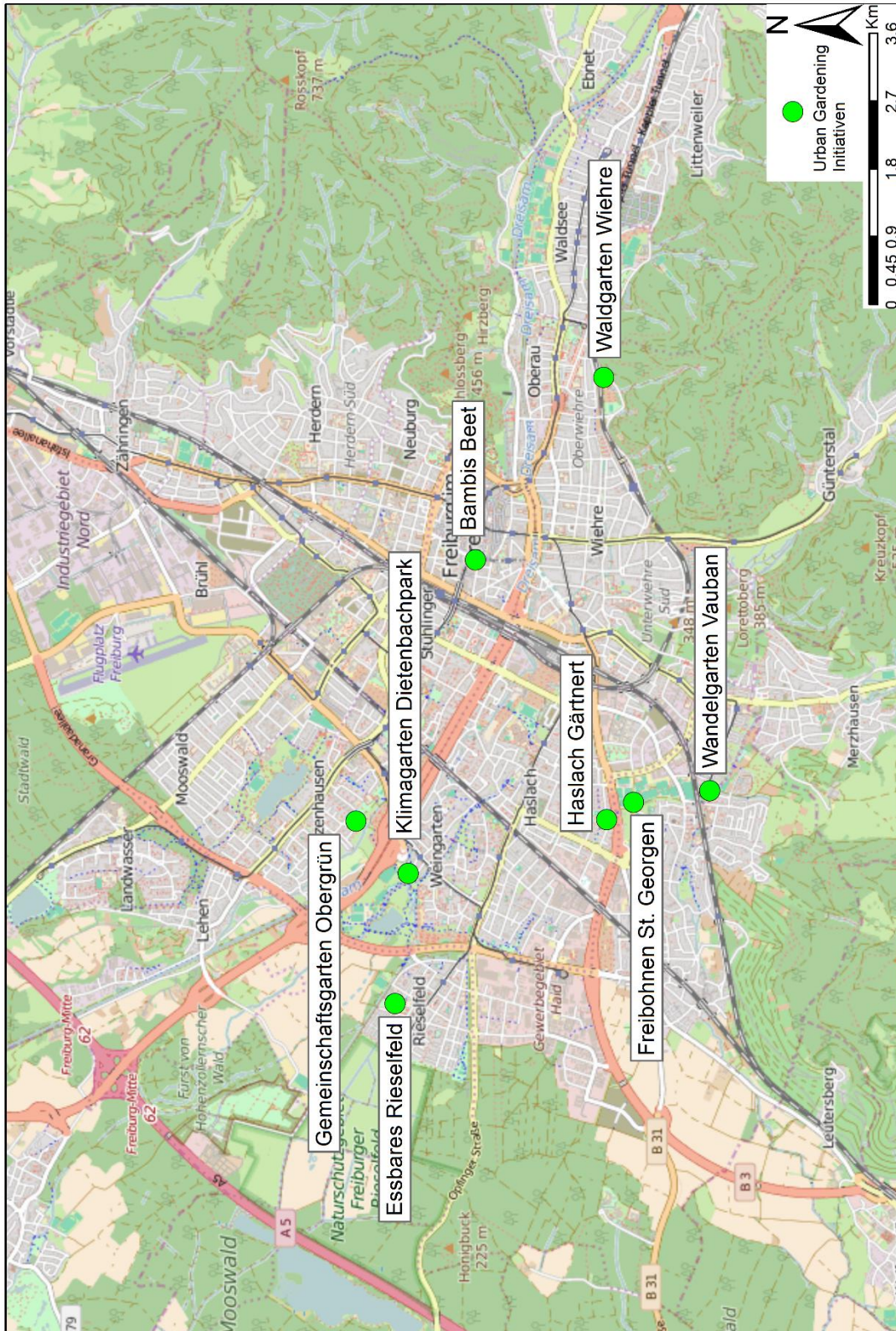
- ACADEMY OF URBANISM 2016. *Freiburg. Summary.*  
<<https://www.academyofurbanism.org.uk/freiburg/>> (Stand: 2016) (Zugriff: 16.05.2016)
- ANSTIFTUNG 2016. *Die Stiftung – Programm.* <<http://anstiftung.de/die-stiftung/programm>> (Stand: 2016) (Zugriff: 10.07.2016)
- AUTOFREIVEREIN o. J.. *Das Autofrei-Grundstück.* <[http://www.autofrei-verein.de/autofrei\\_grund.php](http://www.autofrei-verein.de/autofrei_grund.php)> (Stand: o. J.) (Zugriff: 17.05.2016)
- BZ (BADISCHE ZEITUNG) 2011. *Kleingärten. Stadt Freiburg ist weit hinter den eigenen Vorgaben zurück.* <<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/kleingarten-stadt-freiburg-ist-weit-hinter-den-eigenen-vorgaben-zurueck--50853347.html>> (Stand: 22.10.2011) (Zugriff: 20.05.2016)
- BZ (BADISCHE ZEITUNG) 2015: *Kritik an „Hauruck-Planung“. Am Rand Betzenhausens sollen 20 Wohnungen entstehen – gleich neben dem Gelände der „Bauernhoftiere für Stadtkinder“.* <<https://www.badische-zeitung.de/freiburg-west/kritik-an-hauruck-planung--114677848.html>> (Stand: 04.12.15) (Zugriff: 10.05.2016)
- BZ (BADISCHE ZEITUNG) 2016. *150 Kleingärten müssen Wohngebäuden weichen.* <<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/150-kleingarten-muessen-wohngebaeuden-weichen--121737691.html>> (Stand: 07.06.2016) (Zugriff: 20.05.2016)
- DWD (DEUTSCHER WETTERDIENS) o. J.. *Die städtische Wärmeinsel.*  
<[http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimawirk/stadtpl/projekt\\_waermeinseln/projekt\\_waermeinseln\\_node.html](http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimawirk/stadtpl/projekt_waermeinseln/projekt_waermeinseln_node.html)> (Stand: o. J.) (Zugriff: 25.05.2016)
- FRANKFURTER BEETE 2014. *Alte Obst- und Gemüsesorten sind im Kommen - Wir stellen sie vor.* <<http://frankfurter-beete.de/2014/02/alte-obst-und-gemuesesorten-sind-wieder-im-kommen-wir-stellen-sie-vor/>> (Stand: 04.02.2014) (Zugriff: 20.05.2016)
- FWTM (FREIBURG WIRTSCHAFT TOURISTIK UND MESSE GMBH & Co. KG) (Hg.) 2014. *Wege zur Nachhaltigkeit. Green City Freiburg.* Broschüre.  
<[http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params\\_E1493914000/742990/GC-Brosch%C3%BCre\\_D-2014.pdf](http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E1493914000/742990/GC-Brosch%C3%BCre_D-2014.pdf)> (Stand: 2014) (Zugriff: 18.05.2016)
- IPPC (INTERGOVERNMENTAL PANEL ON CLIMATE CHANGE) 2014. *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. 5<sup>th</sup> Assessment Report, WG II*  
<<https://www.ipcc.ch/report/ar5/wg2/>> (Stand: 2014) (Zugriff: 03.05.2016)

- OPEN PETITION 2015. *Bambis Beet soll bleiben – für den Erhalt des Gemeinschaftsgartens am Theatervorplatz.*  
 <<https://www.openpetition.de/petition/online/bambis-beet-soll-bleiben-fuer-den-erhalt-des-gemeinschaftsgartens-am-theatervorplatz>> (Stand: 04.07.2016) (Zugriff: 25.07.2016)
- OPENSTREETMAP 2016. *Gemeinschaftsgarten Freibohnen.*  
 <<http://www.openstreetmap.org/way/361711383>> (Stand: 10.07.2015) (Zugriff: 12.07.2016)
- STADT FREIBURG 2016a. *Geschichte, Sehenswürdigkeiten, Lage und Klima.*  
 <<http://www.freiburg.de/pb/,Lde/207900.html>> (Stand: 28.04.2016) (Zugriff: 16.06.2016)
- STADT FREIBURG 2016b. *Bevölkerung und Wohnen.*  
 <<http://www.freiburg.de/pb/,Lde/207904.html>> (Stand: 23.05.2016) (Zugriff: 16.06.2016)
- STADT FREIBURG 2016c. *Wahlen und Verwaltung.*  
 <<http://www.freiburg.de/pb/,Lde/207916.html>> (Stand: 23.05.2016) (Zugriff: 16.06.2016)
- STADT FREIBURG 2016d. *Kleingärten.* <<http://www.freiburg.de/pb/,Lde/207916.html>> (Stand: 23.05.2016) (Zugriff: 30.05.2016)
- STADT FREIBURG 2016e. *Freiburg packt an. Bürgerschaftliches Engagement auf öffentlichen Grünflächen.* <<http://www.freiburg.de/pb/,Lde/233288.html>> (Stand: 29.06.2016) (Zugriff: 30.06.2016)
- TTFREIBURG (TRANSITION TOWN FREIBURG) o. J.. *Wir über uns.*  
 <<http://ttfreiburg.de/uber-uns/>> (Stand: o. J.) (Zugriff: 29.06.2016)
- TTFREIBURG (TRANSITION TOWN FREIBURG) 2016a. *Urbanes Gärtnern. Städtisches Gärtnern in Freiburg.* <<http://ttfreiburg.de/mitmachen/urbanes-gaertnern/>> (Stand: 02.05.2016) (Zugriff: 30.06.2016)
- TTFREIBURG (TRANSITION TOWN FREIBURG) 2016b. *Urbane Gärten in Freiburg von Transition Town und anderen Initiativen.*  
 <<http://ttfreiburg.de/mitmachen/urbanes-gaertnern/uebersicht/>> (Stand: 2016) (Zugriff: 01.08.2016)
- UNFPA (UNITED NATIONS POPULATION FOUND) 2007. *State of world population 2007 – Unleashing the Potential of Urban Growth.*  
 <[https://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/695\\_filename\\_sowp2007\\_eng.pdf](https://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/695_filename_sowp2007_eng.pdf)> (Stand 2007) (Zugriff: 04.05.2016)
- UNIVERSITÄT FREIBURG 2016. *Universität in Zahlen.* <<http://www.uni-freiburg.de/universitaet/portrait/universitaet-in-zahlen>> (Stand: 2016) (Zugriff: 16.06.2016)
- URBAN FOOD<sup>PLUS</sup> 2016. *African-German partnership to enhance resource use efficiency and improve food security in urban and peri-urban agriculture of West African cities.* <[www.urbanfoodplus.org](http://www.urbanfoodplus.org)> (Stand: 2016) (Zugriff: 28.05.2016)



# Anhang

## Karte der Initiativen



Kartendaten © OpenStreetMap contributors, 2016



# Interviewleitfaden

I. Persönliche Fragen	
<p>Ziel: „Icebraker“ – Erleichterung des Gesprächsstarts, Kennenlernen des Gegenübers und Vertrauensaufbau; Informationsgewinn über Organisation des Interviewpartners, dessen Einbindung, Motivation und Meinung.</p>	
Leitfragen	Checkfragen
<p><b>Können Sie mir zunächst etwas über ihre Initiative erzählen? Wie ist diese entstanden? Und wie stellt sie sich heute dar?</b></p> <p><b>Wie sind Sie zur ihrer Initiative gestoßen?</b></p> <p><b>Welche Rolle nehmen Sie innerhalb dieser ein?</b></p>	<p>Struktur Größe Entstehungsgeschichte Entwicklung Aktionsraum Zustand Form des Gärtnerns Motivation Einbindung Persönliche Erfahrungen</p>
II. Flächennutzung und -bedarf	
<p>Ziel: Abfrage der aktuellen Nutzung und ihrer Form, des Bedarfs und des Engagements hinsichtlich einer Flächendiskussion sowie die Erfragung der flächenrelevanten Akteure und potentieller Konflikte zwischen diesen um Fläche.</p>	
Leitfragen	Checkfragen
<p><b>Wie viel Fläche/n bewirtschaftet Ihre Initiative aktuell?</b></p> <p><b>Können Sie deren Lage und Größe auf dem beiliegenden Quartiersplan einzeichnen?</b></p> <p><b>Wo liegen die Flächen und wie groß sind sie (m<sup>2</sup>)?</b></p> <p><b>Ist die Nutzung dieser Flächen unbefristet oder temporär gestattet?</b></p> <p><b>Wie zufrieden sind Sie und ihre Initiative mit den ihnen zu Verfügung stehenden Flächen?</b></p> <p><b>Gibt es Bestrebungen ihrerseits weitere Flächen zu bewirtschaften?</b></p> <p><b>Welche Akteure sind für Sie und ihre Initiative bezüglich der Verteilung, Sicherung und Erweiterung von innerstädtischen Gartenflächen von Belang?</b></p> <p><b>Gibt es aus ihrer Sicht in Freiburg einen Konflikt um innerstädtische Flächen? Wenn ja, wer sind die Beteiligten? Sehen auch Sie sich als Beteiligte?</b></p>	<p>Flächenanzahl Flächengröße Aktionsraum Zeitkomponente Flächenerweiterung Flächenbedarf Erweiterungsobjekte Zufriedenheit mit Fläche Akteure in der Fläche Flächenkonflikt</p>

### III. Barrieren, Potentiale und Perspektiven

*Ziele: Abfrage lokal verorteter Barrieren und Potentiale, Perspektivabgleich der verschiedenen Initiativen, Darstellung potentieller Erweiterungsflächen aus Sicht der Befragten.*

Leitfragen	Checkfragen
<p><b>Wo sehen Sie in Freiburg Barrieren hinsichtlich der Entwicklung ihrer Initiative und hinsichtlich urbanen Gärtnerns im Allgemeinen?</b>  <b>Von wem oder was gehen diese Barrieren aus?</b></p> <p><b>Worin sehen Sie weiteres Potential für urbanes Gärtnern in Freiburg?</b></p> <p><b>Wie schätzen Sie die Perspektiven für Ihre Initiative und für urbanes Gärtnern in der Stadt Freiburg im Allgemeinen ein?</b></p> <p><b>Nun bitte ich Sie darum auf diesem Quartiersplan die Flächen einzuzeichnen, die aus Ihrer Sicht potentiell für weitere Gartenflächen in Frage kämen.</b></p> <p><b>Gibt es zum Schluss noch weitere Anmerkungen ihrerseits, welche Sie mir mit auf den Weg geben möchten.</b></p> <p><b>Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen und mir ihre Sichten und Einschätzungen dargelegt haben. Ich wünsche Ihnen und ihrer Initiative für die Zukunft alles Gute.</b></p>	<p>Barrieren und ihre Urheber                      Lokale Potentiale                      Lokale Perspektiven                      Zukunftsprognose Urban Gardening                      Entwicklung der Initiative</p> <p>Jeweilige Stadtplanausschnitte sind beiliegend</p>

<u>Postskriptum</u>	
Interviewtermin:	
Initiative:	
Dauer des Interviews:	
Ort des Interviews:	

## Erklärung an Eidesstatt

Ich versichere hiermit, dass die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst und keine weiteren als die angegebenen Hilfsmittel benutzt sowie die Stellen der Arbeit, die in anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, durch Angaben der Quellen sichtbar gemacht wurden.

Freiburg, den 05.08.2016

---

David Sipple